



DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Nationalsozialistisches Schulwesen im Burgenland
am Beispiel der Schulen in Stoob und Lutzmanns-
burg“

verfasst von / submitted by

Martin Farkas

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the de-
gree of

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2016 / Vienna, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 333 313

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium
UF Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung
UF Deutsch

Betreut von / Supervisor:

Assoz. Prof. Dr. Bertrand Perz

Inhaltsverzeichnis

1) Einleitung	7
2) Schule in der Ersten Republik.....	11
2.1) Die Ausgangslage der Ersten Republik im Jahr 1918 - der Beginn einer konfliktbehafteten politischen Phase	11
2.1.1) Parteienlandschaft in Österreich im Jahr 1920	13
2.1.2) Ausgangslage der Schulpolitik - Reformwillen unter Otto Glöckel ...	13
2.1.3) Schulrecht und Organisation	16
2.1.4) Pädagogik in der Ersten Republik	18
2.2) Schulentwicklung bis 1933 - Ein ständiger Konflikt zwischen Christlichsozialen, Sozialdemokraten und der Kirche.....	19
2.2.1) Situation der Lehrerschaft.....	22
2.3) Sonderfall Burgenland.....	25
2.3.1) Der Sonderfall der magyarischen und kroatischen Schüler sowie der burgenländischen Roma im Burgenland	30
3) Schule im Ständestaat.....	33
3.1) Politische Veränderungen im Ständestaat	33
3.2) Ideologie der Vaterländischen Front in der Schulpädagogik	35
3.3) Die Situation der Evangelischen im katholischen Staat	37
3.4) Veränderungen im Schulwesen	38
3.4.1) Sonderfall Burgenland	40
4) Politische Voraussetzungen nach dem „Anschluss“	41
4.1) Der „Anschluss“ Österreichs	41
4.1.1) Sonderfall Burgenland	42

4.1.2) Die Auswirkungen des „Anschlusses“ auf Minderheiten im Burgenland	46
5) Theoretische Voraussetzungen für die Schule im Nationalsozialismus	50
5.1) Vorüberlegungen zur nationalsozialistischen Pädagogik	50
5.1.1) Adolf Hitlers Ideen zur Schule in „Mein Kampf“	50
5.1.2) Grundriss der Erziehungswissenschaft von Ernst Krieck	56
5.2) Ideologie des Nationalsozialismus	60
5.2.1) Der „Rassegedanken“	61
5.2.2) Das nationalsozialistische Prinzip der Eliten.....	62
5.2.3) Das Führer-Gefolgschaftsprinzip	62
5.2.4) Volksgemeinschaftsideologie	63
6) Veränderungen im Schulwesen in der Zeit des Nationalsozialismus.....	65
6.1) Machtergreifung in Deutschland und Folgen für die Schulen	65
6.2) Veränderungen in der Schulorganisation durch den „Anschluss“ Österreichs.....	66
6.2.1) Entkonfessionalisierung.....	68
6.2.2) Vertreibung jüdischer Lehrer / Lehrerinnen und Schüler / Schülerinnen.....	70
6.2.3) Schule für andere Minderheiten im Burgenland.....	73
6.2.4) Änderungen in Kindergarten und Volksschule - Übernahme des deutschen Schulwesens?	75
6.2.5) Die Hauptschule- ein österreichisches Erfolgsmodell.....	77
6.2.6) Auslese durch Nationalpolitische Erziehungsanstalten und Adolf-Hitler-Schulen	82
6.2.7) Schule im Krieg	87
6.2.8) Änderungen im Unterricht anhand des Geschichtsunterrichts und Schulalltag	89

6.3) Radikalisierung der Lehrerschaft oder Widerstand?	92
6.3.1) Der Nationalsozialistische Lehrerbund als Dachverband für den politischen Druck und die Umerziehung der Lehrer und Lehrerinnen	92
6.4) Die HJ in Österreich	95
6.4.1) Entwicklung der HJ in Österreich.....	97
6.4.2) Kinderlandverschickung (KLV) und Lagerschulen	100
7) Schule von 1945 bis 1955.....	104
7.1) Politische Vorraussetzung für Schule in Österreich	104
7.2) Schulorganisation.....	109
7.3) Status Quo im österreichischen Bildungswesen	110
8) Fallstudie im Landkreis Oberpullendorf	111
8.1) Geschichte des Ortes Stoob und der ansässigen Schulen	111
8.2) Geschichte des Ortes Lutzmannsburg und der dort ansässigen Schulen	115
8.2.1) Aus den Erfahrungen eines Schülers - Bericht eines Schüler der Volks- und Hauptschule in Lutzmannsburg.....	118
9) Resümee	121
Abbildungsverzeichnis	125
Literaturverzeichnis.....	126
Primärquellen:.....	126
Sekundärliteratur:.....	127
Internetquellen:	131
Abstract.....	132

1) Einleitung

Diese Arbeit behandelt folgende Fragestellungen:

- Welche Unterschiede lassen sich zwischen dem Schulwesen im Nationalsozialismus und dem davor etablierten Schulwesen festmachen?
- Wie verändert sich das Schulwesen nach Kriegsende? Gibt es Dinge, die bis heute erhalten sind?
- Gibt es hierbei besondere Merkmale im Burgenland und woran erkennt man sie?
- Welche Besonderheiten lassen sich an den Schulbeispielen Stoob und Lutzmannsburg erkennen?

Bevor auf den Inhalt und genauer auf die Forschungsfragen eingegangen wird, wird hier noch kurz die Methodik für die nachfolgende Arbeit beschrieben. Den Großteil der Arbeit bildet eine Auswertung von Primär- und Sekundärliteratur, die das Schulwesen und die politischen Entwicklungen beleuchten soll. Es wird versucht, ein möglichst allumfassendes Bild der Veränderungen aufzuzeigen. Abschließend folgt eine empirische Studie zu den Schulen in Stoob und Lutzmannsburg, um eventuelle Besonderheiten der zuvor erfolgten Literaturarbeit bestätigen zu können oder auch nicht.

Diese Magisterarbeit befasst sich mit dem Thema der nationalsozialistischen Schulbildung im Landkreis Oberpullendorf. Es wird versucht, mittels Sekundärliteratur, vorliegenden Akten und Zeitzeugenberichten die Lage in dieser Region genauer zu betrachten. Hierzu werden vor allem die Gemeinden Lutzmannsburg und Stoob herangezogen, da beide Ortschaften ihre Eigenheiten besitzen. Die Orte wurde aus folgenden Gründen ausgewählt: Stoob ist mein Heimatort und ich besuchte dort die Hauptschule. Es ist für mich daher vom größten Interesse, die Umstände, die zur Entstehung der Hauptschule beigetragen haben, zu beleuchten. Lutzmannsburg deswegen, da er neben Stoob der Ort mit einer der größten evangelischen Kirchengemeinden im heutigen Bezirk Oberpullendorf ist. Zudem ist der Bestand an Aufzeichnungen, der im Nachlass vom Heinz Ritter zu finden ist, weitaus höher als bei anderen vergleichbaren Gebieten.

Ebenso ist interessant, dass es in Lutzmannsburg heute keine Hauptschule mehr gibt.

Um das Besondere am nationalsozialistischen Schulwesen¹ hervorzuheben, wird es mit dem Schulwesen davor (Erste Republik, Ständestaat²) und mit dem Schulwesen danach (Endes des Krieges bis Staatsvertrag) verglichen. Auch werden auf Grund meiner persönlichen Tätigkeit als Lehrer Schlüsse gezogen, welche Errungenschaften eventuell heute noch erhalten und auch belegbar sind. Ein weiterer Aspekt, der sich durch alle Bereiche zieht, ist die Frage nach geschlechterspezifischen Besonderheiten im Schulwesen. Ebenso wird im Rahmen der ganzen Arbeit auf die Minderheiten, die im Burgenland vorhanden sind, eingegangen und nachgefragt, ob dies spezielle Auswirkungen auf das Schulsystem hat.

Genauer gesagt handelt es sich hierbei um die Akten der Schulbehörde im Reichsgau Niederdonau (Abteilung II), die im Niederösterreichischen Landesarchiv verwahrt werden. Aus dem „Nachlass Ritter“ im Burgenländischen Landesarchiv wurden ebenfalls Schulakten verwendet, aber auch Zeitzeugenberichte und die Schulchronik, die von dem amtierenden Schulleiter angefertigt werden musste. Zur Aktenlage bleibt noch zu sagen, dass viele Akten verloren gegangen oder vernichtet worden sind. So gibt es zum höheren Schulwesen keinen Aktenbestand mehr und auch zum Pflichtschulbereich einen sehr geringen. Dank der starken regionalen Eingrenzung war es aber leichter aus dem verbleibenden Bestand die notwendigen Fakten herauszufiltern.

Das erste Kapitel dieser Arbeit beschäftigt sich mit dem Schulwesen der Ersten Republik. Hier wird vor allem darauf geschaut, wie sich alles nach dem Zerfall der Monarchie und der Ziehung der neuen Grenzen entwickelte.

¹ Schulwesen beinhaltet laut Duden alles, was mit der Schule zusammenhängt.

² Der Begriff Ständestaat wird in dieser Arbeit als Überbegriff für die Form der Regierung in der Zeit von 1933 bis 1938 verwendet, also vom Ende der Ersten Republik bis zu der Adaption Österreichs an das Deutsche Reich. Der Ständestaat selbst wird als austrofaschistische Diktatur angesehen, die Österreich stark militarisierte, das Parlament auflöste und andere Parteien verbot. Dadurch entwickelte sich eine starke Staatsgewalt und die Gesellschaft wurde nach ihrem beruflichen Stand neu geordnet. Aus: Ulrich *Kluge*, Der österreichische Ständestaat 1934-1938. Entstehung und Scheitern (Wien 1984), 7 - 9.

Der schillerndste Name, der mit Bildung in der Ersten Republik verbunden ist, ist zweifellos Otto Glöckel, der versuchte, das Schulwesen grundlegend zu reformieren. Auch wird betrachtet, welche Errungenschaften und Beschlüsse der Ersten Republik es in die Schulformen des Nationalsozialismus geschafft haben und welche auch danach noch weiter bestehen blieben. Ebenso werden die Schulformen, Lehrerbildung und die methodischen Ansätze genauer betrachtet. Hier bilden vor allem die politische Bildung und der Geschichtsunterricht den Vergleichswert für die verschiedenen Zeitabschnitte.

Das zweite Kapitel befasst sich mit der Rolle der Schule im Ständestaat. Es soll die Entwicklungen von einem Schulsystem der Demokratie zu einem Schulsystem der Diktatur aufzeigen. Auch wird betrachtet, ob es Gegenmaßnahmen zum Nationalsozialismus gab und wie sich die politische Bildung und die Lehrerbildung auf Grund der Diktatur entwickelt hat.

Der nächste Abschnitt der Arbeit befasst sich dann mit der Schule im Nationalsozialismus. Zuallererst werden hierbei die politischen Voraussetzungen beleuchtet. Besonderes Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem „Anschluss“³ Österreichs an Deutschland. Danach werden die Erziehungs- und Unterrichtsvorstellungen von Adolf Hitler und Ernst Kriek, einem der führenden NS-Pädagogen, dargestellt. Auf diese wird in den Kapiteln immer wieder Rücksicht genommen, um zu sehen, ob diese Theorien tatsächlich umgesetzt wurden.

Anschließend wird das Schulsystem des Nationalsozialismus gründlich durchleuchtet. Zunächst wird der Frage nachgegangen, welche Ideologie ihm zu Grunde lag, daran knüpft die Frage, wie diese in der Schule umgesetzt wurde. Hierbei stellt sich die Frage, wie Veränderungen und eventuelle Radikalisierungen dazu beigetragen haben, dass diese Ideologie verinnerlicht wurde.

³ „Anschluss“ wird in dieser Arbeit als Begriff für das Jahr 1938 verwendet, wobei hier der Vorgang der Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich gemeint ist. Allgemein ist bei dem Begriff „Anschluss“ zu beachten, dass dieser mehrere Bedeutungen hat. Zum einen meint er den Zeitraum von 11. März bis etwa 10. April 1938. Zum anderen bedeutet er jene politischen Veränderungen, die in Folge der Eingliederung Österreichs und der nationalsozialistischen Machtübernahme erfolgten. Aus: Gerhard Botz, Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses (1938-1940) (Linz 1972), 11.

Wichtig ist dabei auch ein Blick auf die Hitlerjugend. Es wird untersucht, welchen Einfluss diese auf das Schulwesen hatte und ob und wie sich das auf die Erziehung der Schüler und Schülerinnen ausgewirkt hat. Der Geschichtsunterricht wird auch hier wieder dazu verwendet, um die Änderungen in der politischen Bildung aufzuzeigen.

Im nächsten Kapitel wird kurz ein Überblick über die Lage des Schulwesens nach 1945 gewährt, um damit eine erneute Bruchlinie im österreichischen Schulwesen festzuhalten. Hier wird vor allem interessant sein, was genau vom Nationalsozialismus erhalten blieb und welche Änderungen umgehend wieder abgeschafft wurden. Dem Kapitel wird auch noch ein kurzer Abschnitt über den Status Quo des österreichischen Schulsystems angehängt, um einen Ausblick wagen zu können, was sich bis in die heutige Zeit gehalten hat.

Bevor zum Abschluss noch ein Resümee über die bereits genannten Aspekte gezogen wird, kommt noch der regionalspezifische Teil. Welche Besonderheiten lassen sich in den Gemeinden Stoob und Lutzmannsburg erkennen oder gibt es gar keine. Interessant wird sein, ob überhaupt alle Änderungen in diesen oft kurzen Phasen in der österreichischen Geschichte gleich umgesetzt werden konnten. Ebenfalls wird hier in den Zeitzeugenberichten eines Lehrers, Josef Ritter, und eines Schülers, Willi Plöchl, beide aus Lutzmannsburg zu erkennen sein, wie beide die Veränderungen im Schulsystem erlebt haben. Allerdings ist es bei Zeitzeugenberichten immer wichtig, alles genau zu hinterfragen.

Alles in allem ist diese Arbeit in 4 große Hauptabschnitte gegliedert. Das sind zum einen die Schule vor dem Nationalsozialismus, die Schule im Nationalsozialismus selbst, die Schule in der Nachkriegszeit und die Besonderheiten im Burgenland. Während damit grob die Abschnitte der politischen Zäsuren in Österreich abgedeckt werden sollen, kann man diese auch noch in andere Abschnitte gliedern. Da hätte man auch noch den Vergleich der Schule in der Demokratie mit der Schule in der Diktatur oder auch nur den Vergleich der Schulen der austrofaschistischen Regierung mit den Schulen des nationalsozialistischen Regimes.

2) Schule in der Ersten Republik

Um das Schulwesen im Burgenland und des Weiteren noch genauer im Kreis Oberpullendorf zu analysieren, muss man etwas weiter ausholen. Man kann die Entwicklung der nationalsozialistischen Pädagogik und der Schulpolitik nicht explizit betrachten, da diese, wie allgemein immer angenommen, nicht einfach erschienen sind, sondern sich auch vorangegangene Entwicklungen zu Nutzen gemacht haben.

Um die vorangegangenen Entwicklung allerdings genauer verstehen zu können, muss man weiter zurückblicken. Die technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts reichen bis in das 20. Jahrhundert hinein. An diese Entwicklungen hat sich auch die Pädagogik und das Schulsystem orientieren müssen.

2.1) Die Ausgangslage der Ersten Republik im Jahr 1918 - der Beginn einer konfliktbehafteten politischen Phase

Österreich hatte auf Grund des Ersten Weltkriegs erhebliche Gebietsverluste erlitten, da der österreich-ungarische Vielvölkerstaat zerfallen war. Österreich wurde als kleiner Staat mit dem Namen Deutsch-Österreich neu gegründet. Jedoch wollte niemand so richtig an die Überlebensfähigkeit dieses Staates glauben. Obwohl das genaue Territorium 1918 noch unklar definiert war, war man sehr schnell der Überzeugung, dass zuerst „die territorialen Ansprüche der übrigen Nachfolgestaaten befriedigt“ werden müssten.⁴ Durch die Zerstörungen, die der Krieg mit sich brachte, war auch die wirtschaftliche Situation zunächst hoffnungslos. Auf Grund der Auflagen, die Österreich durch den Friedensvertrag von Saint-Germain erhielt, und den Vermächtnissen der Monarchie, wo die alte Infrastruktur auf einen Großstaat ausgelegt war und nicht auf einen Kleinstaat, war vielen klar, dass dieser kleine Staat nicht lange selbstständig überleben könne. Für den Fall des Scheiterns wurde mit dem Anschluss

⁴ Vgl. Herbert Dachs, Schule und Politik. Die politische Erziehung an den österreichischen Schule 1918 bis 1938 (Wien 1982), 31.

an Deutschland geliebbäugelt.⁵ Der österreichische Staat war mit dem Verlust der Großmachtposition der Monarchie konfrontiert, aus der mehrere kleinere Staaten hervorgegangen sind. Damit ging, wie bereits erwähnt, der Verlust „eines eingespielten Wirtschaftssystems“ einher.⁶

Interessant ist auch, dass das neue Aussehen des Staates kaum Veränderungen in der gesellschaftlichen und kulturellen Ebene nach sich zog. Somit wurden die Normen und Einrichtungen, vor allem im Bildungsbereich, aus der Zeit unter Kaiser Franz Joseph I. erhalten. Den Wunsch nach einer Bindung an Deutschland kann man auch im Schulbereich erkennen, da österreichische Bildungspolitiker größtenteils an den Diskussionen in Deutschland teilnahmen.⁷

Die Desorientierung in militärischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Bereich spiegelte sich auch auf politischer Ebene wieder. Es kam zu einem politischen Umbruch, der die sozialdemokratische Partei bei den ersten Wahlen am 16. Februar 1919 zur stimmenstärksten Partei machte. Die Christlichsozialen, die für ein Fortbestehen der Monarchie eintraten, wurden nur zweitstärkste Partei. Angesichts der miserablen Ausgangslage und einiger politischer Grundsatzentscheidungen gingen die beiden Parteien, trotz Gegensätzen in ihren Ideologien, eine Koalition ein. Die Führung in dieser Zeit übernahmen eindeutig die Sozialdemokraten, da sie scheinbar am besten auf den Zusammenbruch der Monarchie vorbereitet waren und auch die Bevölkerung am besten erreichen konnten.⁸

Allerdings wurde die Koalition wegen ideologischer Differenzen am 10. Juni 1920 aufgelöst. Daraufhin folgte eine Proporzregierung, welche die Verfassung, die am 1. Oktober 1920 beschlossen wurde, ausarbeitete. Mit den Neuwahlen am 17. Oktober dieses Jahres erlangten die Christlichsozialen die Mehrheit und

⁵ Vgl. *Dachs*, Schule und Politik, 32.

⁶ Vgl. Ernst *Hanisch*, Einleitung. Das politische System Erste Republik/ Zwei Erklärungsmodelle. In: Emmerich *Tálos* (Hg.) u.a.: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918 bis 1933 (Wien 1995), 6.

⁷ Vgl. Helmut *Engelbrecht*, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs (Band 5, Wien 1988), 10f.

⁸ Vgl. *Dachs*, Schule und Politik, 32.

gingen eine Koalition „unter der Führung des bisherigen Staatssekretärs Mayr“ mit den Großdeutschen ein, die Sozialdemokraten gingen in die Opposition.⁹

2.1.1) Parteienlandschaft in Österreich im Jahr 1920

Die politischen Parteien waren in Österreich nach der Entmachtung des Herrscherhauses der wichtigste politische Faktor. Zu Beginn kann man eine Vielzahl an neu entstandenen Parteien erkennen, so traten 1919 25 Parteien zur Wahl an. Viele kleinere Parteien konnten sich damals allerdings mittels Listen an größere Parteien anhängen. Mit dem Verbot der Kopplung bei der Wahl 1920 zwang man die Parteien dazu sich zusammenzuschließen.¹⁰

Österreichs Parteilandschaft bestand in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg und in den Gründungsjahren der Ersten Republik aus vier wichtigen Parteien, nämlich aus den Großparteien Sozialdemokratische Arbeiterpartei und den Christlichsozialen sowie den zwei kleineren Parteien Großdeutsche Volkspartei und Landbund. Die Großparteien waren vor allem im Bildungssystem federführend. Während die Sozialdemokraten klare Anforderungen an das neue Bildungssystem formuliert hatten, zeichneten die Christlichsozialen eine deutlich unschärfere Parteilinie. Die kleineren Parteien schrieben sich das nationale Gedankengut auf die Fahnen und die Ablehnung gegenüber Fremden, wie zum Beispiel dem Judentum. Auch waren sie sehr an einem Anschluss an Deutschland interessiert. Sie waren insofern wichtig, da die anderen Parteien ohne sie keine Mehrheit bei Beschlüssen erreichen konnten.¹¹

2.1.2) Ausgangslage der Schulpolitik - Reformwillen unter Otto Glöckel

Da, wie bereits erwähnt, zu Beginn der politischen Arbeit die Sozialdemokraten die Führung übernahmen, konnten diese bis Mitte des Jahres 1920 Neuerungen und Reformen durchführen. Die katholischen und bürgerlichen Gruppierungen beschränkten sich vor allem darauf zu reagieren und entstandene Bewegungen zu verlangsamen. Jedoch war die Schulpolitik hier gesondert zu be-

⁹ Vgl. *Dachs*, Schule und Politik, 33.

¹⁰ Vgl. Herbert *Dachs*, Das Parteiensystem. In: Emmerich *Tálos* (Hg.) u.a.: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918 bis 1933 (Wien 1995), 148f.

¹¹ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 14 - 16.

trachten, da sich hier eine Konstellation an Personen und Prozessen ergab, die bis 1930 wirkte. Die damals begonnene Schulreform ist bis heute aufs engste mit dem Namen Otto Glöckel verbunden.¹²

Otto Glöckel übernahm mit 15. März 1919 „die Position eines „Unterstaatssekretärs“ im Staatsamt für Inneres und Unterricht“.¹³ Damit übernahm er die Leitung über die gesamte Unterrichtsverwaltung. Diese Konstellation entstand daraus, dass das k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht diesem Amt beigefügt wurde und der Staatssekretär für Inneres einen Unterstaatssekretär für Inneres und einen für Bildung, eben Otto Glöckel, erhielt. Er konnte daher in Sachen Schulpolitik sämtliche Entscheidungen selbstständig fällen und versuchte mit ausgewählten Personen eine Reform in Gange zu bringen. Diese Reform basierte auf langen Vorarbeiten und Erfahrungen Glöckels und seiner Mitarbeiter.¹⁴

„Will man an den notwendigen Aufbau eines neuen Österreich schreiten, so wird die Lösung der Schulfrage an hervorragender Stelle stehen müssen.“¹⁵

Dieses Zitat stammt von Otto Glöckel aus dem Jahr 1916, was darauf schließen lässt, dass er sich bereits zu dieser Zeit mit Ideen für eine Schulreform auseinander gesetzt hat. Um seine Ideen umsetzen zu können, führte er 1919 eine Reformabteilung ein, die Reformen und Entscheidungen zu treffen hatte und nur aus Pädagogen bestand. Die Juristen, die für ihn tätig waren, sollten dafür sorgen, dass alles im nötigen gesetzlichen Rahmen von statten ging. Hauptsächlich ging es um „allgemeine fachliche Verbesserungen des gesamten Schulsystems“.¹⁶

Glöckels Arbeit fand zu Beginn auch bei innenpolitischen Gegnern Anklang, aber bald verhärteten sich die Fronten. Dies war vor allem darauf zurückzufüh-

¹² Vgl. *Dachs*, Schule und Politik, 34.

¹³ Vgl. Ebda, 34.

¹⁴ Vgl. Ebda, 34.

¹⁵ *Glöckel* zitiert nach Ebda, 35.

¹⁶ Vgl. Ebda, 36.

ren, dass die Schulreform von Glöckel auch eine gesellschaftliche Reform sein sollte, die Zugangsbeschränkungen bei Bildungsmöglichkeiten beseitigen wollte. Ebenso kritisierte er die alten Verhältnisse, die einen großen Kontrast zu seinen Ideen bildeten. Für ihn war die Schulerziehung in der Monarchie vor allem die Entwicklung von Hörigkeit gegenüber der Obrigkeit und kritikloser Hinnahme von Befehlen. Daher war die Schule für ihn ein Herrschaftsinstrument, das gedankenlose Herdenmenschen züchten sollte.¹⁷

Glöckel forderte allerdings das genaue Gegenteil und wollte das Schulsystem dahingehend reformieren, dass mündige Menschen „für einen freien demokratischen Staat“¹⁸ ausgebildet werden. Um dies zu erreichen, musste das Schulwesen „offen, durchlässig und demokratisch organisiert werden“.¹⁹ Glöckel forderte, dass mit dem Abbau von Bildungsbarrieren Chancengleichheit für alle Bürger der Ersten Republik entstehen sollte. Dies wollte er vor allem mit einer Einheitsschule erreichen, welche auch die soziale Integration in die Gesellschaft stärken sollte.²⁰

Das Ziel der Schulreform sollte daher sein, eine Demokratisierung und eine bessere Bildung der gesamten Bevölkerung zu erreichen. Allerdings stieß man mit diesen Reformgedanken auf Gegenwehr bei den Christlichsozialen und vor allem bei der Kirche.

Glöckel veranlasste am 10. April 1919, dass es keinen Zwang zur Teilnahme an religiösen Aktivitäten geben und dies auch nicht in die Benotung des Schülers einfließen dürfe. Dies und seine antiklerikale Einstellung führten wohl zu der Verhärtung der Fronten. Dieser Konflikt brodelte allerdings schon seit der Einführung der Volksschulpflicht 1869 und wurde nun durch diesen Erlass von Neuem geschürt. Daher verliefen die Bemühungen Schule und Kirche zu trennen in den christlichsozial dominierten Bundesländern weitestgehend im Sand.

¹⁷ Vgl. *Dachs*, Schule und Politik, 37.

¹⁸ Vgl. Ebda, 37.

¹⁹ Vgl. Ebda, 37.

²⁰ Vgl. *Engelhardt*, Geschichte Bildungswesen, 67.

Lediglich in Wien konnte man durch die Errichtung eines Stadtschulrates die Ziele der Reform weiterverfolgen.²¹

2.1.3) Schulrecht und Organisation

Die Verfassung der Ersten Republik hatte in Bezug auf das Schulwesen nichts Neues zu bieten. Sie verwies lediglich auf die alten Gesetze und Verordnungen, die damit in Kraft blieben. Diese konnten allerdings durch neue Verfassungsbestimmungen geändert werden. Da allerdings keine Einigung für die Gestaltung des Schulwesens erzielt wurde und man sich auch nicht auf die Gewichtsverteilung Bund und Länder einigen konnte, überließ man dies in der Verfassung einem künftigen Bundesverfassungsgesetz. Um Sonderentwicklungen einzelner Länder zu verhindern, wurde eine paktierte Gesetzgebung beschlossen. Damit konnten Bildungsbelange nur in Übereinstimmung mit Bund und allen Ländern geändert werden. Dies galt auch für alte Gesetze, die das Verhältnis Kirche und Schule regelten oder für das Reichsvolksschulgesetz, welches als Grundlage für die Schul- und Unterrichtsordnung diente.²²

Durch die bereits erwähnte gegensätzliche Ideologie und die dadurch entstehende Patt-Situation, konnte man nicht erwarten, dass jemals eine Einigung erzielt werden könnte. Somit wurde die Reformbewegung erheblich gestoppt, da sie für die Veränderung des bestehenden Systems die Zustimmung aller gebraucht hätte.

Die Organisation des Schulwesens war wie folgt aufgebaut. In jedem Schulstandort gab es einen „Ortsschulrat“²³, der sich aus Vertretern des Ortes, der Religionsgemeinschaften und dem Leiter / der Leiterin der Schule zusammensetzte. Sie waren vor allem für die Gebäudeerhaltung und Mittelbeschaffung für die Schule zuständig. Allerdings konnte sie auch die Unterrichtszeit bestimmen und einen Vorschlag für Lehrstellenbesetzungen abgeben.²⁴

²¹ Vgl. *Dachs*, Schule und Politik, 39 - 41.

²² Vgl. *Ebda*, 44f.

²³ *Ebda*, 46.

²⁴ Vgl. *Ebda*, 46.

Die nächste Instanz war der Bezirksschulrat, der aus dem Bezirkshauptmann, Vertretern der Religionsgemeinschaften, der Bevölkerung und der Lehrerschaft bestand. Leute aus der Bevölkerung wurden nach dem politischen Mehrheitsverhältnis entsandt und die Vertreterinnen und Vertreter der Lehrerschaft wurden bei der Bezirkslehrerkonferenz gewählt. Weitere Mitglieder des Bezirksschulrates waren ein Schularzt und der Bezirksschulinspektor, der vom Bund ernannt wurde. Hier wurden alle Verwaltungsagenden des niederen Schulwesens, hiermit sind vor allem Volksschulen gemeint, bearbeitet.²⁵

Die nächsthöhere Instanz stellte der Landesschulrat dar, der die vorgesetzte Behörde aller Bezirksschulräte war und mit den Landesschulinspektoren das mittlere Schulwesen beaufsichtigte. Die oberste Unterrichtsbehörde war das Unterrichtsministerium, dem auch die Hochschulen unterstanden.²⁶

Mit einer Verfassungsnovelle im Jahr 1929 wurden alle Landesschulräte samt Stadtschulrat in Wien und Bezirksschulräte zu Bundesbehörden und damit dem Ministerium untergeordnet. Jedoch waren die Schulräte dem Minister nicht weisungsgebunden, da gegen Weisungen des Ministers per Rechtsweg der Behörde vorgegangen werden konnte.²⁷

Zusammenfassend kann man sagen, dass versucht wurde, einen ausgewogenen Zustand zwischen Bund- und Länderrechten herzustellen. Allerdings konnte man auf Grund der Gesetzeslage keine tiefreichenden Veränderungen durchführen. Dies ist ebenfalls auf die verhärteten Fronten der Parteien zurückzuführen. Auf Landesebene kann man allerdings klar erkennen, dass die politischen Machtverhältnisse eine große Rolle spielten, da nach ihnen die Posten in den verschiedenen Gremien der Schulverwaltung besetzt wurden und dies auch wieder Einfluss auf die Reformbemühungen hatte.

²⁵ Vgl. *Dachs*, Schule und Politik, 46.

²⁶ Vgl. Ebda, 46.

²⁷ Vgl. Ebda, 46f.

2.1.4) Pädagogik in der Ersten Republik

Die Pädagogik in der Ersten Republik wurzelte vor allem in der Bildungsreform. In ganz Europa entflammte eine Aufbruchsstimmung in der Entwicklung der Pädagogik. Das Schlagwort für die Entwicklung war „Pädagogik vom Kind aus“.²⁸ Da die wirtschaftliche Situation für Schulen eher bescheiden war, nahmen die Lehrer und Lehrerinnen das Heft in die Hand und versuchten ihren Unterricht im Rahmen der neuen pädagogischen Ideen zu verbessern. Lehrer und Lehrerinnen arbeiteten gemeinsam daran kindgerechte und gemeinschaftsbewusste Methodik zu schaffen. Dadurch stiegen die Zahlen der Veröffentlichungen zu pädagogischen Themen in den 20er Jahren auf ein Vielfaches.²⁹

„Die pädagogischen Grundprinzipien waren formal unbestritten:

- Bodenständigkeit des Unterrichts (Ausgang von der Umwelt des Kindes)
- Gesamtunterricht und Wechselbeziehung der Fächer (Vermittlung der Inhalte von der 1. – 3. Stufe ohne Fachabgrenzung, auf der 4. Schulstufe allmählicher Übergang zu Fachstunden)
- Selbsttätigkeit (Arbeitsgrundsatz: Durch selbstständiges Lernen soll der Bildungswert der Arbeit zur Geltung kommen).“³⁰

Hier erkennt man, dass ein Umdenken in der Art des Unterrichts stattgefunden hat. Das Kind sollte selbstständig arbeiten und dabei vom Lehrer / von der Lehrerin unterstützt werden. Der Schüler / Die Schülerin rückte somit in den Mittelpunkt des Unterrichts.

Um dies umsetzen zu können, musste man vermehrt auf die Umwelt des Kindes achten und Kenntnisse über die Phasen seiner Entwicklung haben. Da auch nicht mehr nur die kognitiven Fächer von Bedeutung waren und Erlebnis

²⁸ Vgl. Friedrich *Oswald*, Die Bildungsreform in der Ersten Republik- Schulreform 1927/28. In: Isabella *Ackerl*, Geistiges Leben im Österreich der Ersten Republik. Auswahl der bei den Symposien in Wien vom 11. bis 13. November 1980 und am 27. und 28. Oktober 1982 gehaltenen Referate. (Wien 1986), 233.

²⁹ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 41.

³⁰ *Oswald*, Bildungsreform Erste Republik, 243.

und Ausdruck in den Fokus rückte, wurde vermehrt auf Fächer wie Musik, Zeichnen oder Turnen gesetzt. Weiter brachte die Reformpädagogik neue Unterrichtsmethoden wie Gruppenarbeiten. Schüler und Schülerinnen hatten mehr Mitbestimmungsrechte, was den Bezug zur Demokratie fördern sollte.³¹

2.2) Schulentwicklung bis 1933 - Ein ständiger Konflikt zwischen Christlichsozialen, Sozialdemokraten und der Kirche

Nach den Neuwahlen wurde Otto Glöckel abgesetzt und in den Wiener Stadtschulrat entsandt. Wegen der Trennung von Wien und Niederösterreich musste man mit dem 1. Jänner 1922 in Wien eine eigene Landesschulbehörde einrichten.³²

Um die Tragweite dieser Entscheidung erkennen zu können, muss man sich den Wirkungsbereich des Stadtschulrates ansehen. Im Schuljahr 1924/1925 waren dem Stadtschulrat Wien 1633 Schulanstalten mit 7 121 Klassen sowie 220 571 Schülern und 11 711 Lehrpersonen unterstellt. Von ca. 24 000 Lehrerinnen und Lehrern des niederen und mittleren Schulwesens waren etwa 10 400 in Wien tätig.³³

Im Frühjahr des Jahres 1922 wurde der Stadtschulrat, der gleichzeitig Landesschulrat war, ins Leben gerufen und Otto Glöckel wurde zum geschäftsführenden Präsidenten gewählt. Mit dieser Bestellung kam es in der österreichischen Schulpolitik zu einer Zweiteilung, da die Reform nun vom Wiener Stadtschulrat aus weitergeführt wurde. Dies wurde auch dadurch begünstigt, dass der Wiener Stadtschulrat zum Großteil aus Sozialdemokraten bestand.³⁴ Einer der größten Erfolge des Stadtschulrates war die Aufwertung der Fortbildung der Volksschullehrer mit einem Pädagogischen Institut in Wien. Hier wurden Kurse von Hoch-

³¹ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 42.

³² Vgl. *Dachs*, Schule und Politik, 48.

³³ Vgl. Ebda, 48.

³⁴ Vgl. Ebda, 48f.

schullehrern abgehalten und damit auch demonstriert, wie sich die Sozialdemokraten die Lehrerausbildung vorstellten.³⁵

Die Schulreform auf Bundesebene ging nur sehr schleppend voran, da die Nachfolger Glöckels zwar die gesetzten Maßnahmen nicht rückgängig machten, aber die Vorhaben nur langsam umsetzten. Somit beschränkte sich die Reformbewegung auf das Gebiet Wiens. Hier wurden vor allem neue Lehrpläne, eine neue Schulform, die Allgemeine und Deutsche Mittelschule sowie neue Lehrstoffverteilungen für Bürgerschulen getestet. Ebenso wurden Hilfsmaßnahmen für minderbegabte Kinder und die Einrichtung von Schulbüchereien erprobt. Die Lehrer und Lehrerinnen Wiens mussten sich zahlreichen Fortbildungen unterziehen.³⁶

Die Regierung unter christlichsozialer Führung hingegen propagierte im Laufe der 1920er Jahre die Einführung von konfessionellen Schulen mit massiver Unterstützung der katholischen Kirche und trat somit immer mehr als Gegner der Entwicklungen in Wien auf. Der Regierungspartner der Christlichsozialen, die großdeutsche Partei, änderte seinen Kurs im Laufe der Koalition. Zuerst noch als Befürworter der Reformen der Sozialdemokraten entstand eine Art Waffenstillstand in bildungspolitischen Belangen bei den Koalitionspartnern. Die Großdeutschen blieben allerdings antiklerikal eingestellt.³⁷

Als 1926 die Testphasen des neuen Volksschullehrplans und der Mittelschulen ausliefen, war es an der Zeit endgültige Regelungen zu finden, da Glöckel diese Phasen in Wien verlängern und ausweiten wollte, was eine gewaltige Eigendynamik entwickelt hätte. Der Beschluss des Volksschullehrplans dauerte zwei Monate, wobei die Streitigkeiten der Parteien im Rücktritt des Bildungsministers, Dr. Emil Schneider, und des Parteibosses der Christlichsozialen, Leopold Kunschak, gipfelten. Am Ende einigte man sich auf die Prinzipien des Versuchslehrplans, nämlich Bodenständigkeit, Selbsttätigkeit und Gesamtunterricht. Jedoch waren durch schwammige Formulierungen große Frei-

³⁵ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 28.

³⁶ Vgl. *Dachs*, Schule und Politik, 49.

³⁷ Vgl. Ebda, 49.

heiten in der Umsetzung möglich. Wiederaufgenommen wurde allerdings die „sittlich-religiöse Erziehung“.³⁸

Die Bemühungen um eine Regelung für die Organisation begannen mit der Neubenennung des Bildungsministers. Bundeskanzler Ignaz Seipel betraute Richard Schmitz, der vehement für die klerikalen Bildungsansichten der Christlichsozialen eintrat. Mit Beginn dieser Amtszeit kam es zu Konflikten zwischen Stadtschulrat und Ministerium. Erst mit der Parlamentswahl 1927 und damit einhergehenden Gewinnen der Sozialdemokraten konnte man sich am 2. August 1927 auf einen Kompromiss einigen. Am meisten änderte sich für die Bürgerschulen, die ab jetzt Hauptschulen hießen.³⁹

Genauer betrachtet wurden die Hauptschulen im Vergleich zu den Bürgerschulen um ein Jahr verlängert, das heißt, die Ausbildung dauerte vier Jahre. Sie baute auf die Volksschule auf und war ohne Aufnahmeprüfung zugänglich. Man konnte die Klassen in zwei Klassenzügen führen, wobei diese koedukativ sein mussten, man durfte Schüler und Schülerinnen nicht trennen. Das Ziel der Hauptschulen war es, den Übertritt in die Oberstufe der Mittelschule aber auch den Schülern und Schülerinnen den Eintritt in das praktische Leben zu erleichtern. Der Lehrplan sollte mit dem der Unterstufe der Mittelschule übereinstimmen. Im Endeffekt führte die neue Schulform zu einem Anstieg der Allgemeinbildung in der gesamten Bevölkerung.⁴⁰

Die Mittelschulen sollten ebenfalls neu strukturiert werden. Man einigte sich schließlich aber darauf, die drei bestehenden Formen, Gymnasium, Realgymnasium und Realschule, zu behalten. Sie alle sollte acht Jahre dauern und man versuchte in allen Formen den realen Unterricht auszuweiten. Ebenfalls Teil dieser Reform war die Frauenoberschule, was zeigt, dass der Koedukation ablehnend gegenübergestellt wurde. Falls Mädchen an die Knabenschulen

³⁸ Vgl. *Dachs*, Schule und Politik, 51.

³⁹ Vgl. *Ebda*, 52.

⁴⁰ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 101.

kamen, sollten sie in eigene Klassen zusammengefasst oder an Schulen für Mädchen weitergeleitet werden.⁴¹

Da dies nur ein Kompromiss war, wurden einige Passagen so formuliert, dass beide Ideen der kontrahierenden Parteien umgesetzt werden konnten. Die Schlussfolgerung daraus war, dass je nach Einfluss der jeweiligen Partei, die entsprechende Haltung umgesetzt wurde. So wurden in Wien und den größeren Industriestädten die Ideen der Sozialdemokraten umgesetzt und in den ländlichen Bereichen die Ideen der Christlichsozialen.⁴²

Jedoch versuchten die Christlichsozialen die großen Eingeständnisse, die sie bei den Gesetzen 1927 gemacht hatten, über die neuen Mittelschullehrpläne zurückzuholen. So wurden Gruppen des Wiener Stadtschulrates bei der Entwicklung hierzu von Bildungsminister Schmitz ausgeschlossen, nachdem er ihnen zugestanden hatte, dass sie daran teilnehmen durften. So wurde auch versucht, die Bedeutung der Hauptschule zu mindern. Diese Tendenz der Einschränkung der sozialdemokratischen Reformbemühungen riss bis 1933 nicht ab.⁴³

Man kann also erkennen, dass auf politischer Ebene ein ständiger Kampf der zwei Großparteien herrschte. So hatten zuerst die Sozialdemokraten die Oberhand und konnten ihre Bemühungen auch in Wien weiter ausführen, jedoch wurden ihre Reformen auf Bundesebene zunehmend eingeschränkt. Dadurch entstand in Österreich ein Dualismus auf Bildungsebene, zum einen die Idee der Schule für alle ohne klerikalen Einfluss der Sozialdemokraten, zum anderen die sittliche-religiöse Erziehung in der Schule der Christlichsozialen.

2.2.1) Situation der Lehrerschaft

Die Lehrer und Lehrerinnen waren bestrebt die Professionalisierung ihres Berufes voranzutreiben, zum Beispiel drängten Volksschullehrer auf eine längere und vertiefte Ausbildung und schielten dabei auf eine Ausbildung an den Uni-

⁴¹ Vgl. *Dachs*, Schule und Politik, 102.

⁴² Vgl. *Ebda*, 52.

⁴³ Vgl. *Ebda*, 53.

versitäten. Dies hatte das Unterrichtsamt losgetreten, das sich eine einheitliche Ausbildung für die Lehrer und Lehrerinnen aller Schulstufen und Schulgattungen wünschte. Die Wünsche der Kollegenschaft trugen allerdings einen parteipolitischen Anstrich.⁴⁴

Die Sozialdemokraten und Großdeutschen setzten sich sehr dafür ein, dass alle Lehrer und Lehrerinnen an einer Hochschule ausgebildet wurden. Dies stellte daher eine immense Aufwertung der Volksschullehrerschaft dar. Die Ausbildungszeit sollte hierbei vier Jahre betragen. Christlichsoziale und die katholische Kirche waren für eine zweijährige Ausbildung an einer Akademie, welche aber von Hochschulprofessoren und Dozenten durchgeführt werden sollte. Jedoch fand keiner der Vorschläge eine Mehrheit im Nationalrat und so wurde die Ausbildung nur auf fünf Jahre erweitert. Erst mit den neuen Lehrplänen aus dem Jahr 1932 erhöhte man die Anforderungen für die Schüler und versuchte somit das Niveau zu verbessern.⁴⁵

Wie bereits erwähnt wurde die Fortbildung der Volksschullehrer / Volksschullehrerinnen aufgewertet, wobei die Lehrerschaft der Mittelschulen keine höhere methodisch-didaktische Ausbildung erhielt. Für die Verwaltung war es daher wichtig, dass die Ausbildung dieser mehr pädagogisiert wurde. Das wurde mit einer neuen „Prüfungsvorschrift für das Lehramt an Mittelschulen“ im Jahr 1928 neu geregelt.⁴⁶ Hierbei wurde Anwärtern und Anwärterinnen auf das Lehramt vorgeschrieben, welche Vorlesungen sie zu besuchen hatten, bei denen das Thema Pädagogik behandelt wurde.⁴⁷

Frauen waren Männern im Rahmen des Dienstrechts und des Besoldungsrechts gleichgestellt. Ein Nachteil ergab sich für sie allerdings, dass sie bei Aufstiegsmöglichkeiten weniger berücksichtigt wurden. Generell kann man sagen, dass Frauen nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr aus dem Lehrberuf wegzudenken waren. Vor allem im Bereich der Volksschulen konnte man in Wien und

⁴⁴ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 28.

⁴⁵ Vgl. Ebda, 28.

⁴⁶ Zitiert nach Ebda, 28.

⁴⁷ Vgl. Ebda, 28.

der Steiermark erkennen, dass es weitaus mehr weibliche Lehrkräfte gab. Das Gegenteil davon war allerdings in Bürgerschulen, den späteren Hauptschulen, der Fall. Dies zeigt, dass nicht so viele Frauen auf den besser bezahlten Dienstposten eines Bürgerschullehrers aufsteigen konnten.⁴⁸

Im Burgenland und in Niederösterreich überwog die männliche Lehrerschaft auch in den Volksschulen. Im Burgenland waren im Schuljahr 1926/1927 71,9 Prozent männliche Lehrer angestellt und in Niederösterreich 69 Prozent. Diese Prozentwerte sollten im Laufe der Ersten Republik nur leicht sinken. An den Bürgerschulen, ab 1927 Hauptschulen, unterrichteten in allen Bundesländern mehr männliche Lehrer als weibliche. Niederösterreich war hier sogar das führende Bundesland mit rund 75 Prozent männlichen Lehrern.⁴⁹

An den Mittelschulen änderte sich für die Lehrerschaft kaum etwas. Sie waren noch immer dem Staat unterstellt und mussten lediglich beim Diensteid auf die neue Republik schwören. Ansonsten blieb für sie die rechtliche Lage der Donaumonarchie aufrecht. Mittelschulen waren eine reine Männerdomäne in der Lehrerschaft. Frauen durften lediglich an privaten Mädchenmittelschulen beschäftigt werden.⁵⁰

Schwierig gestaltet sich die Situation für Junglehrer und Junglehrerinnen. Da die wirtschaftlichen Verhältnisse sehr schlecht waren, konnte man kaum neue Lehrkräfte anstellen. So sprach man vom „Supplentenelend“ beziehungsweise dem „Junglehrerelend“.⁵¹ Man musste oft jahrelang auf eine Anstellung warten und viele hielten sich entweder mit Feldarbeit oder mit dem Vertreten einiger Stunden über Wasser. Durch die Sparmaßnahmen, die mit der Weltwirtschaftskrise 1929 einhergingen, radikalisierte sich die Junglehrerszene und es entstand der Trend, dass sich Beamte / Beamtinnen und Lehrer / Lehrerinnen dem Nationalsozialismus zuwandten.⁵²

⁴⁸ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 29.

⁴⁹ Vgl. Ebda, 29f.

⁵⁰ Vgl. Ebda, 30.

⁵¹ Vgl. *Dachs*, Schule und Politik, 112.

⁵² Vgl. Ebda, 112f.

Wichtig war auch die politische Angehörigkeit der Lehrerschaft, welche sich in großen Lehrerverbänden zusammenschloss. Jede Reform oder Veränderung in der Bildungspolitik konnten Lehrer und Lehrerinnen verhindern, indem sie sich gegen diesen Beschluss in ihren Gruppierungen wehrten.⁵³

Hierbei kristallisierten sich drei große Lehrerverbände, die eigenen Landesvereine und Bezirksgruppen hatten, heraus. Der größte war der Österreichische Lehrerbund, welcher sehr an einem Anschluss an Deutschland interessiert war und der Großdeutschen Partei nahestand. Dieser Verband war mit ca. 11.000 Mitgliedern der größte. Danach folgte der katholische Lehrerbund für Österreich, der auf ca. 10.000 Mitglieder kam und den Christlichsozialen und der katholischen Kirche nahestand. Der Sozialistische Lehrerbund zählte lediglich 5.000 Mitglieder und war somit der kleinste. Die größte Zustimmung fand dieser vor allem in Wien. In Restösterreich herrschte in den Landesschulräten und in der Lehrerschaft vor allem eine christlichsoziale bzw. großdeutsche Mehrheit vor.⁵⁴

Diese Konstellation zeigt auch ganz klar, warum die Reformen der Sozialdemokratischen Partei nur in Wien fruchteten und im restlichen Österreich nur sehr schleppend vorangingen.

Abschließend kann man sagen, dass sich für den größten Teil der Lehrerschaft nicht viel geändert hat. Es wurde versucht eine Professionalisierung voranzutreiben, welche jedoch auch durch die wirtschaftlichen Gegebenheiten nur schwer durchführbar war. Positiv war die Zeit für weibliche Lehrkräfte, da sie sich im Laufe der Ersten Republik fest als Lehrkräfte etablieren konnten und dazu auch noch dieselben Rechte wie ihre männlichen Kollegen bekamen.

2.3) Sonderfall Burgenland

Die Eingliederung des Burgenlandes in die Erste Republik war ein Wunsch der damaligen deutschnationalen Bewegung und hatte mit vielen Schwierigkeiten

⁵³ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 32.

⁵⁴ Vgl. *Dachs*, Schule und Politik, 100.

zu kämpfen. Ein Aspekt war sicherlich, dass das Burgenland bis dahin de facto nicht existierte, sondern auf drei ungarische Komitate aufgeteilt war. Im Zentrum der Planung für den „Anschluss“ war die neue Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920, die das Burgenland als achttes österreichisches Bundesland ins Staatsgebiet aufnahm. Mit dem zweiten Bundesverfassungsgesetz vom 7. April 1922 entschied die österreichische Regierung, dass Ödenburg die Landeshauptstadt werden sollte. Es wurde eine Landesordnung und eine Landeswahlordnung eingeführt, die erst Gültigkeit erlangte, sobald der neugewählte Landtag zusammentrat.⁵⁵

Die tatsächliche Eingliederung des Burgenlandes erfolgte später. Sie verzögerte sich vor allem aufgrund von Interventionen der ungarischen Regierung. Dies führte zur Besetzung des Gebietes des Burgenlandes ab August 1921 durch die österreichische Gendarmerie und diversen Konflikten mit paramilitärischen Gruppierungen. Daher wurde im Venediger Protokoll vom 13. Oktober 1921 beschlossen, dass von der österreichischen und ungarischen Regierung eine Neuregelung zum betroffenen Gebiet gefunden werden sollte. Dies betraf vor allem das Gebiet rund um Ödenburg. Am 5. Dezember 1921 übergab man das Burgenland der Republik Österreich, jedoch wurde über den Verbleib des Ödenburger Gebiets bei Österreich erst am 14. bzw. 16. Dezember abgestimmt. Die Volksabstimmung erbrachte eine Mehrheit für den Verbleib bei Ungarn und so verlor das Burgenland seine Landeshauptstadt.⁵⁶

Das Leben im Burgenland war geprägt vom Jahresrhythmus der Bauern. Der Großteil der Gesellschaft war in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen wanderten in der Zwischenkriegszeit allerdings in größere Städte aus, vor allem nach Wien und in Überseegebiete aus, da es im Burgenland eine große Perspektivlosigkeit am Arbeitsmarkt gab.⁵⁷

⁵⁵ Vgl. Roland *Widder*: Landespolitik am Beispiel Burgenland (1922- 1934). Die Konstruktionsanfänge einer Provinz. In: Emmerich *Tálos* (Hg.) u.a.: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918 bis 1933 (Wien 1995), 632f.

⁵⁶ Vgl. Ebda, 634f.

⁵⁷ Vgl. Ebda, 632 - 636.

Der Bildungsbereich im Burgenland war im Vergleich zu Restösterreich rechtlich in einer besonderen Situation. Von 365 Volksschulen im ganzen Bundesland wurden nur 47 vom Staat und 14 von den Gemeinden erhalten und geführt, der Rest konfessionell. Es gab 231 römisch-katholische, 66 evangelische und 7 israelitische Volksschulen. Vor allem die römisch-katholische Kirche war als Gegenpol zu Otto Glöckels Reformen nicht bereit dazu, ihren Einfluss im schulischen Bereich aufzugeben.⁵⁸

Ein wesentlicher Unterschied zu den anderen Bundesländern war die Beibehaltung der ungarischen Gesetze, da die Verwaltungsbildung auf Grund mangelnder Ressourcen länger dauerte. So hatte bis ins Jahr 1923 der Landesschulinspektor die Aufsicht über das Bildungswesen im Burgenland. Erst dann wurde ein zweiter bestellt, der die Haupt- und Mittelschulen beaufsichtigte. Bezirksschulinspektoren waren bis 1922 auch nicht vorhanden und wurden von sieben verlässlichen Lehrkräften ersetzt. Um allerdings einen geordneten und für alle gleichen Unterricht zu gewährleisten, sah sich die burgenländische Landesregierung dazu veranlasst, an allen Schulen ältere Lehrer als pädagogische Leiter einzusetzen, welche die Verantwortung über die Unterrichtsführung hatten. Sie mussten also auch dafür sorgen, dass die Weisungen des Schulamtes und die Lehrpläne eingehalten wurden. Die rasche Einführung dieses Systems verhinderte auch, dass wieder die Pfarrer den Lehrplan der Schule bestimmten, da sich die Kirche im Bereich des Burgenlandes noch langsamer organisierte.⁵⁹

Wenn man die Bildungslandschaft des Burgenlandes nach dem Anschluss an Österreich 1921 betrachtet, kann man erkennen, dass viele magyraphile Beamte / Beamtinnen und Lehrer / Lehrerinnen, auch auf Grund mangelnder Deutschkenntnisse, das Land in Richtung Ungarn verließen. Die Posten, die durch diese Abwanderung frei wurden, wurden durch Personen aufgefüllt, die in

⁵⁸ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 127.

⁵⁹ Vgl. Ebda, 128.

„gemischtsprachigen Regionen der ehemaligen Donaumonarchie wie Südtirol, Deutsch-Böhmen und Südsteiermark“ lebten.⁶⁰

Mit der Einführung der Schulpflicht bis zum vierzehnten Lebensjahr und der Abschaffung der Verkürzung des Schuljahres auf acht Monate wurde versucht, dem schlechten Schulbesuch im Herbst und im Frühjahr entgegenzuwirken. Lediglich in der achten Schulstufe konnte man um Schulbesucherleichterungen ansuchen. Ab dem Schuljahr 1924/1925 wurde dann an burgenländischen Schulen eine achte Schulstufe eingeführt. Der Lehrplan der Volksschulen wurde speziell für das Burgenland angepasst, da sich die Lehrerschaft gegen den zuvor in den anderen Bundesländern bereits eingeführten Lehrplan wehrte. Ein Grund hierfür war, dass der Unterricht noch auf dem ungarischen Lehrplan basierte. Im Laufe der Ersten Republik wurde dieser immer mehr an den in ganz Österreich gültigen angepasst. Wichtig war vor allem der Austausch der ungarisch sprachigen Lehrmaterialien, welcher noch im Jahr 1921/1922 erfolgte.⁶¹

Da jedoch nicht an allen Schulen deutschsprachige Bibliotheken eingerichtet werden konnten, erstellte man eine Bezirksbibliothek beim jeweiligen Standort des Bezirksschulrates. Diese diente auch der Bereitstellung von Materialien für die Lehrer und Lehrerinnen, die zum größten Teil an ungarischen Lehrerbildungsstätten ausgebildet wurden. Um den Anforderungen gerecht werden zu können, entwickelten sich im Burgenland Lehrerarbeitsgemeinschaften, wo in monatlichen Sitzungen über die pädagogische Arbeit beratschlagt und die freiwillig besucht wurden. Auch wurde das fehlende Wissen über die neue Republik aufgearbeitet.⁶²

Umso beachtlich ist daher die Leistung der Schulverwaltung unter den widrigen wirtschaftlichen Umständen, die im Burgenland vorherrschten. So gab es in den 365 Schulen im Jahr 1921 688 Klassen. Die Klassenanzahl erhöhte sich bis ins Jahr 1931 um 100. Auch die Schülerzahl in den Klassen konnte von durch-

⁶⁰ Vgl. Eva Maria Gober, *Schule unterm Kruckenkreuz. Erziehungsansprüche im autoritären Ständestaat Österreichs 1933/34 bis 1938 am Beispiel burgenländischer Wirklichkeiten* (Wien 2011), 16.

⁶¹ Vgl. Engelbrecht, *Geschichte Bildungswesen*, 129.

⁶² Vgl. Ebda, 130.

schnittlich 58 auf 53 reduziert werden. Mit Hilfe von Landesmitteln und Mitteln der Kirche wurden viele Schulgebäude renoviert, da diese unzulänglich waren und über mangelhafte hygienische Einrichtungen verfügten.⁶³

Auch im Burgenland waren die Streitigkeiten der Parteien über Konfessionen in der Schule zu spüren. Sozialdemokraten und Deutschnationale versuchten den antiklerikalen Lehrplan, der in Restösterreich praktiziert wurde, auch im Burgenland umzusetzen. Die wurde allerdings von der Bundesregierung abgelehnt. Durch den Widerstand der Christlichsozialen und der katholische Kirche ergab sich eine Pattstellung und das Reichvolksschulgesetz wurde nicht auf das Burgenland ausgeweitet. Erst die nichtdemokratischen Systeme im Ständestaat und im Nationalsozialismus lösten die ungarischen Gesetze zur Gänze auf und gliederten das Burgenland in die gesamtösterreichische Gesetzgebung ein.⁶⁴

Da viele Beamten im Burgenland kaum Deutschkenntnisse hatten, zogen sie nach Ungarn zurück. Diese Posten ersetzte man durch Beamte, die aus gemischtsprachigen Regionen der ehemaligen Monarchie, wie z.B. Südtirol, wegen ihres Deutschtums vertrieben wurden. Aus diesen Einwanderern ergab sich ein Potential für die Ideen der Deutschnationalen. Es waren zwar schon vorher deutschpolitische Tendenzen erkennbar, allerdings verhielt sich das Kleinbauerntum apolitisch. Die politische Gesinnung der vielen verschiedenen Volksgruppen im Burgenland konnte man nur schwer nachvollziehen, da diese von „sozioökonomischen Bedingtheiten“ abhängig waren.⁶⁵

Im Sekundarbereich mussten keine großen Veränderungen eintreten, da die meisten Mittelschulen im Gebiet Ungarns lagen. Lediglich in Oberschützen gab es eine Realschule und eine Lehrerbildungsanstalt, welche einfach auf deutsche Unterrichtssprache umgestellt wurden. Um dem Fehlen von Mittelschulen entgegenzuwirken, richtete man Bürgerschulen ein, die den Lehrplan der Unterstufe der Mittelschule vermittelten. Ab 1927 wurden aus diesen Schulen dann Hauptschulen, wie z.B. in Stoob oder Güssing. Auch in Mattersburg wurde so

⁶³ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 130.

⁶⁴ Vgl. *Ebda*, 131.

⁶⁵ Vgl. *Gober*, Schule unterm Kruckenkreuz, 16.

eine Bürgerschule gegründet, die allerdings in ein Unterrealgymnasium umgewandelt wurde. Da so nur geringfügig das Bedürfnis nach höherer Bildung abgedeckt werden konnte, entschloss man sich in Eisenstadt, eine staatliche „Mittelschule“ samt Internat einzurichten. Eisenstadt erfreute sich eines großen Zulaufs auch von Schülern und Schülerinnen, die auch von außerhalb des Burgenlandes kamen, dasselbe galt auch für Oberschützen.⁶⁶

2.3.1) Der Sonderfall der magyarischen und kroatischen Schüler sowie der burgenländischen Roma im Burgenland

Mit dem Friedensvertrag von Saint Germain hatte man festgelegt, dass Minderheiten nicht benachteiligt werden durften. Dies war besonders für das Burgenland wichtig, da in seinem Gebiet viele Magyaren und Kroaten⁶⁷ lebten (Volkszählung 1923 - unter 276.013 Burgenländer befanden sich 41.756 Kroaten und 10.597 Magyaren). Die Schwerpunkte der kroatischen Bevölkerung lagen in den Bezirken Eisenstadt und Oberpullendorf. Insgesamt gab es 45 kroatische Volksschulen mit 114 Klassen im ganzen Burgenland.⁶⁸ Obwohl diese ethnische Vermischung im ganzen Burgenland von statten ging, gab es kaum politische Konflikte oder Verfolgungen im Burgenland. Deutschsprachige, Kroaten, Ungarn und Roma⁶⁹ hatten einen regen Kontakt miteinander, der reibungslos verlief.⁷⁰

Da sich am Schulgesetz zu Beginn wenig änderte, entschied die Ortsschulbehörde („Schulstuhl“), also der Schulleiter, in welcher Sprache unterrichtet und auch welche Lehrer und Lehrerinnen angestellt wurden. Die konfessionellen Schulen hatten selbst für den Schulraum und den Sachaufwand aufzukommen und mussten auch die Hälfte des Gehaltes der Lehrkräfte übernehmen. Trotz des hohen Aufwandes setzten sich die kroatischen konfessionellen Schulen

⁶⁶ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 132.

⁶⁷ Mit den Begriffen „Magyaren“ und Kroaten werden sowohl männliche als auch weibliche Mitglieder der ungarischen bzw. kroatischen Volksgruppe bezeichnet.

⁶⁸ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 175f.

⁶⁹ Mit dem Begriff „Roma“ werden in dieser Arbeit sowohl männliche als auch weibliche Angehörige dieser Volksgruppe bezeichnet.

⁷⁰ Vgl. *Widder*, Landespolitik am Beispiel Burgenland, 637.

vehement für die Idee der Christlichsozialen ein, damit sie weiterhin die Pflege der Sprache und des Brauchtums veranlassen konnten.⁷¹

Jedoch wurde im Rahmen der diversen Veränderungen in der Ersten Republik auch eingeführt, dass die deutsche Sprache als Pflichtsprache im Unterricht zu verwenden ist. Der kroatisch-katholische Lehrerverein befürchtete eine Germanisierung und forderte einen eigenen Schulinspektor. Ebenso schlugen sie vor, dass Kroatisch als Pflichtgegenstand in Haupt- und Mittelschulen angeboten wurde, wo mindestens 20 Prozent der Schüler und Schülerinnen Kroaten waren. Auf Grund der Vorgeschichte des Burgenlands und der früheren Magyarisierungspolitik wurden die Forderungen ohne Widerstand umgesetzt. So überließ man den Ortsbehörden die Entscheidung, wie der Deutschunterricht auszusehen hatte. Da jedoch der Wunsch nach bestmöglicher Ausbildung in der deutschen Sprache in der kroatischen Volksgruppe aufkeimte, wurde der Deutschunterricht sogar gefördert. Somit bildeten sich drei unterschiedliche Schultypen, Schulen mit kroatischer Unterrichtssprache, Schulen mit gemischtsprachigem Unterricht und Schulen mit kroatischer Unterrichtssprache in der ersten und zweiten Klasse und danach bis zum Schulabschluss in deutscher. Die Entwicklung der magyarischen Volksschulen verlief weitestgehend simultan mit den kroatischen.⁷²

Eine weitere Bevölkerungsgruppe im Burgenland in der Ersten Republik waren Angehörige der Roma, wobei zirka 7.000 Menschen hier lebten. Um weitere Zuwanderung zu verhindern, beschloss man diese zu registrieren. Durch die Wirtschaftskrise wurde es sehr schwierig für die Roma, da unter anderem das Hausieren verboten wurde. Durch ihre wirtschaftliche Notlage waren sie oft auf die Fürsorge und Betteln angewiesen, was sie noch mehr aus der Gesellschaft ausgrenzte.⁷³

⁷¹ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 176.

⁷² Vgl. Ebda, 177f.

⁷³ Vgl. Herbert *Brettl*, Die Roma im Burgenland. In: Josef *Tiefenbach* (Hg.), Historischer Atlas Burgenland (Eisenstadt 2011), 238f.

Sie schickten ihre Kinder in der Regel nicht in die Schule, jedoch versuchte man auch diese der Schulpflicht zu unterweisen, allerdings nicht mit dem gewünschten Erfolg. Dies lag aber nicht nur an der Lebensweise dieser Volksgruppe, sondern auch am Widerstand der Mitschüler und deren Eltern. Um dies zu verbessern, errichtete man eine eigene „Zigeunerschule“ in Stegersbach, die sogar einen eigenen Lehrplan erhielt.⁷⁴

⁷⁴ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 178.

3) Schule im Ständestaat

Im Jahr 1933 änderte sich für die junge Republik Österreich Grundlegendes. Mit der Ausschaltung des Parlaments übernahm Bundeskanzler Engelbert Dollfuß die Macht und bemühte sich, die Republik in einen faschistischen Ständestaat umzuwandeln. Diese Tatsache zog nicht nur politische, rechtliche und gesellschaftliche Veränderungen mit sich, sondern betraf auch das Bildungssystem der Ersten Republik. Die Wichtigkeit bildungspolitischer Fragen zeigt auch, dass Dr. Kurt Schuschnigg nach seiner Übernahme des Bundeskanzleramts das Amt des Unterrichtsministers weiter ausübte.

3.1) Politische Veränderungen im Ständestaat

Der Umwandlung zur neuen politischen Situation in Österreich erfolgte keinesfalls geplant. Zu Grunde lagen ihr eine große innenpolitische Spannung zwischen Sozialdemokraten und den regierenden Christlichsozialen und ihren dazugehörigen Wehrverbänden. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30. Jänner 1933 in Deutschland drängten auch diese vermehrt in das österreichische Gebiet, erhielten starken Zulauf bei dem Landtagswahlen im April und forderten daher die Christlichsozialen zu neuen Nationalratswahlen auf.⁷⁵

Der Aufstieg zum faschistisch regierten Land begann mit dem Rücktritt der Nationalratspräsidenten am 4. März 1933 und der damit verbundenen Handlungsunfähigkeit des Parlaments. Diese Situation nutzte die Regierung aus, verhinderte die Wiederaufnahme der Tätigkeiten des Parlaments und regierte das Land mittels des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes.⁷⁶ Bundeskanzler Dollfuß sah das Ganze legitimiert, da er sich auf angebliche „Umsturzabsichten seiner politischen Gegner, den Sozialdemokraten und den Nationalsozialisten“ stützte.⁷⁷

Danach folgten einige Schritte, um Österreich in eine Diktatur zu verwandeln. Eine Gefahr musste Dollfuß aus seiner Sicht allerdings ausschalten - dies wa-

⁷⁵ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 263.

⁷⁶ Vgl. Ebda, 263.

⁷⁷ Vgl. *Kluge*, Der österreichische Ständestaat, 52.

ren drohende Neuwahlen. Mit Hilfe der christlichsozialen Partei und der Wirtschaftsverbände konnte er diese verhindern, die Presse streng kontrollieren und die Wiederaufnahme der Arbeit im Parlament abblocken. Jedoch konnte Dollfuß seine Politik nicht alleine umsetzen, sondern musste auf die Wünsche und Bedürfnisse seiner Unterstützer, wie der katholischen Kirche oder der Heimwehren, hören.⁷⁸

In dieser Regierungsform hatten andere Parteien keinen Platz. So wurden bei der Ausschaltung des Nationalrates KPÖ und NSDAP gleich verboten und die Sozialdemokraten 1934. Man begann zum Beispiel mit der Ausschaltung der politischen Gegner mittels Demonstrationsverbots oder der Einschränkung der Pressefreiheit und ging sogar bis zur Errichtung von Anhaltelagern oder der Einführung des Standrechts.⁷⁹ Das Ziel war, die anderen Parteien auszuschalten und einen „sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage unter starker, autoritärer Führung“ einzurichten.⁸⁰ Somit wurden von 1933 bis 1934 alle politischen Gegner der Reihe nach ausgeschaltet, was nach den blutigen Kämpfen im Februar 1934 mit der Auflösung der Sozialdemokraten endete. Die Einheitspartei „Vaterländische Front“, welche 1933 von Engelbert Dollfuß gegründet wurde, war somit der politische Mittelpunkt, von dem die Macht im ganzen Staat ausging. Dies alles ging mit dem Schutz der katholischen Kirche von statten, denen die antiklerikale Haltung der Sozialdemokraten ein Dorn im Auge war. Daher war es wohl kein Zufall, dass die Vaterländische Front das Kruckenkreuz, ein Symbol der Kreuzritter, als Zeichen wählte.⁸¹

Eine weitere wichtige Änderung, die vor allem die Lehrer und Lehrerinnen betraf, war die „Doppelverdienerordnung“. Im ersten Abschnitt dieser Verordnung wurde geregelt, dass der Bund alle verheirateten weiblichen Personen aus dem Dienst auszuscheiden hatte, wenn der Mann ebenfalls beim Bund, Land, einer

⁷⁸ Vgl. Kluge, Der österreichische Ständestaat, 56f.

⁷⁹ Emmerich Tálos, Walter Manoschek, Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus. In: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik- Ökonomie- Kultur. 1933 – 1938 (Wien 2005), 18 – 21.

⁸⁰ Zitiert nach Engelbrecht, Geschichte Bildungswesen, 264.

⁸¹ Vgl. Ebda, 263f.

öffentlich-rechtlichen Körperschaft oder bei Fonds und staatlichen Betrieben angestellt war und sein Einkommen ca. 340 Schilling, bei höherer Schulbildung war die Grenze höher, überschritt. Im zweiten Abschnitt wurde geregelt, dass Frauen, die verheiratet waren, nicht mehr in den Staatsdienst aufgenommen werden durften. Somit versuchte die österreichische Regierung, Frauen aus allen öffentlichen Ämtern zu vertreiben und sie an ihren Mann zu binden. Dies führte auch dazu, dass hier zwei konträre Geschlechtsbilder aufeinander trafen. Auf Seiten der Regierung war dies ein rückläufiges, das darauf hinzielte, dass Männer für die Familie zu sorgen hatten. Auf der anderen Seite die Sozialdemokratie, die das Gegenteil forderte und Frauen im öffentlichen Dienst gut hieß.⁸²

Nach dem Tod Dollfuß' am 25. Juli 1934 übernahm Kurt Schuschnigg die Regierungsgeschäfte. Er versuchte die Politik von Dollfuß fortzusetzen und prägte somit das Prinzip der „Dollfuß-Straße“. Dies sollte eine Metapher für die Weiterführung der Politik sein und somit die Rolle Dollfuß' und sein Erbe in der Zeit der Regierung Schuschniggs verstärken.⁸³

3.2) Ideologie der Vaterländischen Front in der Schulpädagogik

„Der Weg zum neuen Staat beginnt bei der Schule - die Schule ist das Erste im Staat.“⁸⁴

Man kann an diesen Worten von Dr. Kurt Schuschnigg als Bundeskanzler bereits erkennen wie wichtig die Schule für die Veränderung im Staat war. Somit versuchte er, genauso wie Dollfuß vor ihm, die Ideologie der Vaterländischen Front in das Bildungswesen zu implementieren. Dies zog auch einige Änderungen nach sich.

⁸² Neda Bei, Austrofaschistische Geschlechterpolitik durch Recht: Die „Doppelverdienderverordnung“. In: Ilse Reiter-Zatloukal, Christian Rothländer, Pia Schölnberger (Hg.), Österreich 1933-1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß- /Schuschnigg – Regime (Wien 2012), 197 – 199.

⁸³ Lucile Dreidemy, Der Dollfuß- Mythos. Eine Biographie des Posthumen (Wien 2014), 45f.

⁸⁴ Zitiert nach Gober, Schule unterm Kruckenkreuz, 28.

Man erkennt, dass beide positiv einem „Anschluss“ Österreichs an Deutschland gegenüberstanden. Allerdings änderte sich dies mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Dollfuß stand den antiklerikalen und totalitären Ansichten Hitlers ablehnend gegenüber. Er stärkte seine eigene Position vor allem durch ein klares Bekenntnis zur katholischen Kirche. Dollfuß und Schuschnigg betrachteten die Vaterländische Front auch als Pendant zu den anderen faschistischen Parteien in Deutschland und Italien. Schuschnigg als Nachfolger Dollfuß‘ versuchte das Bewusstsein für Österreich zu stärken, obwohl diesem das Deutsche zu Grunde liegt.⁸⁵

Erkennbar ist, dass sich der Glaube an das Konstrukt des Landes Österreich kaum verstärkt hatte. Obwohl Schuschnigg und Dollfuß Österreich eine führende Rolle im deutschsprachigen Raum beimaßen, war der Ursprung für sie immer in Deutschland zu sehen und das Österreichische basiert nur auf dem Deutschen.

Um die Idee des österreichischen und religiösen Staates umzusetzen, wurde als Erstes der Erlass von Glöckel aufgehoben, das heißt, dass zum Beispiel der Religionsunterricht wieder verpflichtend wurde. Dies wurde mit einem Erlass am 18. Mai 1933 untermauert, der die wertvolle Bedeutung des Religionsunterrichts hervorstrich und ihn wieder zu einer wichtigen Angelegenheit in der Schule machte. Neben der Wiedereinführung des sittlich-religiösen Unterrichts wurde ein besonderes Augenmerk auf vaterländische Erziehung gerichtet.⁸⁶

Vaterländische Erziehung deckte ein breites Spektrum ab, welches von Unterrichtseinheiten über die Geschichte des Vaterlandes, also Österreich, bis hin zu vormilitärischen Übungen reichte. Wichtig war auch, dass die Schüler und Schülerinnen dazu ermutigt wurden österreichische Produkte zu kaufen. Ebenso wurden bei außerschulischen Aktivitäten Symbole, Fahnen und Lieder ver-

⁸⁵ Vgl. *Gober*, Schule unterm Kruckenkreuz, 29 - 31.

⁸⁶ Vgl. *Dachs*, Schule und Politik, 227 - 230.

wendet, um den Schülern und Schülerinnen das Vaterländische näherzubringen.⁸⁷

3.3) Die Situation der Evangelischen im katholischen Staat

Die erste große Änderung im Schulwesen war, wie bereits erwähnt, der erneute Einzug der christlichen Erziehung in das Schulwesen. Dies war allerdings der katholischen Kirche vorbehalten. Die evangelische Kirche bildete einen Gegenpol. Dies kann man gut an der Situation im Burgenland festmachen.

Im Burgenland versuchte man, mit allen Mitteln die konfessionellen Schulen aufrecht zu erhalten. Schon während der Ersten Republik war dies ein großes Anliegen und mit dem kirchlichen Schulrecht des Ständestaats, welches das Öffentlichkeitsrecht für konfessionelle Schule beinhaltete, war dies gesichert. Allerdings war die rein evangelische Lehrerbildung in Oberschützen für die katholische Kirchenverwaltung mit ihrem Vorsitzenden Kardinal Pfiffl nicht zufriedenstellend. So wurde unter größten Mühen des Kardinals eine katholische Lehrerbildungsanstalt in Eisenstadt eröffnet. Diese zog 1934 nach Mattersburg und wurde allerdings 1938 von den Nationalsozialisten wieder geschlossen.⁸⁸

Mit dem Anschluss des Burgenlandes an Österreich erhöhte sich die Zahl der Angehörigen des evangelischen Glaubensbekenntnisses um ca. 40 000. Im Ständestaat stand man den Evangelischen nicht ablehnend gegenüber, solange sie nicht gegen das Vaterland agierten. Der Großteil dieser lebte im Bezirk Oberwart, wo sich auch der Superintendent Beyer in Oberschützen niederließ. Dieser hatte enge Bindungen zum Schulwesen, da er selbst ehemaliger Lehrer des Gymnasiums in Oberschützen und sein Sohn dort auch als Lehrer tätig war. Jedoch wurde der evangelischen Bevölkerung nachgesagt, dass sie nicht dem Vaterland treu ergeben war, sondern dass sie eher mit den Nationalsozialisten paktierte.⁸⁹

⁸⁷ Vgl. *Gober*, Schule unterm Kruckenkreuz, 38f.

⁸⁸ Vgl. Ebda, 45 - 47.

⁸⁹ Vgl. Ebda, 105.

Diese Klischees wurden auch bei Superintendent Beyer angewandt. Da er einem einheitlichen deutschen Nationalstaat positiv und offen gegenüberstand, wurde er bald darauf als bekennender Nationalsozialist bezeichnet. Da auch viele Lehrer im Gymnasium und in der Lehrerbildungsanstalt Oberschützen diesem offen gegenüberstanden, wurde dies alsbald als das Zentrum des Nationalsozialismus im Burgenland betrachtet. Da Beyer auf Grund seiner Verbindungen die Unterrichtstätigkeit verboten wurde, versuchte Johann Rajter, ein Pfarrer aus Kukmirn, die Lage der evangelischen Schulen im Land zu verbessern, da diese nicht alleine im Stande waren, die notwendigen Verbesserungen an den Schulgebäuden vorzunehmen.⁹⁰

Man kann also sagen, dass die evangelische Kirche geduldet wurde. Zwar versuchte man gegen die rein evangelische Lehrerausbildung vorzugehen, allerdings war der Erfolg nur von kurzer Dauer, da die Lehrerbildungsanstalt in Mattersburg geschlossen wurde und jene in Oberschützen nicht. Jedoch wurden die Evangelischen immer überwacht, da man glaubte, dass durch ihre Mitglieder nationalsozialistisches Gedankengut verbreitet wurde. Dieser Irrglaube entstand durch die Tatsache, dass viele Mitglieder sich einfach einen gemeinsamen Staat mit Deutschland wünschten und ihre Hoffnungen im Jahr 1938 erfüllt wurden.

3.4) Veränderungen im Schulwesen

Die tiefgreifende Veränderung zu Beginn war die Einführung der vaterländischen und christlich-sittlichen Erziehung. So mussten Lehrer und Lehrerinnen in ihrem neuen Diensteid auch auf diese im österreichischen Sinne schwören. Um dies am besten umzusetzen, wurde vom damaligen Unterrichtsminister Schuschnigg vorgeschlagen, dass die Lehrkräfte der Vaterländischen Front beitreten mussten und sie zum Beispiel auch Abzeichen zu tragen hatten. Eine Verweigerung dieser Maßnahmen konnte zu einem Unterrichtsverbot führen. Auch Schüler und Schülerinnen waren nicht davor gefeit Strafmaßnahmen über

⁹⁰ Vgl. Gober, Schule unterm Kruckenkreuz, 106 – 108.

sich ergehen zu lassen, wenn sie sich für Sozialdemokraten oder Nationalsozialisten aussprachen.⁹¹

Als erste Maßnahmen, um Störungen anderspolitischer Fraktionen zu verhindern, wurden die führenden Positionen von Lehrerbildungsanstalten und Schulen neu besetzt. Auch durften Schüler und Schülerinnen nicht mehr an politischen Demonstrationen teilnehmen und ab Mai 1933 gab es ein generelles Vereinsverbot für sie.⁹²

Nach dem Bürgerkrieg 1934 kam es zu weiteren Veränderungen. Eine davon war, Otto Glöckel am 13. Februar 1934 zu verhaften und damit auch alle sozialdemokratisch gesinnten Personen in Führungspersonen gänzlich zu verdrängen. Mit einer Verordnung vom 21. März 1934 konnte dies noch besser vorangetrieben werden, da nun der Bund alle Lehrer und Lehrerinnen in den Ruhestand versetzen konnte.⁹³ Mit 29. Mai 1934 erließ man im Burgenland, dass Lehrkräfte nicht der NSDAP beitreten durften, da dies der Dienstpflicht widerspreche.⁹⁴

Das Volksschulwesen blieb zum größten Teil bestehen, jedoch änderte sich dies mit der Aufwertung der Hauptschulen im Rahmen des Hauptschulgesetzes vom 23. März 1934. Da nicht mehr alle Schüler und Schülerinnen berechtigt waren in die Hauptschule aufzusteigen, musste man eine meist dreijährige Volksschuloberstufe einführen.⁹⁵

Die Hauptschulen erfuhren im Gegensatz dazu eine massive Aufwertung. Sie sollte viel mehr zu einer Ausleseschule werden und nur Schüler und Schülerinnen, welche als reif genug erklärt wurden, durften am Unterricht in der Hauptschule teilnehmen. Mit dem Hauptschulgesetz 1934 wurde auch angeordnet, dass sie nur mehr einzügig zu führen waren. Der zweite, leistungsschwächere Klassenzug wurde an die Volksschule abgegeben. Der Wechsel der Schullauf-

⁹¹ Vgl. *Dachs*, Schule und Politik, S. 233f.

⁹² Vgl. Ebda, 240.

⁹³ Vgl. Ebda, 259 - 260.

⁹⁴ Burgenländisches Landesarchiv, Nachlass Ritter, Mappe Schule 1929 - 35.

⁹⁵ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 276.

bahn wurde allerdings eher selten vollzogen, da dies meist mit schwierigen Prüfungen verbunden war.⁹⁶

3.4.1) Sonderfall Burgenland

Den Sonderfall des Burgenlandes, wo man das Reichsvolksschulgesetz, welches die Trennung von Kirche und Schule vorsah, und das neue kirchliche Schulrecht einführen musste, wurde gesondert gelöst. So blieb auf Ortsebene alles beim Alten. Konfessionelle Schulen, die nun öffentliche Schulen waren, behielten ihre Schulsprengel bei und die Ortsschulbehörden blieben bestehen. Auf Bezirks- und Landesebene hingegen übernahm der Staat Aufsicht und Leitung. Die kirchliche Verwaltung blieb allerdings nicht lange aufrecht, da sich die Kirche zurückzog sobald sie der staatlichen Verwaltung vertraute. Da auch die Kosten zum Teil das Land selbst trug, hatte sich dieses Mitwirkungsrechte zusichern lassen und konnte damit auch entscheidend bei rechtlichen Grundlagen mitbestimmen. Jedoch konnte man die Auswirkungen der Maßnahmen nicht mehr sehen, da die Schule 1938 umgestaltet und das Burgenland aufgelöst wurde.⁹⁷

Eine weitere Besonderheit des Burgenlandes war, dass es überwiegend konfessionelle Schulen gab (342 konfessionelle Volksschulen im Vergleich zu 23 allgemein öffentlichen). Die Volksschulen blieben überwiegend niedrig organisiert, das bedeutet, dass viele Schulen ein- bzw. zweiklassig geführt wurden. Mit dem burgenländischen Landesschulgesetz aus dem Jahr 1937 wurden viele Brennpunkte geregelt. Zum einen wurde der Sprachgebrauch in Schulen mit Sprachminderheiten, wie Kroaten und Ungarn, geregelt, zum anderen übernahm das Land Burgenland die Kosten für alle Lehrer und Lehrerinnen, auch jenen an konfessionellen Schulen. Die Stellung der Kroaten wurde verbessert, da sie ab 1935 ihren eigenen Schulinspektor bekamen.⁹⁸

⁹⁶ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 280.

⁹⁷ Vgl. Ebda, 277.

⁹⁸ Vgl. Ebda, 278.

4) Politische Voraussetzungen nach dem „Anschluss“

4.1) Der „Anschluss“ Österreichs

Mit der Machtergreifung Dollfuß' begannen die Nationalsozialisten gegen die österreichische Regierung vorzugehen. Gewalt, die von Anhängern der NSDAP ausging, gipfelte in einem „Putsch“ und der Ermordung von Dollfuß am 25. Juli 1934. Danach versuchten die Nationalsozialisten den österreichischen Staat von innen anzugreifen. Das wurde durch ein Abkommen vom 11. Juli 1936 gefördert, den dieses besagte, dass sich die österreichische Politik der deutschen anzupassen hätte. Dadurch gewannen die Nationalsozialisten immer mehr Einfluss.⁹⁹

Am Vorabend des „Anschlusses“ wies das österreichische Schulwesen eine besondere Kennzeichnung auf. Dies war der hohe Anteil der privaten Schulen mit Öffentlichkeitsrecht. Im Pflichtschulbereich war dies noch überschaubar und nur das Burgenland bildete eine Ausnahme, im Bereich der Mittelschule war dies allerdings krasser ausgeprägt. 86 staatlichen Mittelschulen standen 76 privat geführte Mittelschulen gegenüber. Allerdings kann man auch erkennen, dass die größeren Schulanstalten immer vom Staat geleitet wurden. Eine weitere Besonderheit war auch die auf Grund der Stellung als ehemalige Hauptstadt eines Großreiches gute und vielfältige Ausstattung an Schulen in Wien. In Wien wurden 97 Prozent der Volksschulen vierklassig geführt, außerhalb Wiens lediglich 28. Auch bei den Mittelschulen war Wien bevorzugt, da sich fast 50 Prozent aller Mittelschulen in Wien befanden.¹⁰⁰

Mit dem Berchtesgardener Abkommen vom 12. Februar 1938 erhielten die Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) in Österreich eine Amnestie. Auf Druck Hitlers musste Bundeskanzler Schuschnigg den Führer der Nationalsozialisten, Arthur Seyß-Inquart, als Innenminister angeloben. Die Partei selbst war zwar noch verboten, allerdings konnten Mitglieder

⁹⁹ Hanns Haas, Der „Anschluss“. In: Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer, Reinhard Sieder, Emmerich Tálos (Hg.), NS- Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch (Wien 2001), 26 - 28.

¹⁰⁰ Vgl. Engelbrecht, Geschichte Bildungswesen, 301f.

sich legal im Rahmen der Vaterländischen Front betätigen. Dadurch gewannen die Nationalsozialisten immer mehr an Macht. Ohne Unterstützung anderer Parteien war Schuschniggs letzter Ausweg die Ankündigung einer Volksabstimmung am 13. März 1938 über den „Anschluss“ Österreichs an Deutschland. Allerdings dankte er auf Druck der Nationalsozialisten zu Gunsten Seyß-Inquarts ab. Damit war die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich „legal“. Am 12. März „marschierten“ deutsche Truppen in Österreich ein und stießen dabei auf keinerlei Widerstand.¹⁰¹

Bereits am 13. März 1938 betraute Hitler Josef Bürckel, seines Zeichens saarpfälzischer Gauleiter, mit der Reorganisation der NSDAP in Österreich und somit auch mit der Vorbereitung der Volksabstimmung. Bürckel hatte mit diesem Auftrag zu Beginn mehr politische Entscheidungsgewalt als Reichsstatthalter Seyß-Inquart, welcher am 15. März ernannt wurde. In der neuen Landesregierung wechselte die Regierungsform daher zum Führerprinzip, wobei allen Anweisungen des Reichsstatthalters Folge zu leisten war.¹⁰²

Um den „Anschluss“ nachträglich zu legitimieren, ließ Hitler am 10. April 1938 eine Volksabstimmung abhalten. Hier startete eine riesige Propagandamaschinerie, die die Bevölkerung dazu aufforderte, sich für den Führer zu entscheiden.¹⁰³

4.1.1) Sonderfall Burgenland

Der Aufstieg der NSDAP im Burgenland ging eher schleppend vor sich. Meistens kamen nur Akademiker oder Beamte mit dem Nationalsozialismus in Kontakt. Erst ab den 1930er Jahren gab es ein verstärktes Erscheinen von nationalsozialistischen Gruppierungen. Sehr gut waren die Nationalsozialisten in den Bezirken Jennersdorf, Neusiedl und Oberwart organisiert. Schwierig war die Lage für die Nationalsozialisten vor allem in kroatischen und ungarischen Dörfern, auf die sie kaum Zugriff bekamen. Insgesamt kann man festhalten, dass

¹⁰¹ Vgl. Karl *Vocelka*, Geschichte Österreichs. Kultur- Gesellschaft- Politik (Graz 2000), 296.

¹⁰² Vgl. *Botz*, Eingliederung Österreichs, 50 - 52.

¹⁰³ Vgl. Herbert *Brettel*, Nationalsozialismus im Burgenland. Opfer. Täter. Gegner (Innsbruck 2013), 74.

bis zum Verbot der NSDAP im Ständestaat die Dichte der Gruppierungen im Vergleich zu Restösterreich sehr gering war.¹⁰⁴

Mitbeteiligt waren die burgenländischen Mitglieder der NSDAP vor allem beim Putschversuch im Juli 1934. Da dieser auf Grund von Streitigkeiten zwischen SA und SS und dem Verweigern der Unterstützung von Hitler scheiterte, flohen 177 burgenländische Anhänger der NSDAP. Trotz des Verbotes der Partei erfreute sie sich immer mehr Zuspruchs. Dadurch entstand im April 1935 ein eigener „Gau Burgenland“ mit Dr. Tobias Portschy als Gauleiter. Die „SA-Brigade Burgenland“ bestand zu dieser Zeit aus ca. 3.000 Mann und die SS Gruppe aus 230 Mitgliedern.¹⁰⁵

Mit dem Abkommen zwischen Schuschnigg und Hitler verstärkten sich auch die Propagandaaktivitäten der Nationalsozialisten. Dies und die Bereitstellung von Jobs in Deutschland führten zu einer Popularisierung der NSDAP im Burgenland. Im Gegenzug versuchte die Landesregierung unter Landeshauptmann Ing. Hans Sylvester dem entgegenzuwirken und die Vaterländische Front zu stärken. Je näher die Volksbefragung rückte, desto verzweifelter wurden die Versuche Sylvesters und er bat sogar die verbotenen Parteien um Hilfe gegen den Nationalsozialismus.¹⁰⁶

Die nationalsozialistische Führung im Burgenland verlegte in Anbetracht des nahenden „Anschlusses“ ihren Sitz von Oberwart nach Eisenstadt und in jedem Bezirk wurden Kontaktpersonen eingesetzt. Mit der Order vom 11. März ließ Portschy zwei große Aufmärsche in Eisenstadt und in Oberwart veranstalten. Der Aufmarsch in Eisenstadt endete vor dem Landhaus, welches auf Anordnung von Landeshauptmann Sylvester vom Bundesheer gesperrt wurde. Durch die Meldung der Abdankung Schuschniggs gab Sylvester den Widerstand auf. SA und SS besetzten das Landhaus und nahmen die anwesenden Politiker, unter anderem den Landeshauptmann, in Haft. Diese wurden im Bürgerspital gefangen gehalten, welches von der SS zu einem „Anhaltelager“ umgewandelt

¹⁰⁴ Vgl. *Brettl*, Nationalsozialismus im Burgenland, 36f.

¹⁰⁵ Vgl. *Ebda*, 47f.

¹⁰⁶ Vgl. *Ebda*, 67f.

wurde. Gleichzeitig wurden auch in etlichen anderen Gemeinden des Burgenlandes die Bürgermeister und die Bezirksvorstände ihrer Ämter enthoben. Somit war das Burgenland bereits bevor die deutschen Truppen einmarschierten von den Nationalsozialisten beansprucht worden.¹⁰⁷

Der Übergang ging deshalb so reibungslos über die Bühne, da die Unterstützung des Beamtenapparats nicht mehr der Vaterländischen Front galt, sondern bereits den Nationalsozialisten. Ein großer Teil der Beamten kam aus Nachfolgestaaten der Monarchie, wo sie auf Grund ihres Deutschtums vertrieben wurden. So kam es, dass ca. 30- 40 % der Beamtenschaft illegale Parteimitglieder der NSDAP waren. Auch bei den Polizisten und Gendarmen entsprachen diese Zahlen, wobei hier Personen unter starken Druck gesetzt wurden, dass sie, wenn sie nicht Gehorsam leisten, einer schweren Zeit entgegensteuern.¹⁰⁸

Nach dem „Anschluss“ wurde Österreich 1938 zunächst in Ostmark umbenannt, aber in späterer Folge wurde dies 1942 durch die Bezeichnung Alpen- und Donaugau ersetzt. Hitler hatte von Portschy eine Einladung ins Burgenland erhalten, allerdings kam er nicht, stattdessen wurden 300 Gestapo und SS- Leute ins Burgenland entsandt. Auch im Burgenland kam es daraufhin zu zahlreichen Propagandaveranstaltungen, die auf die Volksabstimmung hinweisen sollten. Höhepunkt dieser Veranstaltungen war der Besuch von Reichsinnenminister Dr. Frick am 6. April in Eisenstadt. Dieser Besuch wurde von einem prächtigen Aufmarsch fast aller bestehenden Parteiorganisationen im Burgenland begleitet. Der Versuch die Bevölkerung damit zu blenden, war ein voller Erfolg und die Stimmung wurde vor der Abstimmung hochgepuscht. Juden¹⁰⁹ und Roma hatte man das Wahlrecht aberkannt und politische Gegner schüchterte man ein. Auch das Wahlalter senkte man auf 20, da man sich bewusst war, dass die Nationalsozialisten vor allem bei den jungen Leuten großen Zuspruch hatten.

¹⁰⁷ Vgl. *Brettli*, Nationalsozialismus im Burgenland, 70 - 72.

¹⁰⁸ Vgl. *Gerald Schlag*, der 12. März 1938 im Burgenland und seine Vorgeschichte. In: *Hans Chmelar* (Hg.), *Burgenland 1938. Vorträge des Symposions „Die Auflösung des Burgenlandes vor 50 Jahren“* (Eisenstadt 1989), 96f.

¹⁰⁹ Mit dem Begriff „Juden“ werden in dieser Arbeit sowohl männliche als auch weibliche Angehörige des jüdischen Glaubens bezeichnet.

Selbst die Vertreter der Kirche und der Minderheiten im Burgenland riefen dazu auf, bei der Volksabstimmung mit Ja zustimmen.¹¹⁰

Bei der Abstimmung setzte man die Wähler dermaßen unter Druck, dass diese gleich offen das Ja ankreuzten. Im Burgenland kam man zu einem fast perfekten Ergebnis von 99,9 % positiven Stimmen. Nirgends in Österreich war die Zustimmung höher als im Burgenland.¹¹¹

Ein Grund für den großen Zuspruch an den „Anschluss“ war die wirtschaftliche Lage, der die Erste Republik und der Ständestaat nicht Herr werden konnten. Mit dem „Anschluss“ an Deutschland keimte Hoffnung auf, dass sich diese entspannte und neue Jobs entstehen. Dies war vor allem für das Burgenland interessant, da es zu den ärmsten Regionen Österreichs zählte und zahlreiche Teile der Bevölkerung hoch verschuldet waren. Auch der ständige Konflikt zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten löste sich damit auf.¹¹²

Die meisten Burgenländer und Burgenländerinnen passten sich der neuen Besatzungsmacht an. Viele traten auch der Partei bei, da einige berufliche Positionen nur dadurch erreichbar waren. Die NSDAP entwickelte sich daher zu einer richtigen Volkspartei, die in alle Schichten der Bevölkerung eindringen konnte. Das Burgenland wies prozentuell gesehen den geringsten Wert an Parteimitgliedern auf (5,8 % der burgenländischen Gesamtbevölkerung).¹¹³

Kurz nach der Machtübernahme begann der Terror gegenüber politischen Gegnern. Die inhaftierten Politiker der ehemaligen Landesregierung wurden zum Beispiel der Gestapo übergeben und einige ins KZ Dachau überführt, wo Landeshauptmann Sylvester 1939 ums Leben kam. Bereits in der Nacht von 11. zum 12. März gab es eine erste Inhaftierungswelle und die Besetzung aller Posten der Vaterländischen Front. Mit der Terrorisierung und Verhaftung politischer Gegner und möglicher Widerstandskämpfer sollte aufgezeigt werden, dass jeder Widerstand zwecklos war. Danach begann die „Säuberung“ systematisch

¹¹⁰ Vgl. *Brettl*, Nationalsozialismus im Burgenland, 74f.

¹¹¹ Vgl. *Ebda*, 76.

¹¹² Vgl. *Ebda*, 78.

¹¹³ Vgl. *Ebda*, 83.

zu werden. Alle Informationen liefen im Landhaus in Eisenstadt zusammen und der Überwachungsstaat wurde mittels Spitzel ausgeweitet. Personen festzunehmen war aber nur der Gestapo vorbehalten, welche die Gefangenen schikanierte und folterte. Insgesamt wurden 512 Burgenländer und Burgenländerinnen Opfer der Verfolgungsmaßnahmen.¹¹⁴

Recht bald wurde aber das Vorhaben öffentlich, dass das Burgenland aufgeteilt werden sollte, da es sich als zu kleine und schlecht vernetzte Verwaltungseinheit erwies. Ende Mai 1938 verkündete Hitler dann die Auflösung der alten Grenzen Österreichs und hierbei wurde das Burgenland aufgelöst. Das nördliche Burgenland, also die Bezirke Eisenstadt, Neusiedl, Mattersburg und Oberpullendorf schloss man an den Reichsgau Niederdonau an, das südliche Burgenland, die Bezirke Oberwart, Güssing und Jennersdorf, wurde dem Reichsgau Steiermark zugeteilt. Auch die Verwaltungsbezirke blieben nicht gleich, so wurde der Bezirk Oberpullendorf als Kreis Oberpullendorf um den Gerichtsbezirk von Kirchschlag vergrößert. Die Neuordnung trat mit dem 1. Oktober 1938 in Kraft. Bezirkshauptmänner wurden dadurch zu Landräten und Bezirke zu Landkreisen.¹¹⁵

Ziel dieser Auflösung war es auch, gemeinsame Traditionen verschwinden zu lassen und das Heimatbewusstsein auszuschalten. Auch sollte die Bevölkerung verunsichert werden, da dadurch die neue geistige Haltung des Staates besser implementiert werden konnte.¹¹⁶

4.1.2) Die Auswirkungen des „Anschlusses“ auf Minderheiten im Burgenland

Juden, die im Burgenland lebten, sahen sich bereits 1938 mit schweren jüdenfeindlichen Maßnahmen konfrontiert. In keinem Teil des Deutschen Reiches wurde die Judenverfolgung so schnell umgesetzt wie im Burgenland. Bereits im Sommer 1938 wurden Juden enteignet und mehr als 4.000 Juden wurde ein

¹¹⁴ Vgl. *Brettli*, Nationalsozialismus im Burgenland, 87f.

¹¹⁵ Vgl. Ebda, 90.

¹¹⁶ Vgl. *August Ernst*, Auflösung und Aufteilung des Burgenlandes im Jahre 1938. In: *Hans Chmelar* (Hg.), *Burgenland 1938. Vorträge des Symposions „Die Auflösung des Burgenlandes vor 50 Jahren“* (Eisenstadt 1989), 123.

Ausweisungsbefehl zugestellt. Da es kaum Möglichkeiten zur Flucht ins Ausland gab, verschleppte man die Juden zwangsweise. Die mittellose jüdische Bevölkerung flüchtete daher nach Wien zur israelitischen Kultusgemeinde. 1.600 Juden gelang die Flucht und etliche burgenländische Juden wurden bereits deportiert. Gauleiter Portschy verkündete daher, dass das Burgenland innerhalb kürzester Zeit „judenrein“ gemacht wurde.¹¹⁷

Das Leben der Roma im Burgenland war bereits vor 1938 kein leichtes. Gleich nach dem „Anschluss“ wurden die ersten „Zigeuner“ verhaftet.¹¹⁸ Auch veranlasste Himmler die Zählung aller in Österreich befindlichen „Zigeuner“.¹¹⁹ Gauleiter Portschy verschärfte die Maßnahmen gegenüber den Roma. Da die „biologistische und rassistische Politik der Nationalsozialisten“¹²⁰ diese allerdings auch als Indogermanen ansah, sprach Himmler „reinrassigen“ Zigeunern ein Siedlungsgebiet in der Nähe des Neusiedlersees zu. Aber bereits 1938 hatte man eine Zwangsuntersuchung zur Feststellung von „Rassenmerkmalen“ angeordnet. Eine weitere Maßnahme von Portschy war ein Verbot des Schulbesuchs für Kinder der Roma.¹²¹

Mit 17. Oktober 1939 beschlossen die Nationalsozialisten mittels eines Erlasses des Leiters des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, dass „Zigeuner“ ihren Aufenthaltsort nicht mehr verlassen durften.¹²² Der erste Höhepunkt der Maßnahmen gegen Roma war ein eigenes „Zigeunerlager“ in Lackenbach.

¹¹⁷ Vgl. Herbert *Steiner*, Das Schicksal der Juden, Kroaten und Zigeuner im Burgenland nach der nationalsozialistischen Annexion im März 1938. In: Hans *Chmelar* (Hg.), Burgenland 1938. Vorträge des Symposions „Die Auflösung des Burgenlandes vor 50 Jahren“ (Eisenstadt 1989), 114.

¹¹⁸ Im Rahmen der Nationalsozialistischen „Rassenlehre“ wurden „Zigeuner“ mit „Asozialen“ gleichgesetzt. Als „asozial“ galt man, wenn man aus Sicht der Nationalsozialisten gemeinschaftswidriges Verhalten aufwies, das dem Konzept der „Volksgemeinschaft“ widersprach. Auch aus der Perspektive der Nationalsozialisten reichte dies als Grund zur Verfolgung, ohne dass diese Personen ein Verbrechen begehen mussten. Somit konnte man „Zigeuner“ auf Grund ihrer Abstammung und ihrer sozialen Situation definieren. Aus: Florian *Freund*, Gerhard *Baumgartner*, Harald *Greifeneder* (Hg.) u.a., Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti (Wien 2004), 20.

¹¹⁹ *Freund*, Roma und Sinti, 33.

¹²⁰ *Steiner*, Das Schicksal der Juden, 114.

¹²¹ Vgl. Ebda, 115f.

¹²² *Freund*, Roma und Sinti, 35.

Hier inhaftierte man 3.000 Roma bei unzureichendem Platz und unzureichenden sanitären Einrichtungen.¹²³

Da die Nationalsozialisten dies allerdings nur als vorübergehende Lösung ansahen, deportierte man „Zigeuner“ in Konzentrationslager. Dies ging allerdings nur „schleppend“ voran. Einige geplante Deportationen wurden wieder abgesagt. Am 18. September 1941 ordnete Himmler an, dass die „Zigeuner“ im Zuge der Deportation von 20.000 Juden aus dem Deutschen Reich, Prag und Luxemburg in das Getto Litzmannstadt, heute: Łódź, deportiert werden sollten. Anfang November 1941 wurden dann 5.007 „Zigeuner“ in das Getto verfrachtet.¹²⁴

Die Leitung des „Zigeunerlagers“ im Getto Litzmannsstadt hatte die deutsche Gettoverwaltung und die Kriminalpolizei in Litzmannsstadt über. Juden und „Zigeuner“ wurden streng getrennt, was von der Verwaltung und auch dem jüdischen Rat im Getto vehement gefordert wurde. Beide „Lager“ wurden außerhalb und innerhalb von verschiedenen Polizeistaffeln überwacht. Das „Zigeunerlager“ bestand aus einem Häuserblock, welcher von einem zweifachen Zaun und einem Wassergraben gegenüber dem Getto abgeriegelt wurde. Beim Eintreffen der ersten „Zigeuner“ gab es keine sanitären Einrichtungen oder andere Einrichtungsgegenstände.¹²⁵

Erst im Dezember wurden „sanitäre Einrichtungen“ gebracht, nämlich zwei 600 Liter Wasserkessel und 25 Gießkannen. „Zigeuner“ sollten auch aufgrund der offenen Finanzierung nicht einmal mit dem Notwendigsten versorgt werden, so gab es für die Insassen des Lagers nur die Rationen für „nicht arbeitende“. Durch Hunger, keine Hygiene und dem kleinen Raum starben bereits im November 1941 213 Personen. Bald danach brach das Fleckfieber innerhalb des

¹²³ Vgl. *Steiner*, Schicksal der Juden, 115f.

¹²⁴ Vgl. *Florian Freund*, Das Zigeunerlager im Getto Litzmannsstadt. In: *Angelika Brechelmacher*, *Bertrand Perz*, *Regina Wonisch* (Hg.), *Post 41. Berichte aus dem Getto Litzmannstadt. Ein Gedenkbuch* (Wien 2015), 71 - 79.

¹²⁵ Vgl. *Ebda*, 80 - 83

„Zigeunerlagers“ aus, eine der wenigen Gegenmaßnahmen der Verwaltung war das Verbot für Mitarbeiter das Lager zu betreten.¹²⁶

Um die Gefahr der Fieberseuche einzudämmen und diese nicht auf das Getto ausweiten zu lassen, wurde beschlossen, alle „Zigeuner“ in das Vernichtungslager Kulmhof, heute: Chelmno, zu bringen. Gegen Ende Dezember 1941 und im Jänner 1942, also 2 Monate nach der Deportation in das Getto Litzmannsstadt, ermordete man alle Zigeuner, die der Seuche nicht zum Opfer gefallen waren. Damit waren Ende Jänner 1942 alle „Zigeuner“ aus Österreich der Krankheit oder dem Hunger zum Opfer gefallen oder sie wurden im Vernichtungslager ermordet. Ihre Besitztümer im Burgenland wurden ebenfalls vernichtet.¹²⁷

Die Zustimmung in den kroatischen und ungarischen Dörfern gegenüber den neuen Machthabern war anfangs sehr groß. Dies lag wahrscheinlich daran, dass Gauleiter Portschy ihnen alle Rechte versprach. Im Gegensatz dazu richtete man aber eine Volkstumsstelle in Eisenstadt ein, die den Einfluss der Minderheiten genauer beleuchten sollte. Zu einer systematischen Verfolgung der kroatischen Minderheit kam es allerdings nicht. Dasselbe gilt auch für die ungarische Minderheit im Burgenland.¹²⁸

¹²⁶ Vgl. *Freund*, Zigeunerlager Litzmannsstadt, 87 - 89.

¹²⁷ Vgl. Ebda, 94 - 96.

¹²⁸ Vgl. *Brettl*, Nationalsozialismus im Burgenland, S. 81f.

5) Theoretische Voraussetzungen für die Schule im Nationalsozialismus

Den Grundstock für die Idee der Schulbildung legte Hitler bereits 1924/1925 in seinem Buch „Mein Kampf“. Wenn man sich seine Zeit als Reichskanzler ansieht, kann man erkennen, dass er kaum von diesen Ansichten abrückte. Hitler selbst, aber auch andere Pädagogen wie Ernst Krieck formulierten pädagogische Grundlagen, die der Ideologie des Nationalsozialismus entsprachen. Diese wurden dann im Laufe der nationalsozialistischen Herrschaft (NS-Herrschaft) mehr oder weniger umgesetzt. Es stellt sich allerdings die Frage, ob Hitlers Ansichten allein die Erziehungstheorie des Nationalsozialismus darstellten. Die kann man allerdings klar einschränken, da viele Theoretiker Einfluss nahmen und Hitler seine Überlegungen im Laufe der Zeit auch immer wieder anpasste.

5.1) Vorüberlegungen zur nationalsozialistischen Pädagogik

5.1.1) Adolf Hitlers Ideen zur Schule in „Mein Kampf“

„Es wird die Aufgabe eines völkischen Staates sein, in seinem Unterrichtswesen dafür Sorge zu tragen, daß eine dauernde Erneuerung der bestehenden geistigen Schichten durch frische Blutzufuhr von unten stattfindet.“¹²⁹

Dieses Zitat beschreibt Adolf Hitlers Einstellung zur Schule. Sie war für ihn ein wichtiges System, um neue parteitreue Bürger heranzubilden. In der Praxis war es für Hitler immer wichtig, nicht auf den Ausbildungsgrad oder die Begabung, sondern viel mehr auf die Loyalität gegenüber der Partei zu trachten. So reichte auch schon die Teilnahme am Putschversuch 1923, um die Eignung für einen Posten zu beweisen.¹³⁰

¹²⁹ Adolf *Hitler*, *Mein Kampf*. Zwei Bände in einem Band (München 1938), 481.

¹³⁰ Vgl. Christian *Hartmann* (Hg.) u.a.: *Hitler, Mein Kampf*. Eine kritische Edition (Berlin 2016 Bd.II), 1098.

Hitler stellt in seinen Buch „Mein Kampf“ daher drei Forderungen, wie sich das Schulsystem anzupassen hat, um erfolgreich junge Menschen zu fördern und zu begeistern.

„Erstens soll das jugendliche Gehirn im Allgemeinen nicht mit Dingen belastet werden, die es zu fünfundneunzig Prozent nicht braucht und daher auch wieder vergisst.“¹³¹

Dieses Zitat fasst Hitlers Ansicht zur Schule sehr gut zusammen und ist zugleich die erste Forderung, die er formuliert. Viele Dinge des Lehrplans der Schulformen der Zwischenkriegszeit erachtete er als unnütz. Auch dienten sie nicht dazu, Schüler und Schülerinnen zu brauchbaren Nationalsozialisten heranwachsen zu lassen. Jedoch übernahm man trotzdem das System der Schulen, wie es vorherrschte und passte es nur geringfügig an.

Allerdings ist die Warnung vor Überforderung nicht auf Hitler zurückzuführen, denn bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts proklamierten namhafte Wissenschaftler, dass es zu einer Überforderung durch den Lehrplan kommen könnte. So wird zum Beispiel gefordert, dass die Pädagogik nicht alle Spektren des menschlichen Wissens abdeckt und diese sich daher selbst begrenzen muss.¹³²

Hitler führt in „Mein Kampf“ dann weiter aus, dass ihm der Lehrplan einfach zu aufgeblasen erscheint. Das jugendliche Gehirn wird mit einer „Flut von Eindrücken“ belastet und dies ist zu viel, um ihn zu einem „arbeitenden und brotverdienenden“ Bürger heranwachsen zu lassen.¹³³ Als Beispiel hierfür führt er das Erlernen mehrerer Sprachen auf, da dies für den Großteil der Bevölkerung unnötig ist. Lediglich ein kleiner Teil braucht eine zweite Sprache in seinem späteren Leben.¹³⁴

¹³¹ Hitler, Mein Kampf, 464.

¹³² Vgl. Hartmann, Hitler, Mein Kampf, 1064.

¹³³ Hitler, Mein Kampf, 465.

¹³⁴ Vgl. Ebda, 465.

Bereits hier kann man erkennen, dass Hitler stark die Auslesemöglichkeit der Schule beansprucht. Für ihn war es wichtig, einige wenige Eliten auszubilden, die die führenden Posten im nationalsozialistischen System bekleiden sollten. Für den Rest der Bevölkerung reichte eine umfassende Allgemeinbildung, mit der man seiner Arbeit nachgehen und seine Familie ernähren konnte.

Besonders gut lassen sich diese Kürzungen am Beispiel des Geschichtsunterrichts erkennen. Adolf Hitler kritisiert mit seiner Schrift das sture Auswendiglernen der Fakten und Daten. Er ist viel mehr dafür, dass man die großen Zusammenhänge bei geschichtlichen Ereignissen erkennen sollte. Auch sollte man den geschichtlichen Unterricht mehr an der aktuellen politischen Tätigkeit orientieren, damit Schüler und Schülerinnen auch hier wiederum die Entwicklungslinien erkennen könnten.¹³⁵

Geschichtliche Themen hatten für Hitlers Weltanschauung eine zentrale Bedeutung. Selbst seine eigenen Anhänger fiel dies früh auf und so beschrieb ihn Robert Heß als „Kunstgewerbler, der jedoch die Geschichte bis in die neueste Zeit gründlich studiert“ habe.¹³⁶ Dadurch steht der Geschichtsunterricht auch zentral in den bildungspolitischen Überlegungen Hitlers. Jedoch konnte man diesem Anspruch nie gerecht werden und Geschichte spielte im Unterricht eher eine beiläufige Rolle. Die Reformen, die nach dem Ersten Weltkrieg im Rahmen des Geschichtsunterrichts angedacht wurden, entsprachen nicht Hitlers Vorstellungen. So verliefen die meisten wirkungslos.¹³⁷

Als zweite Forderung kritisierte er in „Mein Kampf“ die wissenschaftliche Ausbildung, da sich diese seiner Ansicht nach zu sehr auf die realen Fächer bezog, wie Mathematik, Chemie oder Physik. Wichtig waren für Hitler vor allem die humanistischen Fächer. Die Wissenschaft hatte für Hitler auch die Aufgabe, den Nationalstolz der Bevölkerung zu fördern, indem die Welt- und Kulturgeschichte von dem Gesichtspunkt des Nationalstolzes gelehrt wurde. Ebenso war es für ihn wichtig, sich an der Industrie, Technik und Handel zu orientieren,

¹³⁵ Vgl. *Hitler*, Mein Kampf, 467.

¹³⁶ Zitiert nach *Hartmann*, Hitler, Mein Kampf, 1068.

¹³⁷ Vgl. Ebda, 1068 -1070.

da „diese immer nur zu blühen vermögen, solange eine idealistisch veranlagte Volksgemeinschaft¹³⁸ die notwendigen Voraussetzungen bietet.“¹³⁹¹⁴⁰

Die hierbei genannten Fächer sind jene, bei denen Hitler in seiner eigenen Schullaufbahn Schwierigkeiten hatte und somit kann man einen weiteren Aspekt erkennen, warum Hitler diese ablehnte. Als ideal sah er das Erziehungssystem des antiken Roms an, da seiner Annahme nach hier die besten Schüler / Schülerinnen - egal welchen Standes - in Eliteschulen ausgebildet und andere „Rassen“ ausgeschlossen wurden. Auch verband er die germanische Geschichte mit der der Griechen und Römer, die die Grundlage für das deutsche Volk bilden sollte.¹⁴¹

Die dritte Forderung Hitlers war, dass mehr die deutsche Geschichte unterrichtet und die Kenntnis über das deutsche Kulturgut gesteigert wurde. Diese patriotische Erziehung sollte Nationalbegeisterung als Ziel haben. Auch musste man Personen, die etwas erreicht hatten, als „überragende Heroen“¹⁴² darstellen und damit das für die Nation Ruhmvolle besser darstellen als in einer einfach fachlichen Abhandlung.¹⁴³

In der pädagogischen und wissenschaftlichen Arbeit im Geschichtsunterricht war man bereits vor dem Ersten Weltkrieg auf Heroen oder große Männer fixiert. Daher führte Hitler hier nur das fort, was bereits im 19. Jahrhundert aus-

¹³⁸ Den Begriff „Volksgemeinschaft“ kann man bis ins 18. Jahrhundert zurückverfolgen. 100 Jahre vor „Mein Kampf“ wurde er bereits in Enzyklopädien veröffentlicht. Ursprünglich hatte er die Bedeutung, der Einigung mehrerer germanischer Stämme mit gemeinschaftlichen Zügen. Auch während der Weimarer Republik wurde der Begriff verwendet, um die ideologischen Gräben und Konflikte der Parteien zu umschiffen und auf eine gemeinsame Lösung hinzuarbeiten. Erst bei den Nationalsozialisten entwickelte sich der Begriff zu der Idee, dass eine Volksgemeinschaft die „Rasse“ betrifft und somit „ein rassenbiologisches Synonym für die Idee einer arisch-germanischen Abstammungsgemeinschaft“ ist. Aus: Christian Hartmann (Hg.) u.a.: Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition (Berlin 2016 Bd.I), 190.

¹³⁹ Vgl. Hitler, Mein Kampf, 469 – 473.

¹⁴⁰ Ebda, 473.

¹⁴¹ Vgl. Hartmann, Hitler, Mein Kampf, 1074.

¹⁴² Hitler, Mein Kampf, 471.

¹⁴³ Vgl. Ebda, 471.

geführt wurde. Das Volk durch eine gemeinsame Geschichte zusammenschließen, erweiterte diese Theorie allerdings wieder.¹⁴⁴

Wieder ist hier deutlich zu erkennen, dass Hitler Bildung dafür verwenden wollte, den Stolz auf die eigenen Herkunft und die eigenen Heimat zu fördern. Es geht hierbei allerdings nicht nur um Patriotismus, viel mehr soll ausgeprägter Nationalstolz den Grundstein für einen stark ausgeprägten Nationalismus bilden. Seiner Ansicht nach war das der beste Antrieb für Personen, um sich aufopferungsvoll für seine Nation einzusetzen. Menschen, die etwas geleistet hatten, waren für ihn über die normale Bevölkerung zu stellen, um so auch Heldenbilder zu erschaffen.

Der vierte und wichtigste Punkt für Adolf Hitler war die körperliche Ertüchtigung. Seiner Ansicht nach konnte man einen gesunden und leistungsfähigen Geist nur in einem gesunden und leistungsfähigen Körper finden. Man sollte daher nicht nur Wissen vermitteln, sondern sich vielmehr auch um die körperliche Ertüchtigung kümmern. Er bezeichnete dies als „Heranzüchten kerngesunder Körper“.¹⁴⁵ Körperliche Ertüchtigung, wie einige andere Aspekte, z.B. den Gedanken über „Rassen“, die Hitler aus den damaligen geistigen Strömungen übernommen hatte, war für ihn daher ein Ziel für den gesamten völkischen Staat, da er einen großartigen Geist in einen gesunden Körper immer den anderen als überlegen ansah. Hitler sah dies auch als Selbsterhalt des Volkstums in der Bevölkerung.¹⁴⁶

Die Behauptungen Hitlers, dass der Turnunterricht davor vernachlässigt wurde, entsprachen nicht der Realität der Weimarer Republik. Viel mehr deckte es sich mit dem Stellenwert der körperlichen Ertüchtigung in der Habsburger Monarchie, was auf seine eigenen Jugendjahre zurückzuführen war. Der Sport war in der Weimarer Republik innerhalb der Bevölkerung hoch angesehen. Besondere

¹⁴⁴ Vgl. *Hartmann*, Hitler, Mein Kampf, 1078.

¹⁴⁵ *Hitler*, Mein Kampf, 452.

¹⁴⁶ Vgl. Ebda, 452f.

Erwähnung fand hierbei der Boxsport, da er als ideal betrachtet wurde, die jungen Menschen zu kräftigen und gleichzeitig „harte“ Menschen zu erziehen.¹⁴⁷

Erst nach der körperlichen Ertüchtigung kam für Adolf Hitler dann die Wissens- bildung, wobei hier allerdings die Ausbildung des Charakters von besonderer Wichtigkeit erschien. Bei der Charakterförderung wurde vor allem die Stärkung des Willens und der Entschlusskraft angestrebt. Schüler und Schülerinnen sollten dazu angehalten werden Verantwortung für ihr Handeln bzw. das Handeln des ganzen Volkes zu übernehmen.¹⁴⁸ Auch war es für Hitler wichtiger, die Kinder zu Treue, Verschwiegenheit und Opferbereitschaft gegenüber der eigenen Nation und den Kameraden zu erziehen.¹⁴⁹

Das oberste Ziel formulierte Hitler so:

„Die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit des völkischen Staates muß ihre Krönung darin finden, daß sie den Rassesinn und das Rasse- gefühl instinktiv- und verstandmäßig in Herz und Gehirn der anvertrauten Jugend hineinbrennt.“¹⁵⁰

Dies zeigte sich vor allem darin, dass man das Fach „Rassenkunde“ in den Lehrplan aufnahm und somit eine der wichtigsten Änderungen in der national- sozialistischen Schulpolitik umsetzte. Die Folge war, dass alle Lehrer, die sich in Ausbildung befanden, dieses Fach verpflichtend an Hochschulen besuchen mussten. Noch intensiver wurden allerdings Schulungen in den Gruppen der NSDAP, der HJ, der SA und der SS betrieben.¹⁵¹

Zusammenfassend kann man sagen, dass Hitler bereits in „Mein Kampf“ ge- naue Vorstellungen davon hatte, wie er seine zukünftigen Volksgenossen aus- bilden lassen wollte. Er forderte, diese zu treuen, verantwortungsvollen Bürger zu erziehen, die der Ideologie des Nationalsozialismus treu und stolz ergeben waren. Wie man auch anhand des Zitates erkennen kann, war das Erlernen und

¹⁴⁷ Vgl. *Hartmann*, Hitler, Mein Kampf 1045f.

¹⁴⁸ Vgl. *Hitler*, Mein Kampf, 452.

¹⁴⁹ Vgl. Ebda, 461.

¹⁵⁰ Zitiert nach *Nyssen*, Schule im Nationalsozialismus, 29.

¹⁵¹ Vgl. *Hartmann*, Hitler, Mein Kampf, 1086.

Beherzigen der Ideologien der Nationalsozialisten das wichtigste Ziel. Wissen war für ihn, außer bei einer kleinen Bevölkerungsgruppe, nicht sonderlich wichtig, da er viel mehr Augenmerk auf die körperliche Ertüchtigung und somit auch auf die Wehrfähigkeit des Einzelnen legte. Man kann bei seinen Ausführungen über die Schule klar den grundlegenden „Rassegedanken“ erkennen, da er eine kraftvolle, gesunde Bevölkerung als Idealbild und diese auch den anderen gegenüber als überlegen darstellt.

5.1.2) Grundriss der Erziehungswissenschaft von Ernst Krieck

Von den Nationalsozialisten wurden nur zwei Pädagogen sofort als Erziehungstheoretiker anerkannt, Ernst Krieck und Alfred Bäumler. Dies geschah deshalb, weil sie ihre Theorien bereits vor 1933 auf die nationalsozialistische Weltanschauung stützten. Ernst Krieck bekam einen Lehrstuhl in Frankfurt und wurde 1935 nach Heidelberg berufen. Zu Beginn fanden die Schriften Kriecks noch reißenden Absatz, was sich allerdings im Laufe der NS-Herrschaft wieder legte, da er sich der zunehmenden Kritik der Partei und derer nachgebildeten Pädagogen ausgesetzt sah.¹⁵²

Ernst Krieck wurde 1882 geboren und war somit 1933 51 Jahre alt. Er starb 1947 in einem Internierungslager. Kriecks Leben und Werk lässt sich in 3 Abschnitte gliedern. Zuerst orientiert sich Krieck im Kaiserreich und in den Anfängen der Weimarer Republik am deutschen Idealismus. Er erwies sich bald darauf als Anhänger Hitlers, was zu einer Strafversetzung im Jahr 1931 führte. Mit dem Eintritt in die Partei am 1. Jänner 1932 und dem Werk „Nationalpolitische Erziehung“ gelangte er zu der Hochphase seines Schaffens, welche bis 1935 andauerte. Sein Leben war 1936- 1945 von Ehrungen aber auch Streit mit NS-Größen geprägt. Ernst Krieck war bis 1924 Volksschullehrer, bis 1928 freier Autor und danach arbeitete er bis 1931 an der Pädagogischen Akademie in

¹⁵² Vgl. Karin Lauf- Immersberger, Literatur, Schule und Nationalsozialismus (Köln 1987), 46f.

Frankfurt am Main. Dann wurde er aufgrund einer hetzenden Rede vor 60 Studenten an die Akademie in Dortmund versetzt.¹⁵³

Kriecks frühe Schriften fassen bereits 1922 den Nationalismus, den „Rassegedanken“ und den Antisemitismus auf. Er erhöht das Volkstum und bricht mit der griechischen Philosophie, indem er die deutsche über sie setzt. Er besteht auf die Begriffe „Rasse und Blut“, was bei ihm allerdings biologisch und geistig bestimmt war. Im Rahmen der antisemitischen Ausführungen sprach Kriek auch über „Rassenhygiene“, welche die Rechtsinstitutionen überwachen sollten.¹⁵⁴

In seinem Werk „Grundriß der Erziehungswissenschaft“ schrieb Ernst Kriek, dass er die Pädagogik als eine Art Technologie ansah, welche die Technik der Erziehung und des Unterrichts lehrt. Die praktischen Ziele sollten hierbei die Förderung von Regeln und Anweisungen sein. Vollzogen wurde Erziehung durch „bewußte, planmäßige und auf Ziel gerichtete Einwirkung des Erziehers auf einen Zögling“.¹⁵⁵ Er fand auch, dass die Wissenschaft keinen Einfluss auf die Ziele der Erziehung und die Sinnggebung des Lebens nehmen durfte. Er empfahl, dass man die natürliche Selbstentwicklung der Kinder entfalten lassen sollte, diese allerdings durch notwendige erzieherische Ergänzung in die richtige Bahn gelenkt werden konnte.¹⁵⁶

Er führte weiter aus, dass die Geschichte uns zeigt, dass jeder erfolgreichen Erziehung eine feste Gemeinschaftsordnung zu Grunde lag. Für ihn war Erziehung fester Bestandteil der Gesellschaft und diese teilte sich für ihn in „Rassen“, Völkerschaften und Kulturkreise ein. Kriek war der Meinung, dass Einzelmenschen nur als Glieder und Verknüpfung dieser Einteilung bestanden. Ordnung und Einheit in der Gemeinschaft entstand nur durch geistige Bindung.¹⁵⁷

¹⁵³ Vgl. Benjamin *Ortmeyer*, Mythos und Pathos statt Logos und Ethos. Zu den Publikationen führender Erziehungswissenschaftler in der NS- Zeit: Eduard Spranger, Herman Nohl, Erich Weniger und Peter Petersen (Weinheim 2009), 151 - 154.

¹⁵⁴ Vgl. *Ortmeyer*, Mythos und Pathos, 153f.

¹⁵⁵ Ernst *Kriek*, Grundriß der Erziehungswissenschaft. Fünf Vorträge (Leipzig 1944), 10.

¹⁵⁶ Vgl. Ebda, 9 - 12.

¹⁵⁷ Vgl. Ebda, S. 22f.

Im grundlegenden Wesen der Gemeinschaft sollte immer Erziehung vorhanden sein. Die Grundfunktionen dieser stellten nämlich Normen und Ordnungen dar, was Kriek als „Lebensgesetz der Gemeinschaft sieht“.¹⁵⁸ Die Weiterentwicklung des Menschen hing immer mit anderen Gliedern, genauer gesagt seiner geistigen Umwelt, zusammen. Die „Rasse“ und Individualität bestimmten lediglich das Wachstum des Einzelnen. Kriek zog hierfür immer Vergleiche mit dem autoritären Sparta. Er war auch der Ansicht, dass ein hochbegabter Mensch einer guten „Rasse“ verkümmern würde, wenn er dies nicht ausreichend pflegte und mit geistiger Nahrung versorgte. Gemeinschaften mit viel geistigem Kulturgut ermöglichten daher ein besseres und längeres Wachstum.¹⁵⁹

Die Erziehung in der Schule betrachtete Kriek so, dass die Lehrer und Lehrerinnen lediglich die vom Staat erstellten Normen vermitteln. Die grundlegende Erziehung musste in der Familie passieren. Die Schule diene seiner Ansicht nach lediglich der Definition der Werte vor allem im öffentlichen Bereich, da die Schule die Regeln des Staates vermitteln sollte. Die Familie selbst sah er aber nur als Vorstufe des Gemeinwesens, welche die wesentliche Funktion hatte Nachwuchs zu zeugen. Die Familie war für Kriek ein „breiter Raum von Möglichkeiten [...] zwischen den Polen der liebevollen und unmerklichen Lenkung, [...] bis hinüber zu der streng autoritativen, absolutistischen Handhabung der väterlichen Befehls- und Zwangsarbeit.“¹⁶⁰¹⁶¹

Kriecks Erziehungsmodell gliederte sich vor allem in der Gemeinschaft auf. Er legte dar, dass sich die Erziehung auf verschiedenen Ebenen vollzöge. Die erste Ebene sollte die Gemeinschaft sein, die sich selbst erzog. Die nachfolgende Ebene ging von der Gemeinschaft aus, welche ihre eigenen Mitglieder erzog. Diese Mitglieder erzogen sich dann im nächsten Schritt selbst und abschließend erzogen die einzelnen Glieder wieder die ganze Gemeinschaft.¹⁶²

¹⁵⁸ Kriek, Erziehungswissenschaft, S. 28.

¹⁵⁹ Vgl. Ebda, 28 - 35.

¹⁶⁰ Zitiert nach Ebda, S. 45.

¹⁶¹ Vgl. Ebda, 43 – 45.

¹⁶² Vgl. Karl Lingelbach, Erziehungs- und Erziehungstheorien im nationalsozialistischen Deutschland (Frankfurt am Main 1987), 68.

Erziehungsmethoden waren Anweisungen, Belehrungen, Strafen und Zurechtweisungen. Die nächste Stufe nach der Familie war für Krieck die Dorf- und Stadtgemeinschaft, in die das Kind hineinwuchs. Hier lernte der Zögling die Sitten und Bräuche der Gemeinschaft kennen. Der Zweck des Staates war hierbei die politische und rechtliche Organisation der Gemeinschaft zu übernehmen und sich dabei in der Gesinnung des Volkes zu verwurzeln.¹⁶³

Schule konnte für ihn immer nur einen Teil der Erziehungsarbeit leisten und niemals die grundlegende Erziehungsarbeit übernehmen. Die Schule diente nur zur Erhöhung und Vervollständigung der Erziehung der Gemeinschaft. Bildung selbst sieht er hierbei als „methodische Einführung in das gemeinschaftliche Bildungsgut“.¹⁶⁴ Laut Krieck bildete sich auch eine natürliche Hierarchie, wo der Lehrer / die Lehrerin über dem Schüler / der Schülerin stand. Die Aufgabe des Lehrers bestand allerdings darin, den Schüler und die Schülerin schrittweise auf ein höheres Bildungsniveau zu führen.¹⁶⁵

Abschließend kann man sagen, dass Kriecks Erziehungsmodell schon einiges der nationalsozialistischen Idee der „Rassenlehre“ enthält. Vergleicht man es mit den Aussagen Hitlers aus „Mein Kampf“ kann man deutlich erkennen, dass beide die gestärkte und gebildete „Rasse“ als überlegen gegenüber den Schwachen und Faulen sehen. Auch ist eine Parallele im Erziehungsanspruch zu erkennen. Beide sehen die Schule als Mittel zum Zweck, um den Schülern und Schülerinnen Normen und Werte, die der Staat vorgibt, beizubringen. Die Struktur in Kriecks Entwicklung des Normenlehrens entspricht sehr der nationalsozialistischen Weltanschauung, da auch hier die Familie als kleinster Teil angesehen wird und diese einen auf den Eintritt in die Gesellschaft vorbereitet. Die Schule dient dann lediglich zur Vervollkommnung der erzieherischen Grundlagen der Eltern und zeigt den Schülern und Schülerinnen den Weg auf, wie sie selbst für die Gemeinschaft nützlich werden können.

¹⁶³ Vgl. Krieck, Erziehungswissenschaft, 47f.

¹⁶⁴ Ebda, 74.

¹⁶⁵ Vgl. Ebda, 74 - 76.

5.2) Ideologie des Nationalsozialismus

„In dieser Absicht, mehr noch in der Tatsache, daß das gesamte Schulwesen nur Teil eines politisch ausgerichteten Erziehungssystems ist, bekundet sich der dem Schulwesen aufgezwungene Versuch, sich nicht nur von überlieferten Erziehungszielen und Bildungsidealen zu lösen, sondern auch tradierte apolitische Bildungsinhalte zugunsten politischer verwendbarer und ideologisch aufgeladenen Unterrichtsstoffe auszugeben.“¹⁶⁶

An diesem Zitat kann man erkennen, wo die Schule im Nationalsozialismus hinführte. Den Kernstoff in der Schule bildeten die politischen Ideen der Nationalsozialisten. Schüler und Schülerinnen sollten die nationalsozialistische Weltanschauung verinnerlichen und damit brauchbare Nationalsozialisten werden.

Diese Weltanschauung ist im Wesentlichen in Hitlers „Mein Kampf“ niedergeschrieben. Hier muss man allerdings betonen, dass Hitler nicht als Schöpfer dieser Theorien angesehen werden kann, sondern dass er einfach die antidemokratischen und antisemitischen Ideen in der Weimarer Republik und in Österreich am radikalsten formulierte. Hitlers „Mein Kampf“ wurde zu einem Bestseller und zu allen möglichen Ereignissen an die Bevölkerung verkauft oder verschenkt. Hitlers Aussagen wurden von Politikern, Pädagogen und Führern der Hitlerjugend (HJ) immer wieder rezitiert.¹⁶⁷

Die nationalsozialistische Denkweise ist in diesem Kontext deshalb so wichtig, da die politischen Grundprinzipien und die pädagogischen Leitsätze den Inhalt der Schule prägten. Auch wurde dadurch eine neue Erziehungsebene außerhalb der Schule geschaffen, wie HJ und der Bund Deutscher Mädel (BDM), welcher Teil der HJ war.¹⁶⁸ Parteiinstanzen erklärten daher, welche Bildungsziele zu vermitteln sind und deshalb verwundert es auch nicht, dass die nationalsozialistische Ideologie in den Mittelpunkt des Unterrichts und der Erziehung

¹⁶⁶ Kurt- Ingo Flessau, Schule der Diktatur. Lehrpläne und Schulbücher des Nationalsozialismus (München 1977), 66.

¹⁶⁷ Vgl. Elke Nyssen, Schule im Nationalsozialismus (Heidelberg 1979), 19.

¹⁶⁸ Vgl. Ebda, 18.

gerückt sind. Somit gab es vorrangig politische Kriterien, die die Auswahl der Themen bestimmten.¹⁶⁹

Als Grundgedanken der nationalsozialistischen Weltanschauung, die für die Schule wichtig waren, kann man folgende nennen:¹⁷⁰

- Der „Rassegedanke“ und die Sichtweise auf die Weltgeschichte als „Rassengeschichte“
- Führung des Volkes durch eine kleine rassische Elite, der sich die Masse des Volkes unterzuordnen hatte
- Das Gefolgschaftsprinzip gegenüber dem Führer und die damit verbundene Ablehnung der Demokratie
- Popularisieren der Volksgemeinschaft

5.2.1) Der „Rassegedanken“

Der seit dem 19. Jhdt. eine Konjunktur erfahrende Vorstellung, dass Menschen sich „Rassen“ zuordnen lassen und diese entsprechend biologistischen und sozialdarwinistischen Auffassungen einen unterschiedlichen Wert besäßen, bildete den Mittelpunkt des nationalsozialistischen Denkens. Hitler sah in „Mein Kampf“ die „Rasse des Ariers“ als weitaus überlegenere an. Diese Idee Hitlers wurde beinahe überall in der Gesellschaft, der wissenschaftlichen Forschung und im nationalen Denken übernommen und diente auch als Legitimierung, andere Völker zu unterwerfen. Juden wurden von Hitler als Gegenpol der „arischen Rasse“ angesehen, der nur versuchte diese zu vernichten. Deshalb bezeichnete er die Republik als „Demokratie der Juden“, welche daher ausgelöscht gehöre. Krass formuliert kann man sagen, dass Hitler die deutsche „arische Rasse“ allen anderen überlegen sah und deswegen auch alle unterwerfen durfte. Auch bei Krieck wurde dieser „Rassegedanken“ bereits umgesetzt. Er sollte daher die Grundlage für den Unterricht in den Fächern Deutsch, Geschichte, Erdkunde und Biologie werden. Besonders Geschichte und Erdkunde

¹⁶⁹ Vgl. *Flessau*, Schule der Diktatur, 67.

¹⁷⁰ Für die nachfolgenden Punkte vgl. Ebda, 20.

wurden weitestgehend vom „Rassegedanken“ bestimmt. Bereits 1933 bemühte sich der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB) diesen Gedanken in den Lehrplan einzubauen.¹⁷¹

5.2.2) Das nationalsozialistische Prinzip der Eliten

Auf demselben Prinzip beruhte die Idee der Eliten. Einige Volksgenossen waren nach der Ansicht Hitlers anderen überlegen. Auch war damit eine Ablehnung der Demokratie verbunden und Hitler ließ Verachtung gegenüber der Masse erkennen.¹⁷² Die Masse wies für ihn Merkmale wie Beeinflussbarkeit und Wankelmütigkeit auf, was er ablehnte.¹⁷³ Dieser Gedankengang zur Masse erschließt sich auch in vielen Schriften diverser Massenpsychologen der damaligen Zeit. Sie gaben der Masse feminine Eigenschaften, was sie unberechenbar und leicht beeinflussbar machte.¹⁷⁴

Dieses Prinzip der Elite und Masse entsprach in der Schule und in der HJ einer verschärften Auslese. Dies sollte auch durch die Einrichtung von neuen Eliteschulen, wie zum Beispiel Nationalpolitische Erziehungsanstalten (NAPOLA) oder Adolf-Hitler-Schulen, erreicht werden.¹⁷⁵

Das System der Eliten sollte daher rassistisch hochwertige Menschen auswählen, die bereitwillig der Ausbreitung der „arischen Rasse“ dienten.

5.2.3) Das Führer-Gefolgschaftsprinzip

Das Führer-Gefolgschaftsprinzip ergab sich aus Hitlers Theorie zur Masse und Eliten, die allerdings nicht nur von ihm entwickelt wurde, sondern generell bei faschistischen Bewegungen, wie der in Italien, vorkam. Der untergeordnete Mensch sollte gehorsam zu einem höhergestellten Menschen seiner Wahl aufblicken. Im Nationalsozialismus wurde aber die freie Führerwahl ausgespart und als reines nicht zu hinterfragendes Ausführen von Befehlen und somit als Unterordnung unter einem Vorgesetzten erachtet. Vor allem bei der Beamten-

¹⁷¹ Vgl. Nyssen, Schule im Nationalsozialismus, 21 – 23.

¹⁷² Vgl. Ebda, 23.

¹⁷³ Vgl. Hitler, Mein Kampf, 198.

¹⁷⁴ Vgl. Hartmann, Hitler, Mein Kampf, 506.

¹⁷⁵ Vgl. Nyssen, Schule im Nationalsozialismus, S. 24.

schaft machte sich dies bemerkbar, da zum Beispiel Lehrer und Lehrerinnen dem Schulleiter untergeordnet waren und diese seinen Anordnungen Folge zu leisten hatten. Nahezu alle nationalsozialistischen Pädagogen befürworteten dieses Prinzip, was zu einer Glorifizierung des „Führers“ führte. Dies führte dazu, dass mit dieser auch alle Entscheidungen des Staates mit Entscheidungen Hitlers gleichgesetzt und die dann auch als gut angesehen wurden. Man erzwang damit eine absolute, nicht zu hinterfragende Unterordnung und Gefolgschaft der Bevölkerung.¹⁷⁶

In der Schule führte dies zu einem problematischen Effekt. Das Gefolgschaftsprinzip zu einem Führer wurde auch in der Organisation der HJ verwendet. Baldur von Schirach, Reichsjugendführer in der NSDAP, unterschied immer zwischen Lehrern und Führern, was die Lehrer und Lehrerinnen in die Bredouille brachte. Zwar versuchte die Schule dies auszugleichen und geltend zu machen, dass der Lehrer gleichzeitig Führer sei, doch zeigte dieses zwei Probleme des Nationalsozialismus. Die Schule wurde zum einen von der HJ minder als sie selbst bewertet und zum anderen mussten Schulpädagogen und Schulpädagoginnen seit jeher versuchen, ihre Berechtigung innerhalb des Staates zu verteidigen.¹⁷⁷

5.2.4) Volksgemeinschaftsideologie

Der Begriff Volksgemeinschaft existierte bereits während des Ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik, aber unter den Nationalsozialisten wurde er erst zum zentralen politischen Schlüsselbegriff.¹⁷⁸

Die Volksgemeinschaftsideologie diente dazu, um alle Bürger des Deutschen Reiches anzusprechen. Damit versuchte man die Klassenstruktur aufzulösen und sie durch eine Volksgemeinschaft zu ersetzen. In dieser zählte man selbst aus der unteren Gesellschaftshierarchie zu einer höherwertigen „Rasse“. Die Arbeit wurde ideell als gleichwertig angesehen, materielle hingegen wurde sie

¹⁷⁶ Vgl. Nyssen, Schule im Nationalsozialismus, 24f.

¹⁷⁷ Vgl. Ebda, 26.

¹⁷⁸ Frank Bajohr, Michael Wildt, Einleitung. In: Frank Bajohr, Michael Wildt (Hg.), Volksgemeinschaft. Neuere Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus (Frankfurt am Main 2009), 8.

mit dem Nutzen für das Volk bewertet. Mit dieser Ideologie wurde auch die Selektion des Schulsystems begründet.¹⁷⁹

„Prinzipien der Volksgemeinschaftsideologie waren Dienstbereitschaft, Treue, Einigkeit, Unterordnung unter nicht zu hinterfragende Befehle, Akzeptieren einer strengen Befehlshierarchie, Opfersinn, Verschwiegenheit usw.“¹⁸⁰

Das Elitenprinzip wurde damit nicht verletzt, da nicht die Gleichheit aller Deutschen propangiert wurde, sondern die Gemeinsamkeiten bedingt durch ihre „Rasse“. Man wehrte sich daher vehement dagegen, dass alle Menschen gleich wären. Für einige war der Nationalsozialismus die Überwindung der Gleichheit des Menschen. In der Schule fand diese allerdings kaum Einzug, da die Schule noch immer als selektives Mittel diente. Jedoch sollte man die Inhalte dieser vermitteln.¹⁸¹

Der Begriff Volksgemeinschaft diene der „Freisetzung sozialer Schubkräfte“.¹⁸² Vor allem erzielte er aber eine gefühlte Gleichheit innerhalb des Volkes und somit ein erstrebenswertes Ziel für alle. Auch diene der Begriff dazu, ein Volk besser an ein Gebiet zu binden. Der Begriff Lebensraum war nicht so sehr mit einer einzelnen „Rasse“ verbunden, wie der Begriff der Volksgemeinschaft.¹⁸³

¹⁷⁹ Vgl. Nyssen, Schule im Nationalsozialismus, 26.

¹⁸⁰ Zitiert nach Ebda, 26.

¹⁸¹ Vgl. Ebda, 27.

¹⁸² Bajohr, Wildt, Einleitung, 9.

¹⁸³ Vgl. Ebda, 9- 13.

6) Veränderungen im Schulwesen in der Zeit des Nationalsozialismus

Da sich die Pädagogen der Ersten Republik in Österreich sehr auf die Entwicklung in der Weimarer Republik bezogen, ist es auch wichtig, die Entwicklung des nationalsozialistischen Schulwesens in Deutschland zu beleuchten. Dies legte den Grundstein für die nationalsozialistische Bildungspolitik, die ab 1938 auch in Österreich ausgeführt wurde.

6.1) Machtergreifung in Deutschland und Folgen für die Schulen

Mit dem Tag der Machtergreifung der Nationalsozialisten schloss sich das Kapitel der Reformpädagogik in der Weimarer Republik. Somit hatte dies auch Auswirkungen auf Österreich, da sich die hiesigen Pädagogen vor allem an den deutschen orientierten. Den größten Teil der pädagogisch vorherrschenden Ideen lehnten die Nationalsozialisten ab. Die Schule konnte die Errungenschaften der Reform nicht bewahren. So wurden die neuen Unterrichtsformen, wie Gruppenunterricht, wieder abgeschafft und alles Individualistische wurde abgelehnt.¹⁸⁴

„Auf sechs schulpolitischen Entscheidungsfeldern vollzieht der Nationalsozialismus die Machtübernahme in der Schule, indem er

- das Schulsystem vereinheitlicht, die Typen- und Formenvielfalt reduziert und neue spezifisch politische Schulen gründet;
- die Lehrerbildung verändert;
- neue Lehrpläne und Richtlinien erlässt;
- die Stundenpläne revidiert und den Staatsjugendtag einführt;
- die Pluralität der Bildungsmächte einschränkt;
- Rassismus und Antisemitismus in die Schule trägt.“¹⁸⁵

¹⁸⁴ Vgl. *Flessau*, Schule der Diktatur, 13.

¹⁸⁵ Ebda, 14.

Schulpolitisch kann man sagen, dass Hitler die Erziehung vor allem außerschulisch mittels HJ vorantreiben ließ, da die Erziehung, die dort vollzogen wurde, nicht durch Unterricht erreichbar war. Schule diente lange nur zur Loyalitätssicherung zukünftiger Generationen.¹⁸⁶

Entwicklungen im Schulsystem gab es vor allem bei den Schulformen, welche im Bereich der Oberschule (Mittelschulen) reduziert wurden. Allerdings erfolgte hier eine ganz klare Trennung von Knaben und Mädchen, wie man es auch im Ständestaat erkennen konnte. Neue Schulformen, wie NAPOLA und Adolf-Hitler-Schulen (AHS), wurden eingeführt und durften nur von Knaben besucht werden.¹⁸⁷

Im Bereich der Volksschulen änderte sich organisatorisch kaum etwas. Die größte Veränderung stellte hier die Änderung der Lehrpläne, der Schulbücher und die Umerziehung der Lehrer und Lehrerinnen dar. Man enthob Lehrer und Lehrerinnen nicht aus ihren Posten, außer sie waren Kommunisten oder Juden. Vielmehr versuchte man diese auf das nationalsozialistische Denken umzuerziehen. Dies wurde vor allem durch den NSLB unterstützt.¹⁸⁸

6.2) Veränderungen in der Schulorganisation durch den „Anschluss“ Österreichs

Die Umwälzungen im Schulbereich erfolgten so rasch wie die politischen Umwälzungen im Jahr 1938. Die Nationalsozialisten zogen dieselben Veränderungen durch, wie sie es in Deutschland drei Jahre zuvor getan hatten. Bereits in den ersten Wochen gab es eine „Säuberungswelle“ und alle leitenden Positionen, also vom Schulleiter aufwärts, wurden durch nationalsozialistisch gesinnte Personen ersetzt. Es folgte erheblicher Terror gegenüber dem Personal, dies traf vor allem christliche österreichbewusste Lehrer. Die Maßnahmen der lokalen NSDAP Organisationen erfuhren später eine Legalisierung und binnen weniger Tage wurden beinahe alle Positionen des Schulmanagements ausge-

¹⁸⁶ Vgl. Harald Scholtz, *Erziehung und Unterricht unterm Hakenkreuz* (Göttingen 1985), 45.

¹⁸⁷ Vgl. Flessau, *Schule der Diktatur*, 15.

¹⁸⁸ Vgl. Ebda, 17f.

tauscht.¹⁸⁹ Ende Mai konnte sich die Neuordnung unter den Beamten auf die „Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Beamtentums“ stützen.¹⁹⁰ Dadurch wurden diese nur noch schneller ausgeführt, das heißt, dass jüdische, jüdisch-versippte sowie politisch andersdenkende Lehrer und Lehrerinnen in den Ruhestand versetzt wurden. Nebenher konnte auch noch jede Lehrkraft im dienstlichen Interesse versetzt werden, damit sollten politische Netzwerke unterbrochen und gewachsene Strukturen im Lehrkörper zerstört werden. Kurz darauf wurde eine umfassende Umerziehungs- und Schulungskampagne gestartet.¹⁹¹

Das nachfolgende Zitat zeigt die Art und Weise der Säuberungen am besten auf. Es beschreibt den damaligen Lehrer Alois Payer aus Rax-Dorf im Bezirk Jennersdorf. Der neue Kreisleiter beschrieb ihn damals so, worauf er daraufhin für zehn Tage eingesperrt und anschließend versetzt wurde.¹⁹²

„War VF-Ortsgruppenleiter in Rax und früher Vaterländische Front-Ortsgruppenleiter in Welten. Sehr radikaler Gegner der NSDAP. Machte sogar unter seinen Schulkindern Ausnahmen, indem er die „Vaterländischen“ in jeder Weise bevorzugte. Ferner bedrängte er die Kinder fortwährend, dass die Eltern der Vaterländischen Front beitreten sollen. Seine Stelle als Schulleiter in Rax hatte er nur seiner eifrigen Tätigkeit im Dienst gegen die NSDAP zu verdanken. Fachlich sehr gut. Beantragung: Als Klassenlehrer versetzen in einen anderen Schulbezirk, Aberkennung seines Oberlehrertitels [...].“¹⁹³

Zu Beginn wurde noch ein eigenes Schulministerium in Wien eingerichtet, welches allerdings im Zuge des „Ostmarkgesetzes“ am 14. April 1939 aufgelöst wurde. Hier wurden die Kompetenzen des Unterrichtsministeriums auf das

¹⁸⁹ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 305.

¹⁹⁰ Vgl. Herbert *Dachs*, Schule in der „Ostmark“. In: Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer, Reinhard Sieder, Emmerich Tálos (Hg.), NS- Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch (Wien 2001), 451.

¹⁹¹ Vgl. Ebda, 451f.

¹⁹² Vgl. *Brettel*, Nationalsozialismus im Burgenland, 150.

¹⁹³ Zitiert nach Ebda, 150.

Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung übertragen. Diesem unterstand direkt Abteilung II für Erziehung, Volksbildung, Kultur- und Gemeinschaftspflege der diversen Reichsgaue auf österreichischen Boden. Diese Abteilungen übernahmen die Aufgaben der Landesschulräte und auch die Schulabteilungen der Landesregierungen, also bestimmten diese zum Beispiel über die Einstellung von Lehrern und Lehrerinnen. Nur in Wien blieb der Stadtschulrat erhalten. Auf unterster Ebene wurden die Bezirksschulräte aufgelöst und deren Aufgaben übernahmen die Landräte, die somit das Volks- und Hauptschulwesen betreuten. Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hatte allerdings immer noch ein Vetorecht bei grundsätzlichen Entscheidungen.¹⁹⁴

Auch das Militär erhob Anspruch auf die Erziehung. Zum einen kritisierte es, dass es keine neuen Lehrpläne im nationalsozialistischen Sinne im Jahr 1938 gab, zum anderen war es bestrebt, möglichst rasch gut ausgebildete Offiziere zu erhalten.¹⁹⁵

6.2.1) Entkonfessionalisierung

Ein großer Gegensatz in der österreichischen Schulpolitik zur Politik der Nationalsozialisten war die Konfessionalisierung der Schule. Während in Deutschland die Kirche aus dem Schulwesen zurückgedrängt war, hatte in Österreich die Kirche noch immer großen Einfluss auf die Schule. Deswegen bemühten sich die Nationalsozialisten als nächsten Schritt um eine Lösung in dieser Angelegenheit, da die österreichischen Schulen sonst nicht in das deutsche System übergehen konnten. Als bald begann man mit Repressalien gegenüber der Kirche, wie den durchzuführenden Hitlergruß auch für Pfarrer am Beginn der Stunde.¹⁹⁶

Die Nationalsozialisten führten wie in Deutschland die Reduzierung der Schulformen durch. Dies hatte für Österreich vor allem Folgen im Mittelschulbereich,

¹⁹⁴ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 306f.

¹⁹⁵ Vgl. Franz-Werner Kersting, *Militär und Jugend im NS-Staat. Rüstungs- und Schulpolitik der Wehrmacht* (Wiesbaden 1989), 337f.

¹⁹⁶ Vgl. Ebda, 308.

wo es nur mehr die Form einer achtjährigen Oberschule für Knaben und Mädchen gab. Von 52 Gymnasien blieben nur 16 über.¹⁹⁷

Zu Beginn war die katholische Kirche dem neuen Regime loyal eingestellt und somit begrüßten die Kirche und in ihren Namen die Bischöfe den „Anschluss“ feierlich. Mit der Nichtanerkennung des Konkordats zwischen Österreich und dem Vatikan drängte die nationalsozialistische Regierung die Kirche aus dem Schulwesen hinaus.¹⁹⁸

Währenddessen holten die Nationalsozialisten im Herbst 1938 zum großen Schlag gegen die Kirche aus, indem sie die Schließung aller konfessionellen Kindergärten, Volks- und Hauptschulen und Gymnasien veranlassten. Die meisten von ihnen wurden vom Staat oder der Gemeinde übernommen. Die vorhandene Gebäudestruktur wurde entweder beschlagnahmt, gemietet oder gekauft.¹⁹⁹ Besonders traditionsreiche Schulen und Gebäude wurden in nationalsozialistische Sonderschulen umgewandelt, wie zum Beispiel NAPOLA im Theresianum in Wien. Insgesamt richtete man sieben dieser Erziehungsanstalten auf österreichischem Boden ein.²⁰⁰

Dies bedeutete die vollständige Verdrängung der Kirche aus dem Bildungsbereich. Die Möglichkeiten der katholischen Kirche die Erziehung trotz allem noch immer zu beeinflussen war den Nationalsozialisten noch immer ein Dorn im Auge. Sie standen nämlich im Gegensatz zum totalitären Anspruch der Nationalsozialisten. Dadurch kam es zu einer Flut von Erlässen, welche zum Beispiel den Besuch religiöser Veranstaltungen während der Schulzeit verboten. Später wurde den Volks- und Hauptschülern jegliche Teilnahme an Veranstaltungen nicht nationalsozialistischer Organisationen untersagt. Die endgültige Resignation der katholischen Kirche gelang erst durch die verpflichtende Anmeldung zum Religionsunterricht.²⁰¹ Dies fruchtete vor allem im städtischen Bereich,

¹⁹⁷ Vgl. *Dachs*, Schule in der „Ostmark“, 455.

¹⁹⁸ Vgl. Sebastian *Pumberger*, Führen und gehorchen: Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten in Österreich 1938-1945 (nicht veröffentlichte Diplomarbeit, Wien 2013), 103f.

¹⁹⁹ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 309.

²⁰⁰ Vgl. *Dachs*, Schule in der „Ostmark“, 456.

²⁰¹ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 310.

während dies im ländlichen Bereich eher auf Widerstand stieß. So war die Anmeldung der Kinder zum Religionsunterricht als Geste des Widerstands gegen die Erlässe zu betrachten.²⁰²

Entkonfessionalisiert wurde auch der Lehrkörper. Die Prüfung zur Lehrbefähigung in Religion wurde abgeschafft. Lehrer und Lehrerinnen, die nur für den Religionsunterricht berechtigt waren, durften nicht mehr als Beamte und Beamtinnen tätig sein. Ordensangehörige wurden aus dem Schuldienst entlassen. Nebentätigkeiten der Lehrkräfte als Organisten waren im Wesentlichen verboten.²⁰³

6.2.2) Vertreibung jüdischer Lehrer / Lehrerinnen und Schüler / Schülerinnen

Am 6. April 1933 wurde zum ersten Mal ein Gesetzesentwurf über die Stellung der jüdischen Bevölkerung unter der Initiative von Hermann Göring veröffentlicht. Dort wurde das erste Mal festgehalten, dass Beamte nichtarischer Abstammung in den Ruhestand zu versetzen sind. Erst ein paar Tage später wurde der Begriff „nichtarisch“ genauer spezifiziert, was in diesem Fall zumindest einem Elternteil oder einem Großelternteil nichtarischer Abstammung entsprach. Dieser Entwurf war allerdings nur in rassentheoretischen Belangen änderbar, jegliche andere Bestimmung, wie das Verbot von Ehen zwischen „Ariern“ und Juden oder die Entlassung der Beamten wurden später in den „Nürnberger Rassengesetzen“ weiter aufrecht gehalten.²⁰⁴

Die „Nürnberger Rassengesetze“ wurden am 15. September 1935 beschlossen und galten daraufhin für das ganze Reich als gültiges Gesetz. Sie übernahmen zum größten Teil die Ideen des ersten Gesetzesentwurfs, regelten allerdings genauer, wann man als Jude galt. Dies wurde allerdings im Laufe der nationalsozialistischen Diktatur oft diskutiert und geändert.²⁰⁵

²⁰² Vgl. *Dachs*, Schule in der „Ostmark“, 456.

²⁰³ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 312.

²⁰⁴ Vgl. *Cornelia Essner*, Die „Nürnberger Gesetze“ oder Die Verwaltung des Rassenwahns 1933- 1945 (Paderborn 2002), 82 - 85.

²⁰⁵ Vgl. Ebda, 153f.

Mit 31. Mai 1938 trat das Gesetz zur Neuordnung der österreichischen Beamten in Kraft, wodurch wie im deutschen Staatsgebiet alle „nichtarischen Beamten“ in den Ruhestand versetzt werden konnten. Auch konnte man damit Beamte und Beamtinnen entlassen, die gegen das nationalsozialistische Regime auftraten.²⁰⁶

Die Verachtung gegenüber der jüdischen Bevölkerung kam in Österreich rasch und hart zu tragen. Juden wurden sehr schnell entrechtet und enteignet, sogar als noch keine gesetzliche Grundlage dafür existierte. Eine erste Maßnahme zur Isolierung der Juden war das Tragen des Judensterns im Jahr 1941. Durch Propaganda und geschickte Taktik wurde die jüdische Bevölkerung immer mehr an den Rand der Gesellschaft.²⁰⁷ Der jüdische Anteil in der österreichischen Bevölkerung war österreichweit allerdings relativ gering, nur 2,8 Prozent der Bevölkerung waren Juden. Die meisten davon lebten in Wien, dies waren ca. 176.034 der 191.481 Juden, die in Österreich lebten.²⁰⁸

Bevor Schule und Universitäten wieder zu arbeiten begannen, sondierte man jüdische Lehrer / Lehrerinnen und Professoren / Professorinnen aus. Dies erfolgte vor allem dadurch, dass „Nichtarier“ nicht zum neuen Diensteid zugelassen wurden und sie deshalb ihre Berechtigung zum Unterrichten verloren. Folge dieser Maßnahmen war bei einigen Personen Selbstmord. Die stärkste Auswirkung zeigte es allerdings bei den Universitäten, Wien und Graz, wo viele Dozenten ihre Lehrbefugnis nicht mehr erhielten. Der Eid konnte aber auch widerrufen werden, wenn sich herausstellte, dass der Vereidigte jüdischer Abstammung war. Eine andere Möglichkeit für die Verwendung von Lehrkräften jüdischer Abstammung war der Unterricht an einer jüdischen Schule.²⁰⁹

²⁰⁶ Vgl. Michel *Dippelreiter*, Beamtenentlassungen in den höchsten Dienstklassen nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1938/1939.

In: <http://www.univie.ac.at/zeitgeschichte/cms/uploads/Paper-Dippelreiter.pdf>

²⁰⁷ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 314.

²⁰⁸ Vgl. Herbert *Rosenkranz*, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938-1945 (Wien 1978), 13.

²⁰⁹ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 314.

Aus dem Erlass des österreichischen Unterrichtsministeriums vom 13. Juni 1938 kann man herauslesen, dass jüdische Schüler und Schülerinnen in einer eigenen Schule untergebracht werden mussten. Ein Besuch jüdischer Schüler und Schülerinnen an nichtjüdischen Schulen war nicht gestattet. Lehrer / Lehrerinnen und Leiter mussten ebenfalls jüdischer Abstammung sein. Höhere Schulen durften nur 2 Prozent der gesamten Zahl der Schüler und Schülerinnen an den Höheren Schulen in Wien aufnehmen.²¹⁰

Im Burgenland gab es beinahe in jeder jüdischen Gemeinde, wie zum Beispiel Lackenbach, Kobersdorf und Deutschkreutz eine Schule. Die Schulen und jüdischen Gemeinden durften sich dabei selbst verwalten. Meistens bestanden die Schulen aus einer Klasse, wo ein Lehrer / eine Lehrerin alle vier Jahrgänge unterrichtete. In Orten, wo es keine jüdischen Schulen gab, durften jüdische Schüler und Schülerinnen den normalen Unterricht besuchen, hatten dabei aber einige religiöse Rechte. Vermögende jüdische Familien ermöglichten vor allem Buben höhere Bildung außerhalb der burgenländischen Dörfer, wie in den Gymnasien in Eisenstadt und Mattersburg, aber auch den Hauptschulen in den Bezirksvororten. Es konnten auch wieder christliche Schulen besucht werden. Als Beispiel dafür kann man nachfolgendes Zitat von Itchak Roth aus Gols sehen, welcher die evangelische Volksschule besuchte.²¹¹

„Unter vierhundert Kindern in der Volksschule war ich der einzige Jude. Ich musste am Sabbat nicht zur Schule gehen, sondern sonntagnachmittags brachte mir die Nachbarin, eine Mitschülerin, die Aufgaben und bis Montag musste ich den Stoff lernen. Religionsunterricht habe ich durch Herrn Friedmann aus Gols gehabt, der Lehrer war. Zweimal im Jahr wurde ich vom Oberrabbiner in Frauenkirchen geprüft.“²¹²

In der ersten Hälfte des Jahres 1939 wurden diese Gesetze auch auf jüdische Schüler und Schülerinnen ausgeweitet. Mit Beginn des Schuljahres 1938/1939 durften generell keine Juden mehr am normalen Regelunterricht teilnehmen.

²¹⁰ Vgl. DöW (Hg.), „Anschluss“ 1938. Eine Dokumentation (Wien 1988), 562.

²¹¹ Vgl. Brettli, Nationalsozialismus im Burgenland, 155f.

²¹² Zitiert nach Ebda, 156.

Diese Gesetze galten von den Novemberprogromen 1938 bis zu den einsetzenden Deportationen nach Osten, wo schließlich am 30. Juni 1942 alle jüdischen Schulen reichsweit geschlossen wurden.²¹³

Im Burgenland blieben die jüdischen Schulen nach der Nacht vor dem „Anschluss“ Österreichs wochenlang geschlossen. Einige der jüdischen Lehrkräfte wurden verhaftet, wie zum Beispiel ein Lehrer in Frauenkirchen. Bis Sommer 1938 wurden die Juden aus dem Burgenland vertrieben und somit auch die Schulen geschlossen. Die Schulgebäude wurden von den Gemeinden übernommen und meistens verkauft. Jüdische Schüler und Schülerinnen, die an höheren Schulen waren, wurden noch 1938 der Schule verwiesen. Die Schüler und Schülerinnen wurden anschließend auch oft von ehemaligen Kollegen und Kolleginnen verspottet und verhöhnt. Die Folgen des Schulabbruchs, die oft das Aus aller Träume bedeutete, stellt das nachfolgende Zitat von Joseph Weber aus Oberwart wieder gut dar.²¹⁴

„Ich habe nur neuneinhalb Jahre Schulbildung; dies ist eine Sache, die mir die Nazis angetan haben und die ich ihnen niemals verzeihen werde. Später musste ich feststellen, dass dies ein großes Hindernis für meine Karriere war. Man muss immer ein Diplom haben, irgendetwas vorweisen können, dass man eine Schule fertig hat, auch wenn ich die Fähigkeiten hatte, die genauso gut waren.“²¹⁵

6.2.3) Schule für andere Minderheiten im Burgenland

Vor allem Romakinder, oder wie im damaligen Sprachjargon „Zigeuner“, hatten eine genauso schwere Zeit wie die jüdischen Schüler und Schülerinnen. Wurden diese zuvor bereits in eigenen Schulen unterrichtet, genau wie die jüdischen Kinder, so wurde auch ihnen im Laufe der NS-Herrschaft das Recht auf Schule entzogen.

²¹³ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 315f.

²¹⁴ Vgl. *Brettel*, Nationalsozialismus im Burgenland, 156f.

²¹⁵ Zitiert nach Ebda, 157.

Die „Zigeunerschulen“ der Zwischenkriegszeit wurden zur Zufriedenheit der Behörden gut angenommen, daraus folgte eine merkbare Steigerung des Bildungsniveaus bei Romakindern. Da die Eltern oft etwas gegen die Teilnahme dieser Kinder am normalen Unterricht hatten, gründete man sogenannte „Zigeunerschulen“, wie zum Beispiel in Stegersbach. Rund 45 Kinder besuchten ab 1931 diese Schule. 1938 ändert sich auch hier für die Roma die Situation blitzschnell. Es wurde den Kindern sofort der Schulbesuch untersagt und mit 1. September 1938 trat ein generelles Verbot des Schulbesuchs für „Zigeunerkin-der“ in Kraft. Nur rund 400 burgenländische Roma, denen der Schulbesuch verboten worden war, überlebten den Holocaust.²¹⁶

Obwohl die Kroaten sich mehrheitlich für den Nationalsozialismus begeistern konnten, waren ihre Minderheitsrechte bald gefährdet. Das kroatische Schulwesen wurde stark beschränkt, was sich vor allem durch die Teilung des Burgenlandes verstärkte. Der Landesschulinspektor veranlasste zur Lösung des „Problems“ eine Elternbefragung in allen kroatischen Orten, die die Wunschunterrichtssprache ermitteln sollte. Nach zahlreichen Drohungen zur Zwangsaussiedlung verlief die Umfrage zu Gunsten der deutschen Sprache. Lehrer, die Widerstand leisteten und für die kroatische Sprache eintraten, wurden genauso wie der kroatische Schulinspektor verhaftet. Erfolgreich war dieser Widerstand zum Beispiel in Neudorf bei Parndorf, wo sich die Schulgemeinde gegen den nationalsozialistischen Bürgermeister durchsetzen konnte und die kroatische Sprache daher weiterverwendet werden durfte.²¹⁷

Die ungarische Minderheit wurde wie die kroatische nicht verfolgt, allerdings hatte sie mit denselben Maßnahmen wie die kroatische zu rechnen. Konfessionelle ungarische Schulen wurden abgeschafft, allerdings die Gebäude weiterverwendet. Hier wurde ebenfalls eine Umfrage durchgeführt und die Mehrheit sprach sich für den Gebrauch der ungarischen Sprache aus. Lehrer und Lehrerinnen, die sich weigerten, wurden entlassen, pensioniert oder versetzt. Es konnte auch passieren, dass Lehrkräfte auf Grund ihrer Staatsbürgerschaft

²¹⁶ Vgl. *Brettll*, Nationalsozialismus im Burgenland, 159.

²¹⁷ Vgl. *Ebda*, 159f.

nach Ungarn abgeschoben wurden.²¹⁸ In einem Bericht über die Minderheiten im Reichsgau Niederdonau wird der Unterricht der magyarischen Schüler und Schülerinnen wie folgt beschrieben.

„Für die beiden im ehemaligen Burgenland gelegenen Volkstumsinseln der Magyaren in Oberpullendorf und Oberwart sind bezüglich der Schulverhältnisse die [...] Abschriften [...] maßgeblich.

Für die Magyaren [...] wird bekanntlich die Einführung eines fakultativen, magyarischen Unterrichtes von höchsten 2 Stunden wöchentlich geplant.“²¹⁹

Da laut diesen Berichten allerdings vielen magyarischen Schülern und Schülerinnen der Deutschunterricht schwer fiel, wurden ungarische Klassen eingerichtet, wie zum Beispiel in Mitterpullendorf, einem Ortsteil von Oberpullendorf. Diese sollten vor allem dazu dienen, dass der Unterricht für Schüler und Schülerinnen mit deutscher Muttersprache nicht gestört werden sollten.²²⁰

6.2.4) Änderungen in Kindergarten und Volksschule - Übernahme des deutschen Schulwesens?

Die österreichischen Nationalsozialisten lehnten die Gleichschaltung des österreichischen Schulsystems mit dem deutschen ab. Obwohl auf Grund der wirtschaftlichen Lage nicht alles zum Besten stand, behaupteten sie, dass es nicht nötig sei die Organisation umzukrempeln, da es lediglich auf den Geist, die Gesinnung die unterrichtet wird, ankommt.²²¹

Eine der ersten Änderungen, die gleich mit dem „Anschluss“ und der Entkonfessionalisierung stattfand, war die Umstrukturierung des Kindergartens. Im Deutschen Reich unterstanden die Kindergärten der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). Da in Österreich viele Kindergärten von der Kirche oder privat geführt wurden, enteignete man diese und unterstellte sie der NSV. Dabei

²¹⁸ Vgl. *BrettI*, Nationalsozialismus im Burgenland, 160f.

²¹⁹ Niederösterreichisches Landesarchiv, Abt. XXXV Zahl 39 Jahr 1939.

²²⁰ NoeLa, Abt. XXXV Zahl 39 Jahr 1939.

²²¹ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 316.

wurde allerdings nicht nur der Besitzer gewechselt, sondern auch die ideologischen Ziele im Erziehungsziel implementiert. Das wichtigste hierbei war die Heranzüchtung von gesunden Körpern und so lag die körperliche Ertüchtigung im Freien im Hauptaugenmerk der Erziehung des Kindergartens. Ein weiteres Ziel war es, Adolf Hitler zur übermächtigen Vaterfigur hochzustilisieren und dies durch Sprüche und Feiern zu festigen. Auch legte man für die Kinder bereits geschlechterspezifische Typen fest, nämlich der Junge soll deutscher Soldat werden und das Mädchen deutsche Mutter. Daher standen für Mädchen vor allem pflegerische und häusliche Tätigkeiten im Vordergrund. Während des Krieges war der Kindergärten vor allem den Kindern von erwerbstätigen Müttern vorbehalten.²²²

Das Volksschulwesen hingegen war im Jahr 1938 auch in Deutschland noch nicht einheitlich geregelt. Erst ab dem Jahr 1936 begann man hier langsam konfessionelle und private Schulen zu schließen. Der erste Versuch diese Form der Schule neu zu regeln, war im Jahr 1937 und wurde dann im Jahr 1939 mit den neuen Reichsgauen in Österreich endlich vollzogen. Die Volksschule sollte quasi die Schule für jedermann im Dritten Reich werden. Als dieses System dann mit 1. August 1939 auf die Reichsgaue in Österreich übertragen wurde, gab es nichts Neues, außer dass die österreichischen Schulen weiterhin im Herbst begannen. Auch die neuen Richtlinien für die Volksschule verursachten in Österreich keine großen Veränderungen im Vergleich zur Schulorganisation in der Ersten Republik. Die gravierendsten Änderungen waren die politischen Zielsetzungen, die dem Unterricht beigefügt wurden.²²³

„Es mußte nicht bloß zur Gemeinschaft erzogen, sondern bereits in den ersten Schulstufen mit der „Führerauslese und der Führerbildung“ begonnen werden. An Lehrstoff sollte nur vermittelt werden, was zur Entwicklung der Kräfte der Jugend „für den Dienst an Volk und Staat“ beitra-

²²² Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 316f.

²²³ Vgl. *Ebda*, 317f.

ge. Aufgabe war, die Schüler und Schülerinnen „zum vollen Einsatz für Führer und Volk bereit“ zu machen.“²²⁴

Man sieht, dass der Kindergarten wie auch die Volksschule dazu dienten, die Schüler und Schülerinnen frühzeitig der nationalsozialistischen Ideologie unterzuordnen. Hier rückten ebenfalls der Turnunterricht und die körperliche Ertüchtigung in den Mittelpunkt, während in den Fächern Kampfdichtung der Nationalsozialisten oder die Helden des Nationalsozialismus behandelt wurden.²²⁵

Zwei Neuerungen überdauerten sogar die Zeit des Nationalsozialismus. Zum einen wurde der Schreibunterricht 1941 komplett auf die Erlernung der lateinischen Schrift umgewandelt, zum anderen wurde 1940 ein einheitliches Dienst- und Besoldungsrecht eingeführt. Das heißt, dass die Besoldung der Beamten und Beamtinnen im Lehrdienst nicht mehr von den Ländern getragen wurde, wie vor 1938, sondern dass diese vom Bund übernommen wurde.²²⁶

6.2.5) Die Hauptschule- ein österreichisches Erfolgsmodell

Erfolgreich leisteten die österreichischen Nationalsozialisten bei der Abschaffung der Hauptschule Widerstand. Die Verantwortlichen Österreichs weigerten sich, diese für eine vierklassige Volksschuloberstufe abzuschaffen. Allerdings wurden sie für einen elitäreren Kreis begrenzt und man durfte sie nur mehr besuchen, wenn man von seinem Volksschullehrer oder seiner Volksschullehrerin als reif empfunden wurde.²²⁷

„Bei der Schülersauslese für die Hauptschule sind vom Leiter der Volksschule zu beachten:

- a) die charakterliche Haltung,
- b) die körperliche Haltung,
- c) die geistige Leistungsfähigkeit des Schülers.“²²⁸

²²⁴ Engelbrecht, Geschichte Bildungswesen, 318.

²²⁵ Vgl. Ebda, 318

²²⁶ Vgl. Ebda, 318

²²⁷ Vgl. Ebda, 319

²²⁸ NoeLa, Abt. XXXV Zahl 324/1 Jahr 1942.

Damit stand fest, dass der Beginn der Auslese und die Bildung der Eliten mit dem Ende der Volksschulzeit begannen. Die Hauptschule diene somit nicht mehr, wie in der Ersten Republik und im Ständestaat, um allen einen besseren Schulbildung zu ermöglichen, sondern dazu, die Besseren auf ihre weitere Ausbildung vorzubereiten. Das ging sogar soweit, dass Hauptschulen zweijährige Aufbauklassen führen durften, wobei man nach der Absolvierung dieser die Berechtigung hatte, eine noch höhere Stufe der schulischen Bildung zu absolvieren.

Der größte Erfolg des Modells Hauptschule war allerdings die reichsweite Einführung im Jahr 1942. Adolf Hitler äußerte bereits im Jahr 1939, dass dieses System auch im Altreich eingeführt werden sollte. Dies geschah dann unter der Federführung von Martin Bormann, dem Leiter der Parteikanzlei, und zwar gegen den Willen des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Bernhard Rust. Allerdings musste er die Einführung 1941 trotzdem ankündigen und 1941 Erlässe und Richtlinien für diese erlassen. Das führte in den Kriegsjahren zu einigem Chaos außerhalb Österreichs. Mit der Einführung wurde aber auch die akademische Ausbildung der Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen abgeschafft und die fünfstufige österreichische Lehrerbildungsanstalt im ganzen Reich eingeführt.²²⁹

Im Jahr 1942 wurde dann die Hauptschule per Erlass genau geregelt, dies geschah wie folgt:

„Zu ihrer Durchführung ordne ich an:

1. Mit dem Schuljahre 1942/43 treten die Bestimmungen für alle Klassen der Hauptschule in allen Reichsgauen [...] in Kraft. Die bestehenden sechsten Klassen [...] werden durch diese Verfügung nicht berührt.
2. Im Schuljahre 1942/43 sind die ersten und zweiten Klassen in dem neueingegliederten Gebieten im Osten auf Grund der anliegenden Bestimmungen aufzubauen. Diese Anordnung gilt zum gleichen

²²⁹ Engelbrecht, Geschichte Bildungswesen, 342f

Zeitpunkte auch für [...] Klassen der in diesen Gebieten bereits bestehenden Mittelschulen, [...].

In den ersten Hauptschulklassen [...], dies bisher nach den Bestimmungen über Erziehung und Unterricht in der Mittelschule unterrichtet haben, ist noch während des laufenden Schuljahres ein entsprechender Übergang zu den neuen Bestimmungen [...] anzubahnen, da sich sonst, besonders im Geschichtsunterricht [...], Schwierigkeiten ergeben würden.[...]

3. Für die übrigen Gebiete des Reiches treten die Bestimmungen [...] mit der Einführung der Hauptschule in diesen Gebieten in Kraft.“²³⁰

Man kann also deutlich erkennen, dass die Hauptschule wirklich im ganzen Reich eingeführt wurde. Dies ging vor allem auf die Kosten der Mittelschulen, welche bereits davor in den Reichsgauen in Österreich kaum noch Anklang fanden. Wie gewohnt wurde vor allem der Geschichtsunterricht erwähnt, da dieser immens wichtig war für die Übertragung der nationalsozialistischen Ideologie auf die Schüler und Schülerinnen.

Grundsätzlich sollte die Hauptschule für folgendes stehen:

„[...] Die Hauptschule hat die besondere Aufgabe, im Rahmen des für alle deutschen Schulen verbindlichen Erziehungszieles als Pflichtausleseschule die allgemeinen erziehlichen und unterrichtlichen Grundlagen für jene mittleren Berufsschichten des deutschen Volkes zu schaffen, deren Arbeit erhöhte Geschicklichkeit der Hand und vertiefte Einsicht in das Wesen und die Bedeutung des eigenen Berufes und in seine Zusammenhänge mit der Volkswirtschaft sowie mit dem gesamten völkischen Leben erfordert. Sie dient damit besonders den Bedürfnissen aller mittleren und gehobenen praktischen Berufe in Landwirtschaft, Handel, Handwerk, Industrie, Verwaltung und Erziehung sowie aller hauswirtschaftli-

²³⁰ Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Hg.), Bestimmungen über Erziehung und Unterricht in der Hauptschule (Berlin 1942), 5.

chen, pflegerischen, sozialen und technisch-künstlerischen Frauenberufe.²³¹

Man kann hier, wie bereits erwähnt, erkennen, dass die Hauptschule als Auslese-schule diente. Sie sollte dabei allerdings auf die berufliche Ausbildung der Schüler und Schülerinnen Rücksicht nehmen und wie bei jeder Schulform die nationalsozialistische Ideologie beinhalten. Auch ist hier wieder klar zu sehen, dass die Bildung der männlichen Kinder vermehrt in Berufserziehung und körperlicher Ertüchtigung ging, während Frauen vor allem Berufe für den Haushalt ergreifen sollten. Dies zeigt auch nachfolgendes Zitat:

„Die Erfüllung dieser Aufgabe erfordert eine enge Verbindung der Arbeit der Hauptschule mit dem Berufsleben, ferner Bedachtnahme auf die Bedürfnisse der weiterführenden berufsbildenden Schulen.“²³²

Allerdings diente die Hauptschule nicht nur der beruflichen Ausbildung. Mit der Absolvierung dieser wurde man „zum Besuche aller jener weiterführenden Bildungseinrichtungen“ vorbereitet, welche „nicht den Besuch der Höheren Schule voraussetzten.“²³³ Somit ist auch hier zu sehen, dass durch die Hauptschule eine erste Auslese getroffen und nur einigen wenigen die Fortführung ihrer Ausbildung erlaubt wurde.

„ Aus dieser ganzheitlichen Schau wird alle Unterrichts- und Erziehungsarbeit so geführt, daß der junge Mensch ausgerüstet mit den wichtigsten Grundlagen zur Bildung einer nationalsozialistischen Weltanschauung in das Leben seines Volkes tritt.

Der Hauptschule ist somit aufgetragen, als Teil der einheitlichen nationalsozialistischen Erziehungsordnung über das Ziel der Volksschule hinaus die Leistungen zu steigern, [...].

²³¹ Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Hg.), Bestimmungen, 7.

²³² Ebda, 7.

²³³ Ebda, 7.

Die einzelnen Unterrichtsfächer erfahren daher an der Hauptschule nicht nur eine vertiefte und erweiterte Behandlung, Es ist [...] eigen, daß sie [...] eine praktische Arbeits- und Betrachtungsweise einer theoretischen vorzieht, [...].

Die Hauptschule schließt an den vierten Jahrgang der Volksschule an. Sie erfüllt [...] die Aufgaben, die auch den oberen vier Jahrgängen der Volksschule gestellt sind. Das weiter gesteckte Ziel kann vor allem dadurch erreicht werden, daß die Hauptschule mit einer Auslese der Schülerschaft und mit besonders ausgewählten und vorgebildeten Lehrkräften arbeitet. [...]²³⁴

Das vorangegangene Zitat fasst den Aufbau und die Funktion der Hauptschule sehr gut zusammen. Zum einen sollte sie das Wissen der Schüler und Schülerinnen vertiefen, zum anderen aber auch gleichzeitig selektieren. Auch sollte sie die Schüler und Schülerinnen an das praktische Leben heranzuführen und sie nicht nur theoretisch arbeiten lassen. Fest stand, dass, wenn man für reif befunden wurde, man zum Besuch der Hauptschule verpflichtet war.

Ein weiterer wichtiger Punkt in den Bestimmungen der Hauptschule war, dass sie schulgeldfrei zu besuchen war. Ebenfalls sollte sie alle Bevölkerungsschichten durchdringen und wurde daher besonders in den ländlichen Gegenden als wichtig erachtet. Es sollte dadurch eine erhöhte nationalpolitische Bildung im ländlichen Raum erzielt werden.²³⁵

Die Hauptschule musste sich „in den Dienst einer Erziehung [...] stellen, die vom Leibe ausgeht, die Seele ergreift und die geistigen Fähigkeiten entwickelt und innerhalb und außerhalb der Schule zur Gemeinschaft des Volkes erzieht.“²³⁶ Genauer gesagt, kann man hierbei wiederum die Wichtigkeit der Gemeinschaft und der körperlichen Ertüchtigung erkennen. Dies diente vor allem bei männlichen Schülern in Kombination mit der HJ dazu, dass sie bereits von

²³⁴ Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Hg.), Bestimmungen, 8.

²³⁵ Vgl. Ebda, 9.

²³⁶ Ebda, 9

jungen Jahren weg auf das Soldatenleben vorbereitet wurden und bedingungslos und ohne zu fragen die Ideen des Nationalsozialismus verteidigten. Dies erfolgte vor allem „durch die einheitliche Ausrichtung des Unterrichts in den einzelnen Fächern auf die nationalsozialistische Weltanschauung“.²³⁷

Abschließend kann man sagen, dass die Hauptschule auf Grund ihrer Auslesefunktion ins ganze Reich eingegliedert wurde. Sie stellte somit schon eine Grundfunktion der nationalsozialistischen Ideologie, nämlich die der Bildung von Eliten. Auch dient sie dazu, Schüler und Schülerinnen dieses Gedankengut zu lehren und sie dadurch bedingungslos hinter diese Weltanschauung zu stellen. Des Weiteren kann man erkennen, dass die Ausbildung in der Hauptschule vor allem auf die praktische, sprich berufliche Weiterbildung der Schüler und Schülerinnen Wert legte. Diese Ausbildung sollte natürlich auch im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung geschehen und die Kinder somit zu brauchbaren Mitglieder der Volksgemeinschaft zu machen.

6.2.6) Auslese durch Nationalpolitische Erziehungsanstalten und Adolf-Hitler-Schulen

Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten (NAPOLA)²³⁸ und die Adolf-Hitler-Schule (AHS) dienten zur weiteren Selektierung der Schüler. Beide Schulen werden zwar oft verwechselt, jedoch unterschieden sie sich maßgeblich in ihrer Zielsetzung und in ihrem Ausbildungsweg. Die ersten NAPOLA wurden im April 1933 gegründet und waren Reichsminister Rust unterstellt. Mit der Zustimmung Hitlers gründete man im Januar 1937 die ersten AHS, worauf vor allem von Reichsorganisationsleiter Robert Ley und Baldur von Schirach, dem Reichsjugendführer, gedrängt wurde. Während die NAPOLA eher die Entwicklung der

²³⁷ Vgl. Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Hg.), Bestimmungen, 10.

²³⁸ Die offizielle Bezeichnung für Nationalpolitische Erziehungsanstalten lautete NPEA. Im Rahmen dieser Arbeit werden sie allerdings als NAPOLA bezeichnet, da sich dieser in der wissenschaftlichen Forschung durchgesetzt hat. Aus: *Pumberger*, Führen und gehorchen, 7.

Parteimitglieder förderte, waren die AHS vor allem stark an die Erziehung der HJ angelehnt.²³⁹

6.2.6.1) Nationalpolitische Erziehungsanstalten

NAPOLA gingen aus staatlichen Bildungsanstalten hervor. Man wollte damit einen Schultyp erschaffen, „in dem die Idee einer nationalsozialistischen Gemeinschaftserziehung Wirklichkeit werden sollte“.²⁴⁰ Anstaltsleiter durfte lediglich eine Person werden, die sich als Nationalsozialist bereits bewährt hatte und welche auch ein mögliches Führerbild ausfüllte.²⁴¹

Reichsminister Rust erklärte dazu in der Frankfurter Zeitung, dass „Erziehungsanstalten im Sinne der nationalsozialistischen Revolution umzubilden“ seien.²⁴² Man kreierte daher diese Schule komplett neu, indem man Lehrkörper austauschte, einen neuen Lehrplan schuf und die Schüler uniformierte. Wichtig war hier, den Unterschied zu den Kadettenschulen herzustellen. Diese Schulen waren höhere Schulen, die zur Vorbereitung auf eine Militärlaufbahn dienten und deren Erziehung nur gering politisch geprägt war, da man lediglich treue und ergeben Soldaten heranziehen wollte. An NAPOLA hingegen wurde von staatlich geprüften Pädagogen erzogen und die Schüler (Jungmannen) sollten zu politischen Kämpfern umgewandelt werden und nach Absolvierung in allen Berufen die Sache des Führers verteidigen.²⁴³

Wichtig für den Standort von NAPOLA war deren Einrichtung in einiger Entfernung zur Stadt, da die ländliche Gesellschaft als Idealbild galt. Dadurch sollten die Schüler das NS-Bild der idealen agrarisch strukturierten gesellschaftlichen Ordnung verinnerlichen.²⁴⁴

²³⁹ Vgl. Horst *Ueberhorst*, Elite für die Diktatur. Die nationalpolitischen Erziehungsanstalten 1933-1945. Ein Dokumentenbericht (Königstein 1980), 36.

²⁴⁰ *Ueberhorst*, Elite für die Diktatur, 45.

²⁴¹ Vgl. Ebda. 45.

²⁴² Zitiert nach Dirk *Gelhaus*, Jörn- Peter *Hülter*, Die Ausleseschulen als Grundpfeiler des NS-Regimes (Würzburg 2003), 50.

²⁴³ Vgl. Ebda, 50f.

²⁴⁴ Vgl. *Pumberger*, Führen und gehorchen, 69.

NAPOLA wurden erstmals 1933 eröffnet, wobei die erste Anstalt in Oranienstein war, die als Vorbild für alle NAPOLA diente. Das Schulgebäude wurde damals saniert, um Wohn-, Wasch- und Schlafräume sauber und hygienisch zu machen. Festsaal, Konzertsäle und Gemeinschaftsräume sollten das Wertempfinden der Schüler steigern. Immens wichtig war natürlich der Ausbau der Sportstätten, es wurden „Turnhalle und Schwimmbad, Bootshaus und Flußschwimmanstalt, Spielplätze, eine Reitanlage und ein Garagen- und Stallgebäude zur Unterbringung der Pferde, der Kraftwagen und Segelflugzeuge“ errichtet.²⁴⁵ Auch Park- und Gartenanlagen wurde neu gestaltet. 1934 zogen dann 100 Jungmannen aller Altersstufen in das Gebäude ein.²⁴⁶

Aus diesen Anstalten sollte nach acht Jahren Ausbildung eine neue Führungsschicht für alle Berufe hervorgehen. Der Abschluss berechnete auch ein Hochschulstudium zu absolvieren. Schüler wurden für ihre Leistungen benotet und Sitzenbleiber mussten die Anstalt verlassen. Ziel der Ausbildung war, den Jungmannen die nationalsozialistische Haltung zu indoktrinieren, das heißt, dass sie sich „Wissen oder Können in bestimmter Form und Haltung“ aneignen mussten und diese sie zum „Dienst im Staat und zum Kampf für den Nationalsozialismus“ befähigte.²⁴⁷ Das Grundlegende blieb allerdings die Entwicklung einer pflichtbewussten Haltung, da diese den Soldaten ausmache.²⁴⁸

Die Aufnahme in NAPOLA sollte allen Jungen offen sein, was jedoch nur kerngesunde und intelligente Schüler einschloss. Körperlich Schwache wurden keinesfalls an diesen Schulen aufgenommen. Schwerpunkte bei der Auslese waren daher rassische, charakterliche, körperliche und geistige Eignung. Pro Anstalt wurden lediglich 100 bis 120 Jungmannen aufgenommen und diese hatte eine einwöchige Prüfung zu vollziehen. Die Aufnahme erfolgte zunächst für ein halbes Jahr auf Probe.²⁴⁹

²⁴⁵ Vgl. *Ueberhorst*, Elite für die Diktatur, 64.

²⁴⁶ Vgl. Ebda 64.

²⁴⁷ Vgl. *Gelhaus*, Ausleseschulen, 52.

²⁴⁸ Vgl. Ebda, 52.

²⁴⁹ Vgl. *Ueberhorst*, Elite für die Diktatur, 77f.

Die Erziehungsanstalten befanden sich meist außerhalb der Großstädte. Durch die Bereitstellung von hohen Geldsummen ermöglichte man zum Beispiel die Wehrsportausbildung mit den entsprechenden Materialien und der entsprechenden Ausrüstung. Neben der Reifeprüfung gehörte zu einem Abschluss „der Kraftfahrzeug-, der Führer-, der Segel- und der Reitschein und [...] auch die Gesellenprüfung in einem Handwerk.“²⁵⁰ Das Verhältnis zwischen den Erziehern und Anstaltsleitern sowie den Jungmann sollte das einer eingeschworenen Mannschaft sein. Des Weiteren wurden die Schüler in Gruppen (ca. zehn Jungmannen), Zügen (drei bis vier Gruppen) oder Hundertschaften (drei bis vier Züge) zusammengefasst. Die Hundertschaften wurden von einem Erzieher geführt, während die Züge und Gruppen meist von älteren Schülern geführt wurden. Diese „Jungmannenführer“ stellten ein Bindeglied zwischen den Erziehern, den Anstaltsleitern und den Schülern dar.²⁵¹

Der Einsatz der Jungmannen erfolgte bereits nach dem „Anschluss“ in Österreich. Zum Beispiel wurde ein Zug der NAPOLA Oranienstein nach Kärnten geschickt, um die Wahl dort zu überwachen. Sie sollten einen positiven Ausgang der Wahl gewährleisten. Diese Erfahrungen wurden gleichzeitig als wichtige Unterrichts- beziehungsweise Erziehungseinheit angesehen.²⁵² Das zeigt, dass auch die praktische Ausbildung im Mittelpunkt der NAPOLA stand, damit die Schüler auch die Blickwinkel des ganzen Volkes und nicht nur den Blickwinkel der Eliten kennenlernten.

6.2.6.2) Adolf- Hitler-Schulen

Die Gründung dieser Schulen stieß nicht auf die Gegenliebe vieler Parteigranden. Lediglich Ley und Schirach konzipierten diese Form der Schule.²⁵³ Sie sollten den politischen Erziehungsweg fördern und damit den Gegensatz zum bürgerlichen Erziehungsweg bilden. Robert Ley, der die Idee dafür hatte, holte sich

²⁵⁰ Vgl. *Gelhaus*, Ausleseschulen, 57.

²⁵¹ Vgl. *Ebda*, 58.

²⁵² Vgl. *Ueberhorst*, Elite für die Diktatur, 329.

²⁵³ Vgl. *Barbara Feller*, *Wolfgang Feller*, Die Adolf-Hitler-Schulen. Pädagogische Provinz versus Ideologische Zuchtanstalt (München 2001), 25.

bald Baldur von Schirach ins Boot, um eine Schule zu formen, die das Gegenstück zur NAPOLA bilden sollte.²⁵⁴

Die Idee und der Auftrag solche Schulen zu schaffen, entstanden im Februar 1937 und wurden bereits im April umgesetzt. Deswegen wurde diese Form unter höchstem Zeitdruck konzipiert. Geplant wurde, dass jeder Gau seine eigene Schule erhalten sollte. Tatsächlich wurden nur 12 dieser Schulen errichtet und nach dem konzipierten Lehrplan umgesetzt.²⁵⁵

Bei der Auslese hatte vor allem der zuständige Ortsgruppenleiter den größten Einfluss. Herkunft oder familiäre Stellung durfte bei der Aufnahme keine Rolle spielen. Hier musste ein Schüler wie in den NAPOLA ebenfalls „eine völlige Gesundheit, einen einwandfreien Charakter, im Jungvolkdienst bewährte Führeigenschaften, sportliche Leistungsfähigkeit, gute Schulleistungen, eine einwandfreie Abstammung [...], Erbgesundheit und Erbtüchtigkeit der Sippe und Eltern“ mitbringen.²⁵⁶

Hauptaugenmerk in den AHS lag auf der Unterrichtsform. Die Klassen wurden mit Stühlen und Tischen ausgestattet und die Zensuren offen besprochen. Schüler sollten gegebenenfalls am Nachmittag ihre eigenen Maßnahmen zur Förderung leiten. Die Schule wurde also nach dem Prinzip „Jugend muss Jugend führen“ entwickelt.²⁵⁷ Die Klassenstruktur wurde der HJ entlehnt und umfasste um die 40 Jungen. Der „Pimpf vom Dienst“²⁵⁸ hatte die Aufgabe, die Verantwortung über die ganze Klasse zu übernehmen. Jeder sollte das Führen lernen und jeder sollte das Gehorchen erlernen. Die Tätigkeiten des Pimpfes standen unter Aufsicht eines Erziehers. Hauptziel war daher die Selbstständigkeit, das Ehrgefühl und die Folgen seines Handelns zu erlernen.²⁵⁹

Der Unterricht erfolgte wie an den höheren Schulen, allerdings verstärkt, das heißt mit mehr Wochenstunden. Er wurde nicht in einen sprachlichen und na-

²⁵⁴ Vgl. *Gelhaus*, Ausleseschulen, 83f.

²⁵⁵ Vgl. *Feller*, Adolf- Hitler- Schulen 27f.

²⁵⁶ Vgl. *Gelhaus*, Ausleseschulen, 92.

²⁵⁷ Vgl. Ebda, 93.

²⁵⁸ Vgl. Ebda, 93.

²⁵⁹ Vgl. Ebda, 93f.

turwissenschaftlichen Zweig aufgeteilt und fand nur am Vormittag statt. Vier Nachmittage in der Woche waren für wehrsportliche Übungen reserviert. Die letzte Stunde in der Woche war für den „Blick in die Welt“ mittels Film- und Tonmaterial vorgesehen.²⁶⁰ Der Unterricht gliederte sich in die Volksstunde, Literaturunterricht, Schulung bei der Verwendung von Sprache, Förderung der künstlerischen Kräfte, Werkerziehung und eben der körperlichen Ertüchtigung.²⁶¹

6.2.7) Schule im Krieg

Der Zweite Weltkrieg veränderte die didaktische Entwicklung der Schule nicht maßgeblich. Lediglich die Ausbildung der Schüler und Schülerinnen in dieser Zeit litt darunter. Ein Niveauverlust konnte auch durch Gegenmaßnahmen nicht aufgehalten werden.²⁶²

Ein Aspekt des Niveauverlustes war der Mangel an fähigem Lehrpersonal. Zwar wurden Einrückungsbefehle aufgeschoben, durch den großen Verlust im Laufe des Krieges wurde dies allerdings bald hinfällig. Fast alle Kriegstauglichen mussten alsbald Wehrdienst leisten und so wurden Pensionisten, Frauen, die durch Verheiratung aus dem Lehrdienst ausschieden, und Personen, die in Kursen schnell ausgebildet wurden, als Ersatzlehrkräfte eingestellt.²⁶³

Durch Propaganda, HJ-Lager und Führerappelle sollte das „Kriegspflichtgefühl“ der Schüler und Schülerinnen gesteigert werden. Männliche Schüler mussten Wehrtüchtigungslager durchstehen und die Mitglieder des BDM wurden zur Truppenversorgung verwendet. Besonders fanatisch wurden die Kinder in den NAPOLA und AHS erzogen, da hier vor allem militärischer Drill in den Vorder-

²⁶⁰ Vgl. *Gelhaus*, *Ausleseschulen*, 95.

²⁶¹ Vgl. *Ebda*, 95f.

²⁶² Vgl. *Engelbrecht*, *Geschichte Bildungswesen*, 334.

²⁶³ Vgl. *Ebda*, 31.

grund der Ausbildung rückte.²⁶⁴ Auch konnten die Jungen als Helfer in die Wehrmacht eingezogen werden, zum Beispiel als Luftwaffenhelfer.²⁶⁵

So wurden die Schüler und Schülerinnen auch für Altstoffsammlungen eingesetzt, jedoch konnte dies nicht die gewünschten Erfolge erzielen. Außerdem wurden die Schulen dazu angehalten Heilkräuter zu sammeln. Auch hier wurden bessere Ergebnisse erwartet als erzielt wurden. Die Kräuter wurden in der Schule getrocknet. In den Schulgärten wurden ebenfalls Kräuter angepflanzt. Der Unterricht sollte ab da auch die Wirkung der verschiedenen Kräuter und Pilzen beinhalten.²⁶⁶

Ein weiterer Aspekt des Krieges war der „Ausfall“ von Unterrichtsgebäuden. Wie bereits im Ersten Weltkrieg wurden einige Gebäude höherer Schulen als Lazarette verwendet. Die hier abgezogenen Schüler und Schülerinnen wurden dann in anderen Schulen untergebracht. Auch beschlagnahmte die Wehrmacht einige Gebäude zum Beispiel als Truppenunterkünfte. Da daraufhin in einigen Städten Chaos ausbrach, wurde die Wehrmacht angewiesen die Beschlagnahmen zu unterlassen. Wegen der Kriegsfolgen war dies aber nur von kurzer Dauer, da die Gebäude als Unterbringung von Umsiedlern und Flüchtlingen verwendet wurden. Auch wurde gegen Ende 1943 begonnen, Schulen zu bombardieren und damit für die Verwendung unbrauchbar zu machen. Neben den Zerstörungen wurde ein Unterricht durch fehlendes Heizmaterial unmöglich. So geschah es, dass Schulen im Winter geschlossen wurden und sogenannte Kohleferien hatten. Es konnte auch sein, dass nur ein Klassenzimmer beheizt wurde und Klassen dann abwechselnd darin unterrichtet wurden.²⁶⁷

²⁶⁴ Vgl. Kurt *Cerwenka*, Die Fahne ist mehr als der Tod. Nationalsozialistische Erziehung und Schule in „Oberdonau“ 1938-1945 (Grünbach 1996), 70- 72.

²⁶⁵ Vgl. Helmut *Engelbrecht*, Lagerschulen. Schule unter Einfluss von Krieg und Vertreibung. Bildungsnotstand durch Kriegsereignisse, Kriegsfordernisse und Kriegsfolgen in Österreich (Wien 2004), 32.

²⁶⁶ Vgl. *Engelbrecht*, Lagerschulen, 34- 36.

²⁶⁷ Vgl. Ebda, 33.

6.2.8) Änderungen im Unterricht anhand des Geschichtsunterrichts und Schulalltag

II. Stundentafel

F a c h	Jungen					Mädchen				
	1.	2.	3.	4.	Zu- sammen	1.	2.	3.	4.	Zu- sammen
	K l a s s e					K l a s s e				
Leibeserziehung .	5	5	5	5	20	5	5	5	3	18
Deutsch	5	5	5	4 (5)	19 (20)	5	5	5	4 (5)	19 (20)
Geschichte	2	2	3	3	10	2	2	3	3	10
Erdfunde	2	2	2	2	8	2	2	2	2	8
Musik	2	2	2	1 (2)	7 (8)	2	2	2	1 (2)	7 (8)
Lebenskunde und Gartenbau . .	2	2	2	2 (3)	8 (9)	2	2	3 (2)	2 (3)	^{(8 ober} 9 10)
Naturlehre	—	2	3	3	8	—	2	3	2 (3)	7 (8)
Rechnen und Raumlehre . .	4	4	6	6	20	4	4	4 (5)	4	16 (17)
Zeichnen	3	3	2	2	10	3	2 (3)	2	2	9 (10)
Werken	2	2	2	2	8	—	—	—	—	—
Handarbeit	—	—	—	—	—	3	3	3	3 (2)	12 (11)
Hauswerk	—	—	—	—	—	—	—	—	4	4
Kurzschrift	—	—	—	2 (2)	2 (2)	—	—	—	2 (2)	2 (2)
Fremdsprache . .	5	4	3	3 (4)	15 (16)	5	4	3 (4)	3 (4)	15 (16-17)
	32	33	35	35 (35)	135	33	33 (34)	35 (35)	35 (35)	136

Abbildung 1: Stundentafel der Hauptschule²⁶⁸

Anhand der Stundentafel kann man erkennen, dass Geschichte in der Hauptschule für beide Geschlechter eine wichtige Rolle einnahm. Während die Mädchen in Handarbeit unterrichtet wurden, nahmen die Jungen am Werkunterricht teil. Nach den „Hauptfächern“ Deutsch, Leibeserziehung, Rechnen und Fremdsprache, bekam schon der Geschichtsunterricht auch die meiste Stundenanzahl eingeräumt.

²⁶⁸ Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Hg.), Bestimmungen, 15.

„Es ist das Ziel des Geschichtsunterrichts dem Schüler jenes Maß geschichtlichen Einblicks zu vermitteln, das für das Erkennen des Werdeganges, der politischen Lage und der Aufgabe und Sendung des deutschen Volkes und Reiches nötig ist. Den großen Entwicklungslinien, den inneren Beweggründen und vor allem den Kräften, die die geschichtlichen Ereignisse bewirten, ist in einer jugendmäßigen Weise nachzuspüren. [...] Alle großen Persönlichkeiten und Ereignisse sind im Lichte der nationalsozialistischen Weltanschauung klar zu werten. So wird das Ziel erreicht werden, aus der Vergangenheit Folgerungen für die Gegenwart ziehen zu können.“²⁶⁹

Wenn man das mit Hitlers Aussagen zum Geschichteunterricht vergleicht, kann man deutlich erkennen, dass sein Anspruch, den er in „Mein Kampf“ dargelegt hat, sich in den Lehrplänen und Richtlinien des Nationalsozialismus wiederfindet. Das Ziel des Geschichtsunterrichts formulierte man im Lehrplan wie folgt.

„Erziehung zum politischen Menschen. Heranbildung zu volksbewussten deutschen Frau. Vertiefung des Verständnisses für geschichtliche Zusammenhänge.“²⁷⁰

Ein wichtiger Aspekt, um die Geschichte als Instrumentarium zu nutzen, waren die feierlichen Begehungen diverser Gedenktage. Diese sollten den Nationalstolz fördern und man erwartete eine Steigerung des Geschichtsbewusstseins.²⁷¹ Die Veranstaltungen zu Feiertagen und Gedenktagen mussten von der Schule umgesetzt werden. So wurde als erste Maßnahme, um den nationalsozialistischen Charakter zu stärken, eine feierliche Fahnenhissung am ersten Schultag nach dem „Anschluss“ veranlasst.²⁷² Auch wurde vorgeschrieben, um den Nationalstolz zu steigern, dass in Klassen ein Wochenspruch aufgehängt werden musste und dieser den Schüler nähergebracht werden sollte.²⁷³

²⁶⁹ Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Hg.), Bestimmungen, 29.

²⁷⁰ Landesarchiv Burgenland, Nachlass Ritter, Mappe Schulchronik.

²⁷¹ Vgl. Horst Gies, Der Geschichtsunterricht im „Dritten Reich“ als völkische Weihestunde und historische Nabelschau. In: Reinhard Dithmar, Wolfgang Schmitz (Hg.), Schule und Unterricht im Dritten Reich (Ludwigfelde 2001), 211f.

²⁷² Vgl. Dachs, Schule in der Ostmark, 459.

²⁷³ Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe Schule 1936- 1938.

Für Feiern gab es auch eine feste Form, quasi ein Ritual, wie diese stattzufinden haben. Begonnen wurde mit einem Fahneneinmarsch und passender Musik sowie Heldengedichten. Danach folgte eine Ansprache der ranghöchsten, anwesenden Person, wobei dies meist der Schulleiter war, aber auch geladene Gäste sein konnten.²⁷⁴

„Es ist zu zeigen, wie es der Tatkraft und dem Weitblick großer deutscher Führer und der Besinnung des deutschen Volkes auf eigene Kräfte immer wieder gelang, artfremde und außerdeutsche Bestrebungen, [...], zu überwinden.“²⁷⁵

„Diese Arbeitsaufgabe muß im Geschichtsunterricht der Hauptschule dem Alter ihrer Schüler gemäß gelöst werden. Dabei sind Verfrühung, Überbürdung und Überhöhung zu vermeiden.“²⁷⁶

Man kann also deutlich erkennen, dass der Geschichtsunterricht zur Stärkung des Deutschtums dienen und dabei altersgerecht aufbereitet werden sollte. Es wird kein genaues Faktenwissen vermittelt, da man die großen Zusammenhänge erkennen soll, aus denen sich das deutsche Volk entwickelt hat und aus Schwierigkeiten siegreich und glorreich hervorgegangen ist. Führer und Helden sollten also im Mittelpunkt des Unterrichts stehen, aber gleichzeitig sollte auch akzentuiert werden „Kein Führer kann Großes schaffen ohne seine Gefolgschaft, sein Volk.“²⁷⁷

Der Form des Geschichtsunterrichts sollte vor allem als Lehrervortrag von statuen gehen. Der Schüler / Die Schülerin sollte sich von den dargestellten Taten angesprochen fühlen und diese inspirieren. Mit dem Geschichtsunterricht soll sich „auch die Fähigkeit zu klarem Denken und Urteilen“ entwickeln.²⁷⁸ Der Schüler / Die Schülerin sollte dabei mit Hilfe des Lehrers / der Lehrerin Tatsachen vergleichen und damit Schlussfolgerungen aus der Geschichte und Ereignissen ziehen.

²⁷⁴ Vgl. Horst Gies, *Geschichtsunterricht unter der Diktatur Hitlers* (Köln 1992), 92.

²⁷⁵ Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Hg.), *Bestimmungen*, 29.

²⁷⁶ Ebda, 30.

²⁷⁷ Vgl. Ebda, 31.

²⁷⁸ Vgl. Ebda, 32.

nissen ziehen können. Empfohlen wurde auch, dass der Lehrer / die Lehrerin seinen Vortrag mittels Bildern, Filmen und Karten, also Anschauungsmaterial, unterstützte.²⁷⁹

6.3) Radikalisierung der Lehrerschaft oder Widerstand?

Ältere Lehrer und Lehrerinnen erlebten mit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft nicht nur die dritte inhaltliche Änderung der Schulpolitik und des Lehrplans binnen kurzer Zeit, sondern auch einen Anstieg der Radikalisierung, ihre Anstellung betreffend. Vor allem junge Lehrkräfte waren für die Ideen des Nationalsozialismus zu begeistern und verbreiteten das Gedankengut unter den Schülern und Schülerinnen. Jedoch stellt sich die Frage, ob jeder Lehrer und jede Lehrerin den Diensteid auf die neuen Machthaber leistete oder ob er ein paar wenige darin ihre Chance sahen, gegen eben diese vorzugehen.

6.3.1) Der Nationalsozialistische Lehrerbund als Dachverband für den politischen Druck und die Umerziehung der Lehrer und Lehrerinnen

Ein wichtiges Instrument, um alle Lehrkräfte zu erreichen, war der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB). Dieser erfasste z.B. 1936 97% aller Lehrer und Lehrerinnen in Deutschland, wobei davon 32,2% der NSDAP angehörten. In anderen Beamtenbereichen betrug diese Zahl nur rund 17%. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, dass die Lehrerschaft mehr als alle anderen geeignet war, die Ideologie des NS-Regimes zu tragen und zu verbreiten. Jedoch kann man dies nicht nur auf Zwang zurückführen, sondern viele Lehrpersonen haben auch die Ideale der Nationalsozialisten gutgeheißen.²⁸⁰

Der NSLB wurde 1929 als Verband der NSDAP in Deutschland gegründet. Ein Gründer, Hans Schemm, wurde am 31.8.1934 Leiter des NSDAP-Hauptamts für Erzieher und gleichzeitig NSLB-Leiter. Mit der Machtergreifung Hitlers konnte der NSLB noch radikaler auftreten und versuchte, die Ideologie des National-

²⁷⁹ Vgl. Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Hg.), Bestimmungen, 32.

²⁸⁰ Hermann Schnorbach (Hg.), Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz. Dokumente des Widerstands von 1930 bis 1945 (Königstein 1983), 15.

sozialismus in Deutschland zu verbreiten.²⁸¹ Auch begann der NSLB seine Richtlinien und Grundsätze zu formulieren. Der NSLB gliederte sich in Fachschaften, z.B. Fachschaft IV: Lehrer an Volksschulen, und des Weiteren teilte er sich auch in Sachgebieten auf, wie z.B. Leibesübungen und „Rassenfragen“.²⁸² In Österreich erfolgte mit dem „Anschluss“ die Gleichschaltung der Lehrervereine. Der Beitritt zur NSLB war zu Beginn nicht verpflichtend, allerdings konnte man sich keiner Unterstützung erfreuen, wenn man nicht Mitglied war.²⁸³

Ab Dezember 1935 erfolgte ein erzwungener Massenbeitritt von 95 % der Lehrerschaft zum NSLB. Dies kann man „auf eine breite Massenbereitschaft gegenüber jeder Form staatlicher Herrschaft“ zurückführen.²⁸⁴ Mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 konnte man unliebsame Lehrkräfte ausschalten, wie z. B. Lehrer und Lehrerinnen, die Angehörige der kommunistischen Partei waren. Und - wie bereits erwähnt - auch jüdische Lehrpersonen. Der politische Druck manifestierte sich abgesehen von den Entlassungen in mehrfachen Treuebekundungen, verpflichtenden Anmeldungen der Schüler und Schülerinnen zur HJ und der Kenntnis der wichtigsten NS-Literatur. Repressionen richteten sich vor allem gegen „linke, demokratische und liberale Lehrer, pazifistische Lehrer, schulreformerisch tätige Lehrer, aufrechte christliche Lehrer und Dissidenten und jüdische Lehrer“.²⁸⁵ Bei jüdischen Lehrern und Lehrerinnen waren auch „Mischlinge“²⁸⁶ der Gefahr einer Ausgrenzung ausgesetzt, insbesondere waren davon sogenannte Mischlinge „ersten

²⁸¹ Uwe Schmidt, Lehrer im Gleichschritt: Der nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg. In: http://hup.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2008/12/pdf/HamburgUP_Schmidt_Lehrer.pdf.

²⁸² Schnorbach, Lehrer und Schule, 27- 29.

²⁸³ Ulrike Filka, Die Situation der Lehrer im Nationalsozialismus. Ein „beachtenswertes“ Kapitel pädagogischer Geschichte. (nicht veröffentlichte Diplomarbeit, Wien 1990), 61f.

²⁸⁴ Ebda, 17.

²⁸⁵ Ebda, 16f.

²⁸⁶ Mischlinge waren bei den Nationalsozialisten Juden, welche zum einen Teil arische Vorfahren hatten und zum anderen Teil jüdische. Über das Thema Mischlinge wurde fast die ganze Herrschaft der Nationalsozialisten diskutiert und man war sich nicht sicher, ob diese der Bevölkerung angehören sollten oder ob sie genauso wie Juden auszuschließen waren. Aus: Beate Meyer, Erfühlte und erdacht „Volksgemeinschaft“. In: Frank Bajohr, Michael Wildt (Hg.), Volksgemeinschaft, Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus (Frankfurt am Main 2009), 144- 148.

Grades²⁸⁷ betroffen. Aus Berichten kann man erfahren, dass sich auch Lehrpersonen anders „Mischlingen“ gegenüber verhielten.²⁸⁸

Die Aufgabe des NSLB war, die weltanschauliche Ausrichtung der Lehrer und Lehrerinnen zu überwachen. Die Institution nahm daher zentrale Bedeutung ein, da sie die Ideologie des Nationalsozialismus in der deutschen Jugend verbreiten sollte. HJ-Führer und Lehrkräfte sollten ihnen den einzigen möglichen Weg aufzeigen, nämlich den eines Nationalsozialisten. Dadurch wurde auch die Umerziehung der Lehrpersonen ein zentraler Punkt des NSLB. Diese ging vor allem in Lehrerlagern von statten.²⁸⁹

Die Lager waren somit eines der wichtigsten Schulungsinstrumente der NS-Zeit. In ihnen sollte vor allem das Führer-Gefolgschafts-Prinzip vermittelt werden. Dies war auch für Lehrer und Lehrerinnen wichtig, sie sollten die neue Weltanschauung und fachliche Kompetenzen für die Schule vermittelt bekommen. Man kann sagen, dass dieses Ziel erreicht wurde, da jeder Pädagoge / jede Pädagogin bis 1945 so ein Schulungslager besucht haben dürfte.²⁹⁰

Im Schulungslager sollte die Hauptqualifikation des Lehrers / der Lehrerin herauskristallisiert werden, nämlich die des Volkserziehers / der Volkserzieherin. Bald nach der Machtübernahme hatte das Reichbildungsministerium diese Lager von einer verpflichtenden Arbeitsdienst- und Wehrsportpflicht für Junglehrer zu einem Lager umgewandelt, welches auch Fortbildungen in wichtigen nationalsozialistischen Gesinnungen anbot. Hierfür wurden vor allem kleine und feste Lager verwendet, um den Output besser kontrollieren zu können. Die Lehrerlager hatten dieselbe Funktion wie Lager für Schüler und Schülerinnen und Mitglieder der HJ oder BDM, da sie gewährleisteten, dass die Lehrer und Lehrerinnen

²⁸⁷ Der Begriff Mischling „ersten Grades“ bzw. „zweiten Grades“ schuf man in den „Nürnberger Rassegesetzen“. Mischlinge waren demnach Deutsche, die keine Bindung an das Judentum hatten, allerdings ein oder zwei „volljüdische“ Großeltern. Aus: Bertrand Perz, Neuere Forschungen zur Frage des Status von Personen, die im deutschen Reich nach den Nürnberger Gesetzen als „Mischlinge“ definiert wurden. In: Susanne Hehenberger, Monika Löscher (Hg.), Die verkaufte Malkunst. Jan Vermeers Gemälde im 20. Jahrhundert (Wien 2013), 221-240.

²⁸⁸ Meyer, Volksgemeinschaft, 152.

²⁸⁹ Vgl. Filka, Situation der Lehrer, 63.

²⁹⁰ Vgl. Andreas Kraas, Lehrerlager 1932- 1945. Politische Funktion und pädagogische Gestaltung (Bad Heilbrunn 2004), 294.

nen von der nationalsozialistischen Weltanschauung durchdrungen wurden und diese somit an die Jugend weitergeben konnten.²⁹¹

Jedoch ließ sich auch unter den Lehrern / Lehrerinnen Widerstand erkennen. Nicht jeder nahm die Auflagen des neuen Regimes bedingungslos hin. Jedoch waren die meisten Lehrer / Lehrerinnen zu verängstigt und fürchteten nicht nur um ihre Stellung, sondern auch um ihr Leben. Am häufigsten war im Falle des Widerstands der stille Boykott. Dies bedeutete, dass Lehrer / Lehrerinnen bestimmte Lehrinhalte einfach verweigerten und nicht unterrichteten. Eine andere Möglichkeit war, den Inhalt anders zu interpretieren, als es die Nationalsozialisten vorgegeben hatten. Gefahr barg aber selbst dieses Vorhaben in sich, da die Lehrer oft von Schülern oder auch Schulleitern bespitzelt bzw. denunziert wurden. Oft waren es auch nur andere Kleinigkeiten, wie das Gespräch mit einem jüdischen Schüler oder einer jüdischen Schülerin, die als Widerstand gegen die Nationalsozialisten aufgefasst werden konnten.²⁹² Ein Beispiel hierfür wäre der Widerstand der Lehrerin Anna Horvath, die sich nach dem Verbot von Kroatisch als Unterrichtssprache dieser Anordnung widersetzte und fortan unter Beobachtung stand. Unter einem Vorwand wurde sie dann zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, um sie aus dem Unterrichtsdienst zu entfernen.²⁹³

6.4) Die HJ in Österreich

Die nationalsozialistische Propaganda versuchte vor allem die jüngere Bevölkerung anzusprechen. Hitler bezeichnete die Jungen als „das kommende Deutschland“, dass „die ganz Hoffnung“ darstellte.²⁹⁴ Der HJ wurde die Hauptverantwortung übertragen, um diese Gedanken umzusetzen. Erst unter Baldur von Schirachs Führung entwickelte sich die HJ zu einem wichtigen erzieherischen Organ in der NS-Erziehung. Die Aufgaben dieser lagen danach innerhalb und außerhalb des Schulsystems, was zu einer ständigen Anspannung zwi-

²⁹¹ Vgl. Kraas, *Leherlager*, 295- 297.

²⁹² Filka, *Situation der Lehrer*, 93- 96.

²⁹³ Brettl, *Nationalsozialismus im Burgenland*, 178f.

²⁹⁴ Zitiert nach Peter D. Stachura, *Das Dritte Reich und Jugenderziehung: Die Rolle der Hitlerjugend 1933- 1939*. In: Manfred Heinemann (Hg.), *Erziehung und Schulung im Dritten Reich* (Teil 1, Stuttgart 1980), 94.

schen HJ und Schule führte. Die HJ sollte die Jungen geistig und körperlich auf den Erhalt des Deutschen Reichs vorbereiten.²⁹⁵

Um die HJ erfolgreich außerhalb der Schule wirken zu lassen, musste man möglichst viele Mitglieder rekrutieren. Mit der Ernennung zum Reichsjugendführer im Juni 1933 veranlasste Baldur von Schirach die Auflösung aller politisch anders denkenden Jugendbewegungen, was bereits Ende 1933 erfolgreich durchgeführt war. Die protestantischen Jugendgruppierungen gingen dabei alle in die HJ über. Per Gesetz wurde im Dezember 1936 die Mitgliedschaft in der Hitlerjugend für alle 10- bis 18-Jährigen verpflichtend, was allerdings erst im Jahr mit der Jugenddienstpflicht wirklich vollzogen wurde. Davor war es lediglich ein hervorragendes Druckmittel, um die Jugend zu mobilisieren.²⁹⁶

Das HJ-Gesetz erhöhte auch die Stellung der HJ, indem es sie neben dem Elternhaus und der Schule als Erziehungsinstitution deklarierte. Somit musste auch die HJ die Jungen in der nationalsozialistischen Ideologie erziehen und sie zu treu ergebenden Mitgliedern der Volksgemeinschaft umwandeln. Jede Maßnahme der HJ diene der Förderung vom Glauben an das Endziel, dem Bewusstsein für die „Rasse“ und an die Selbstaufopferung für die Volksgemeinschaft.²⁹⁷ Um dies zu fördern, wurden zum Beispiel bei Lagerabenden die bekanntesten Sturm- und Kampflieder gesungen, wie das „Horst- Wessel-Lied“ oder „Unsere Fahne flattert uns voran“.²⁹⁸

Die Grundpfeiler der HJ kann man auf folgende Weise zusammenfassen²⁹⁹:

- Kampf um die Einheit des Volkes
- Volksgemeinschaft
- Treue, Gehorsam, Härte, Ehre und Stolz
- Wehrtüchtigung und Kriegsbereitschaft

²⁹⁵ Vgl. *Stachura*, Hitlerjugend 1933-1939, 97f.

²⁹⁶ Vgl. Ebda, 99.

²⁹⁷ Vgl. Ebda, 99.

²⁹⁸ Vgl. *Cerwenka*, Fahne mehr als der Tod, 32.

²⁹⁹ Vgl. *Nyssen*, Schule im Nationalsozialismus, 39.

Die HJ bediente auch verschiedene Aufgaben, wie zum Beispiel die Organisation der Adolf-Hitler-Schulen. Daher waren diese von den Erlässen des Reichsbildungsministers ausgeschlossen und die HJ bestimmte Lehrinhalte und den Lehrkörper. Auch war sie maßgeblich für die Kinderlandverschickung und damit zusammenhängende Lagerschulen verantwortlich. Den Vorrang bei der Ausbildung der Jugendlichen hatte auch die HJ, da diese die geistige, charakterliche Erziehung vor der Vermittlung des Wissens als wichtig ansah. So wurde auch darauf gedrängt die Schule abzuwerten, da diese nur Wissensvermittlung betrieb. Somit hatte die HJ bei der Sozialisation der Jugendlichen eine Vorrangstellung, womit die Bedeutung der Schule abgewertet wurde.³⁰⁰

6.4.1) Entwicklung der HJ in Österreich

In Österreich war bereits vor der Anerkennung der HJ in Deutschland eine nationalsozialistische Jugend (NSJ) aktiv. Jedoch wurde hierzu als Gegengruppierung ebenfalls die HJ in Österreich gegründet, da die NSJ vielen Mitgliedern zu gemäßigt war. Im September 1927, kurz nach der Gründung der HJ, gelang es aber sieben der vierzehn Hauptleitungsmitglieder der NSJ abzuwerben. Es dauerte aber bis ins Jahr 1929 bis die NSJ beinahe aufgelöst worden wäre. Die HJ versuchte vor allem mit dem Erscheinen ihrer Zeitschrift, der Sturmflagge, nationalsozialistisches Gedankengut in Österreich zu verbreiten.³⁰¹

Auf Grund diverser Machtkämpfe gelang es der HJ-Reichsleitung die Führung der österreichischen HJ zu entmachten und sie ihr selbst zu unterstellen.³⁰²

Die HJ in Österreich bestand „zum Großteil aus Jugendlichen aus dem Arbeitermilieu“.³⁰³ Dies schien vor allem auf Wien zuzutreffen. Aber da es kaum Aufzeichnungen gibt, kann man diese Einschätzung nur Zeitzeugenberichten entnehmen. Aus den Aufzeichnungen über die Berufung der Kreisführer in Oberösterreich lässt sich allerdings erkennen, dass diese Behauptung stimmt. Im Jahr 1931 gab es in Österreich und Deutschland insgesamt 13.806 männliche Mit-

³⁰⁰ Vgl. Nyssen, Schule im Nationalsozialismus, 55 - 57.

³⁰¹ Vgl. Johanna Gehmacher, Jugend ohne Zukunft. Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel in Österreich vor 1938 (Wien 1994), 174f.

³⁰² Vgl. Ebda, 198.

³⁰³ Zitiert nach Ebda, 198.

glieder in der HJ. In Österreich selbst waren 2.805 Jugendliche Mitglied in der HJ. Die Gesamtzahl stieg in Österreich und Deutschland in einem Jahr auf 37.304 (Österreich: 3.183). Man kann also erkennen, dass vor allem in Deutschland beträchtliche Zuwächse bei der Mitgliederzahl erreicht werden konnten.³⁰⁴

Ab 1933 war die NSDAP und die HJ eine illegale Bewegung in Österreich. Wichtig war, dass vor allem junge Leute Teil dieser waren. Die HJ unterstand nun mehr denn je der Leitung der Reichsjugendführung. Diese versuchte daher, die letzten Reste der österreichischen HJ zu zerschlagen und die deutsche HJ auch in Österreich einzuführen.³⁰⁵

Die illegale Periode der Nationalsozialisten in Österreich lässt sich in drei Zeitabschnitte unterteilen. Die erste Phase war massiver nationalsozialistischer Terror bis zum Juliputsch 1934, worauf ein Zeitabschnitt der Reorganisation und Schulung der Mitglieder folgte, was eine Radikalisierung bis zum Frühjahr 1936 zu Folge hatte. Mit dem Abkommen zwischen Schuschnigg und Hitler begann eine Phase der weitreichenden Propaganda und der Infiltrierung von Vereinen.³⁰⁶

Nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938 versuchte die HJ gleich so viele Kinder und Jugendliche wie möglich zu einem Beitritt zu bewegen. Allerdings wurde auch die Struktur der HJ sofort an die des NS-Staates in Deutschland angepasst. Mit 25. März 1939 wurde die Pflichtmitgliedschaft bei der HJ und daher auch beim BDM eingeführt. Die HJ war nicht nur wegen ihrer attraktiven Aktivitäten interessant für Jugendliche, sondern auch weil man Teil einer Gruppe war und auch Anteil an der Macht erhalten konnte.³⁰⁷

Im Burgenland war die HJ in dieser Zeit kaum wahrnehmbar und war es auch zu Beginn des „Anschlusses“ noch kaum. Im ländlichen Raum übte aber die HJ

³⁰⁴ Vgl. *Gehmacher*, Jugend ohne Zukunft, 198- 204.

³⁰⁵ Vgl. Ebda, 295f.

³⁰⁶ Vgl. Ebda, 303.

³⁰⁷ Vgl. Oskar *Achs*, Eva *Tesar* (Hg.), Jugend unterm Hakenkreuz. Erziehung und Schule im Faschismus (Wien 1988), 34 - 37.

eine große Anziehungskraft aus, da sie die einzige Freizeitmöglichkeit der Jugend darstellte. Auch mussten Schulen Rücksicht auf Veranstaltungen der HJ nehmen, da diese für alle verpflichten waren. Im Burgenland selbst gab es einige Stützpunkte der HJ, welche die Grundpfeiler der HJ fördern sollten.³⁰⁸

Abschließend noch eine Auflistung der verschiedenen HJ- Gruppierungen im Kreis Oberpullendorf, die die Hierarchie dieser Organisation am besten darstellt. Die Auflistung stammt aus der Grenzmark-Zeitung vom 11. Dezember 1938.³⁰⁹

HJ im Kreis Oberpullendorf

Wir wollen jetzt einmal die Hitlerjugend unseres Kreises ansehen. Sie gliedert sich in 14 Gefolgschaften, die sich wie folgt verteilen: Die Gefolgschaft 1 umfasst Raasdorf, Weppersdorf, Tschurndorf, Oberpetersdorf, Kobersdorf, Lindgraben.

Gefolgschaft 2: St. Martin, Neuborf, Landsee, Kaisersdorf, Weingraben.

Gefolgschaft 3: Radenbach, Radendorf, Rihing, Unterfrankenhaid, Raibing.

Gefolgschaft 6: Redenmarkt, Haschendorf, Unterpetersdorf, Horitschon, Großwarasdorf, Kleinwarasdorf, Nebersdorf.

Gefolgschaft 7: Deutschkreutz, Nifitsch, Kroatisch-Minichoj.

Gefolgschaft 11: Neutal, Stoob, Draßmarkt.

Gefolgschaft 12: Oberpullendorf, Mitterpullendorf, Dörfl, Steinberg.

Gefolgschaft 13: Ruhmannsburg, Kroat. Gersdorf, Strebersdorf, Großmuttschen, Kleinmuttschen, Unterpulendorf, Frankennau.

Gefolgschaft 16: Unterloisdorf, Oberloisdorf, Mannersdorf, Klostermarienberg, Liebing, Rattersdorf.

Gefolgschaft 17: Rodenhaus, Pilgersdorf, Deutschgerisdorf, Langed, Hammerteuch, Glashütten bei Bangsed, Sallmannsdorf, Bubendorf, Kogel, Lehenbrunn, Steinach.

Gefolgschaft 18: Piringsdorf, Karl, Oberrabnik, Schwendgraben, Unterrabnik, Hochstrah.

Gefolgschaft 21: Kirchschlag, Wigen, Stang, Lembach, Angerbach.

Gefolgschaft 22: Krumbach, Schönan, Gschaidt, Hochneufkirchen.

Gefolgschaft 23: Wiesmath, Lichtenegg, Hollenthon.

Diese Gefolgschaften sind nun wiederum zu Stämmen zusammengefaßt und zwar die Gefolgschaften 1, 2, 3 bilden den Stamm I.

Die Gefolgschaften 6 und 7 sind zum Stamm II (Horitschon) zusammengefaßt.

Der Stamm III (Oberpullendorf) umfaßt die Gefolgschaften 11, 12 und 13. Die Gefolgschaften 16, 17 und 18 bilden den Stamm IV. Der Stamm V (Kirchschlag) setzt sich aus den Gefolgschaften 21, 22 und 23 zusammen.

Die höchste Dienststelle im Landkreis ist der Bann 515 in Oberpullendorf, der wiederum dem Gebiet 28 (Niederdonau), mit dem Sitz in St. Pölten, unterstellt ist. Der Führer des Bannes, Gefolgschaftsführer Alfred Weidmann ist oberster HJ-Führer im Kreis. Er vertritt gleichzeitig die HJ, das DJ und die Mädelorganisationen bei den anderen Dienststellen der Partei oder des Staates. Er ist für alle Dinge, die die Hitlerjugend im Kreis angehen, zuständig und verantwortlich. Ihm zur Seite steht ein Stab zur Bearbeitung der einzelnen Aufgabengebiete.

Zum Stab gehören: Der Adjutant; die Stellenleiter für Organisation, Personal- und Sozialangelegenheiten, ein Bannarzt, ein Stellenleiter für körperliche sowie einer für weltanschauliche Schulung. Ferner gehören zum Stab die Stellenleiter für Kultur, Rundfunk, Presse und Propaganda, Wandern, Grenz- und Auslandsfragen und Verwaltung sowie der Rechtsstellenleiter, der insbesondere die Durchführung des Jugendschutzgesetzes zu überwachen hat.

So haben wir jetzt einen kurzen Einblick gewonnen in die Struktur der HJ und des Bannes 515. Aber dieser Bann ist nur wieder ein verhältnismäßig kleines Rad in dem großen Getriebe dieser Jugendorganisation, die den Namen des Führers trägt. Im Bewußtsein dieses Glückes gehen wir an unsere Arbeit, eine neue Jugend zu formen und unser höchster Lohn ist, wenn dann der Führer sein Vertrauen uns schenkt. Mit einem solchen Wort soll diese kurze Uebersicht über die HJ schließen.

Der Führer sagte einmal zu seiner Jugend: „Uns ist heute eine bewegte Zeit. Aber wir klagen nicht. Zu kämpfen sind wir gewohnt, denn aus dem Kampf sind wir gekommen. Wir wollen die Füße fest in unsere Erde stemmen, und wir werden keinem Ansturm erliegen. Und ihr werdet neben mir stehen, wenn diese Stunde jemals kommen sollte! Ihr werdet vor mir stehen an meine Seite und hinter mir und werdet unsere Fahnen hochhalten! Dann mag unser alter Widersacher versuchen, gegen uns anzutreten und sich wieder zu erheben. Er mag seine Sowjetzeichen vor sich hertragen — wir aber werden unserem Zeichen wieder siegen!“

Abbildung 2: Auflistung der HJ Gruppierungen im Landkreis Oberpullendorf³¹⁰

³⁰⁸ Vgl. Brettl, Nationalsozialismus im Burgenland, 164 - 167.

³⁰⁹ BLA, Nachlass Ritter, Mappe 1936 - 1938.

³¹⁰ BLA, Nachlass Ritter, Mappe 1936 - 1938.

6.4.2) Kinderlandverschickung (KLV) und Lagerschulen

Die Erweiterte Kinderlandverschickung begann im September 1940. Hierbei sollten Kinder, die in besonders luftgefährdeten Gebieten, meistens Städten, lebten, an sichere Orte gebracht werden. Beauftragt wurde Baldur von Schirach, der die Unterstützung der HJ, des NSLB und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) genoss. Die NSV übernahm die nicht schulpflichtigen Kinder und die ersten vier Jahrgänge der schulpflichtigen Kinder. Die HJ versorgte die Kinder ab der 5. Schulstufe. Die Unternehmung KLV startete am 3. Oktober 1940. Allerdings basierte die Idee dieser Verschickung der Kinder auf Entwicklungen in der Weimarer Republik, wo bereits Kinder aus der Stadt zu einem Landaufenthalt verpflichtet wurden, jedoch stieg die Zahl der verschickten Kinder unter nationalsozialistischer Herrschaft an.³¹¹

Die KLV sollte in Kraft treten sobald Gefahr für das Deutsche Reich bestand. Es sollte zur Aufgabe des Staates werden, die Kinder zu schützen. Dies diente vor allem dem Plan Rasts, die Schullandheime besser auszunutzen. Die Heime wurden bereits ab dem Jahr 1933 weiter ausgebaut. Das Lager oder das Heim sollte die Schule bei der politischen Erziehung daher ablösen.³¹²

Mit Fortdauer des Krieges war der normale Unterrichtsverlauf kaum mehr möglich. Vor allem in den Großstädten, die von Bombenangriffen geplagt waren, wurden viele schulische Einrichtungen zerstört. Dadurch trat im Primarbereich, also Volksschule und Hauptschule, Schüler und Schülerinnen zwischen 10 bis 14 Jahren, die erweiterte KLV in Kraft. Seit Herbst 1940 fand diese unter der Leitung von Baldur von Schirach, der auch gleichzeitig als Gauleiter von Wien eingesetzt wurde, statt. Somit war auch die HJ daran beteiligt. Die Hauptaufgabe der HJ und anderer nationalsozialistischer Organisationen, wie zum Beispiel

³¹¹ Vgl. Gerhard Kock, „Der Führer sorgt für unsere Kinder...“. Die Kinderlandverschickung im Zweiten Weltkrieg (Paderborn 1997), 69 - 71.

³¹² Vgl. Harald Scholtz, Erziehung und Unterricht unterm Hakenkreuz (Göttingen 1985), 103.

die Volkswohlfahrt, mussten die Aufenthalte der Kinder gestalten, um sie charakterlich im Sinne des Nationalsozialismus zu formen.³¹³

Die Kinderlandverschickung war im Großen und Ganzen eigentlich ein Evakuierungsplan, jedoch wurde dies von den Nationalsozialisten verschleiert, um die Bevölkerung nicht auf die Verschlechterung der Situation in den Kriegsgebieten hinzuweisen. Allerdings war sie auch keine neue Idee der Nationalsozialisten, sondern wurde in Deutschland und in Österreich bereits Ende des 19. Jahrhunderts durchgeführt, um Kinder aus sozial schwachen Schichten aus der Stadt einen Landaufenthalt zu ermöglichen. Die Nationalsozialisten hatten auch verschieden Arten der KLV. So gab es zum Beispiel Heime für kranke und physisch schwache Kinder oder es wurden Kinder zu ihren Verwandten auf das Land geschickt. Zu Beginn waren die Verschickungen auch noch eher für sozialbedürftige Kinder gedacht. Ohne viel Aufwand erfolgte aber die Verschickung von gesunden und normal entwickelten Kindern, da diese im Rahmen der HJ und des BDM durchgeführt wurden.³¹⁴

Baldur von Schirach sah hierbei auch die Möglichkeit, der HJ mehr Einfluss in der erzieherischen Tätigkeit zu geben. Interessant dabei ist, dass das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung gänzlich von der Planung ausgeschlossen wurde. Die Organisation des Schulunterrichts und der Beaufsichtigung war dem NSLB vorbehalten. Die Schulleiter sollten ihr besonderes Augenmerk darauf legen, dass sie den Wünschen und Anregungen des HJ-Führers Folge leisteten und einmal in der Woche einen Nachmittag für die HJ freigaben, um einen Heimatabend zu veranstalten. In den Lagern sollten neben den Kindern auch die Lehrer und Lehrerinnen uniformiert erscheinen. Organisatorisch gelang es relativ rasch ein hierarchisches System aufzubauen. Der HJ-Gebietsführer - das Gebiet, welches er bearbeitete, deckte sich mit den Gauen - war Beauftragter für die KLV in seinem Gebiet. Kontakt zur Schulauf-

³¹³ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 335.

³¹⁴ Vgl. *Engelbrecht*, Lagerschulen, 46f.

sicht des Gaues gab es kaum und diese war auch nur für die 6- bis 10- jährigen Schüler und Schülerinnen zuständig, die Gäste an einer Volksschule waren.³¹⁵

Hauptverantwortlich für den reibungslosen Ablauf im Lager waren die Bannbeauftragten der KLV, wobei ein Bann das Gebiet eines Kreises deckte. Relativ leicht ging die Quartierbeschaffung von statten. Zuerst wurden Kinder in „Jugendherbergen, Heimen der HJ oder parteieigenen Einrichtungen“ einquartiert, ab 1941 dann auch noch zusätzlich in Hotels, Gaststätten und Pensionen.³¹⁶ Wegen der hohen Zahl der KLV-Lager wurden die alsbald durchnummeriert und mit einem Kürzel für den jeweiligen Gau versehen, zum Beispiel ND für Niederdonau.³¹⁷

Mit Fortdauer des Krieges, als in etwa gegen Mitte des Jahres 1943, wurde die KLV auf Grund der zahlreichen Bombenangriffe verstärkt. Da Baldur von Schirach bei Hitler wegen seiner Kritik an der Kriegsführung in Ungnade gefallen, Himmler wollte ihn sogar anklagen lassen, und die HJ auf Grund von fehlendem Führernachwuchs geschwächt war, konnte sich das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Bildung um Bernhard Rust eine verbesserte Stellung erarbeiten. Die staatliche Schulaufsicht übernahm die Führung über die KLV, was dazu führte, dass die Schulaufsichtsbehörden Verschickungs- und Schulzuweisungspläne erstellten. Nun bekam man auch über den Schulunterricht in den Lagern die Aufsicht. Dadurch trat auch eine Veränderung im Lagerleben ein und es wurde kindgerechter erzogen.³¹⁸

Schulen in den KLV-Lagern waren also zu Beginn Einrichtungen der Hitlerjugend und des NSLB. Die Eltern hatten daher große Sorge über die Leistungen ihrer Kinder, da sie auch nicht wussten, wie lange diese dort verweilen mussten. Diese wurde mittels Propaganda über Leistungssteigerungen versucht aufzulösen. In Wirklichkeit war dies allerdings meist anders. Die Wochenstundenzahlen wurden gekürzt und außerdem musste der Lehrinhalt oft vereinfacht

³¹⁵ Vgl. *Engelbrecht*, Lagerschulen, 48 - 50.

³¹⁶ Vgl. Ebda, 50.

³¹⁷ Vgl. Ebda, 50f.

³¹⁸ Vgl. Ebda, 52 - 54.

werden. Da kleine Lager nicht so viele Lehrkräfte hatten, mussten diese alle Gegenstände unterrichten, was als Fortschritt dargestellt wurde. Einfluss darauf hatte auch die Wehrmacht, da sie von den neuen Rekruten ein solides Grundwissen verlangte. In Geschichte zum Beispiel sollten die jüngsten Ereignisse aus deutscher Sicht dargestellt und eingelernt werden. Der körperlichen Ertüchtigung und Wehrsportübungen wurde in Lager natürlich viel Zeit eingeräumt. Meistens wurde versucht, die Kinder mit Wettbewerben anzuspornen und die Leistung zu steigern.³¹⁹

Erziehungstechnisch zeichnete sich ein ganz eigenes Bild ab. Ziele der Erziehung waren dieselben wie die der HJ, jedoch waren die anwesenden Lehrer und Lehrerinnen gänzlich von Erziehungsmaßnahmen ausgeschlossen. Vielmehr mussten die jugendlichen HJ-Führer und BDM-Führerinnen diese Aufgabe übernehmen, wozu sie in Kursen eingeschult wurden. HJ-Führer verlangten von ihren Zöglingen vor allem Ordnung und Disziplin, was mittels militärischen Drills erreicht wurde.³²⁰

³¹⁹ Vgl. *Engelbrecht*, Lagerschulen, 63f.

³²⁰ Vgl. *Ebda*, 66f.

7) Schule von 1945 bis 1955

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der damit verbundenen Zerschlagung des NS-Staates und der Besetzung Österreichs musste im September 1945 der Schulbetrieb wieder in Gang gesetzt werden. Die Schule der Nationalsozialisten endete im März 1945 und stellte das neue Österreich auch vor erhebliche Probleme.

7.1) Politische Vorraussetzung für Schule in Österreich

Der Neuanfang der Zweiten Republik in Österreich war keineswegs ein reibungsloser, fehlte es doch an neuen politischen Köpfen, die einen radikalen Neustart anfangen konnten. Vielmehr wurde dieser von Politikern gestaltet, die bereits die Erste Republik mitbegründeten und bereits vor 1938 politisch tätig waren. Das Einzige, was sich geändert hatte, war, dass sich Politiker auf Grund von Verfolgung, Lager oder Exil zusammenraufte und sich die Reibereien der Zwischenkriegszeit nicht wiederholten.³²¹

Nachdem die Unabhängigkeitserklärung zwischen den Besatzungsmächten und den zugelassen politischen Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ unterzeichnet wurde, bildeten diese gemeinsam eine Regierung unter der Führung von Karl Renner. Für Bildung war das Staatsamt für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten unter der Leitung von Ernst Fischer zuständig. Da Österreich als das erste besetzte Land angesehen wurde, kamen Umerziehungsprogramme der Alliierten nicht zu tragen.³²²

Die Rechtsgrundlagen des neuen Staates wurden durch Überleitungsbestimmungen geregelt, was bedeutete, dass die Verfassung von 1929 wieder in Kraft trat. Einige Gesetze, die nach 1933 und 1938 erlassen wurden, hatten somit keine Wirksamkeit mehr, da sie nicht mit dem freien Österreich zusammenpassten. Jedoch gab es auch Gesetze die Überleitung in den neuen Staat fan-

³²¹ Reinhard Sieder (Hg.) u.a., Österreich 1945- 1995. Gesellschaft. Politik. Kultur (Wien 1996), 9.

³²² Vgl. Josef Scheipl, Helmut Seel, Die Entwicklung des österreichischen Schulwesens in der Zweiten Republik 1945- 1987 (Graz 1988), 9.

den, wie zum Beispiel durch das Behörden-Überleitungsgesetz vom 20. Juli 1945, das die Verwaltungs- und Rechtseinheiten des Deutschen Reiches in die österreichische Ordnung einführte.³²³ Man darf daher auch nicht außer Acht lassen, dass die Zweite Republik auf den Strukturen, die die Nationalsozialisten hinterließen, aufbaute und diese nutzte.³²⁴

Die provisorische Staatsregierung wurde erst mit der ersten freien Wahl am 25. November 1945 anerkannt. Hier bildete sich wieder eine Konzentrationsregierung unter Leopold Figl, obwohl die ÖVP die absolute Mehrheit innehatte. Die Verwaltung des Schulwesens übernahm das Bundesministerium für Unterricht unter der Leitung von Felix Hurdes. Für den Bereich des Schulwesens galten folgende Überleitungsbestimmungen.³²⁵

- Die Kompetenz, wer für die Beamten zuständig war, wurde nicht fest geregelt und daher wurde die Beamtenregelung von 1920 übernommen. Das heißt, dass der Bereich der Hochschulen und der Mittelschulen vom Bund übernommen wurde und der Bereich der Pflichtschulen Angelegenheit der Bundesländer war, welche in ihrer ursprünglichen Form wieder aufgebaut wurden.
- Das Reichsvolksschulgesetz und die Schulgesetze aus den Jahren 1927 wurden per Gesetz wieder aufgenommen.
- Die Schulbehörde wurde wieder in Landes-, Bezirks- und Ortsschulräte aufgeteilt. Da man sich über die Besetzung der Posten nicht im Klaren war, hatte die Entscheidungsvollmacht meist der Leiter der Behörde.
- Konfessionsunterricht und konfessionelle Schulen wurden wieder zugelassen.
- Der Zugang zu den Schulen wurde wieder für alle erlaubt.³²⁶

Nachdem 1947 der letzte kommunistische Minister aus der Regierung ausschied, lag die Bildungspolitik wieder in den Händen der ÖVP und der SPÖ. Die

³²³ Vgl. *Scheipl*, Schulwesen in der Zweiten Republik, 9f.

³²⁴ Vgl. *Sieder*, Österreich 1945- 1995, 11.

³²⁵ Vgl. *Scheipl*, Schulwesen in der Zweiten Republik, 10f.

³²⁶ Vgl. *Ebda*, 12.

Stimmanteile der beiden Parteien waren nahezu ausgeglichen. In den ersten Jahren versuchte man wirtschaftliche Grundlagen für die Zukunft zu legen, dabei wurden viele Unternehmen verstaatlicht, um die ehemals deutsche Industrie vor den Besatzungsmächten zu schützen. Auch orientierte man sich auf Grund der Folgen des Krieges zuerst auf die Versorgung der Bevölkerung und den Wiederaufbau.³²⁷

Der Personal- und Sachaufwand wurde für das ganze Schulwesen daher möglichst gering gehalten, daher mangelte es an allen wichtigen Dingen. Es wurde somit nur das Notwendigste getan, um den Unterricht aufrechterhalten zu können. Die wirtschaftliche Lage war alles in allem gesehen schlechter als nach dem Ersten Weltkrieg, allerdings hatte man etwas der Ersten Republik voraus, nämlich den Glauben an das Bestehen und den Erfolg Österreichs. So schaffte Österreich dank des Marshallplans und diverser Abkommen rasch einen wirtschaftlichen Wiederaufbau.³²⁸

Politisch gesehen gab es zwei gegensätzliche Standpunkte zur Thematik Bildung. Zum einen gab es die Parteilinie der SPÖ, die die Meinung des Gewerkschaftsbundes vertrat, zum anderen gab es die katholische Kirche, die durch die ÖVP in der Politik repräsentiert wurde, die noch dazu die Interessen der Wirtschaftstreibenden vertrat. Die ÖVP drängte eher auf den Verbleib bei gesellschaftlichen Strukturen, während die SPÖ diese verändern wollte. Dies stellte sich bildungspolitisch so dar, dass die ÖVP das bestehende System unterstützte, das heißt, dass die Pflichtschule Berufsvorbereitung für die unteren Schichten darstellen sollte und die höhere Schule für die obere Sozialschicht vorbehalten war. Der SPÖ hingegen war die Löschung der Trennung von Pflicht- und Mittelschule wichtig, da diese als Bildungsbarriere angesehen wurde.³²⁹

Bald begannen Gespräche zwischen den beiden Parteien, um die Schule zu reformieren, allerdings stieß man dabei auf zwei Probleme. Das erste Problem

³²⁷ Vgl. *Scheipl*, Schulwesen in der Zweiten Republik, 20.

³²⁸ Vgl. *Engelbrecht*, Geschichte Bildungswesen, 359.

³²⁹ Vgl. *Scheipl*, Schulwesen in der Zweiten Republik, 22f.

war die verfassungsrechtliche Grundlage. Da keine der Parteien von ihrem Standpunkt abrücken wollte, wurden nur zwei Bundesverfassungsgesetze beschlossen. Eines davon war das Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetz.³³⁰

„Im Großen und Ganzen wurde dabei die gesamte materielle Gesetzgebung dem Bund, die Vollziehung hinsichtlich des Dienstrechtes der Lehrer an öffentlichen Pflichtschulen (Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie Berufsschulen den Ländern zugesprochen. Die Vollziehung hinsichtlich des Dienstrechtes der Lehrer an den sonstigen öffentlichen Schulen wurde dem Bund übertragen.“³³¹

Das zweite Problem war ein Problem mit dem Konkordat. Da die SPÖ und die katholische Kirche auf Grund der Ereignisse in der Zwischenkriegszeit in einem angespannten Verhältnis agierten, versuchte die SPÖ gegen das Konkordat, welches nach ihrer Ausschaltung 1933 geschlossen wurde, vorzugehen. Dies ging so weit, dass die SPÖ dieses Konkordat und seine bildungsrechtlichen Bestimmungen bis zum Staatsvertrag 1955 bekämpfte und ablehnte. Besonders lehnte man die Förderung und Entwicklung des konfessionellen Schulwesens ab. Die FPÖ stimmte mit der SPÖ weitestgehend überein. Beide waren der Ansicht, dass Lehrer und Lehrerinnen eine Ausbildung an einer Hochschule erhalten sollten.³³²

Die konträren Standpunkte der SPÖ und ÖVP erkennt man am besten im Jahr 1948, als sie beide Anträge einbrachten, aber beide abgelehnt wurden. Übereinstimmung gab es nur bei der Verlängerung der Schulpflicht von acht auf neun Jahre, der Ausdehnung der Berufsschulpflicht für Jugendliche, die keine über die Pflichtschule hinausgehende Schulbildung erhalten und über eine Verlängerung der Dauer für die Ausbildung von Volksschullehrern und Volksschullehrerinnen. Beeinflusst waren die Vorstellungen noch von den Ideen der Ersten Republik. Die SPÖ formulierte ihre Standpunkte nach den Forderungen, die

³³⁰ Vgl. *Scheipl*, Schulwesen in der Zweiten Republik, 24.

³³¹ Zitiert nach Ebda, 24.

³³² Vgl. Ebda, 26.

bereits damals gefordert wurden, während die ÖVP auf den Richtlinien von 1927 beharrte.³³³

Die SPÖ forderte in dieser Zeit die verfassungsrechtliche Aufklärung, ob Bund oder Land über die Gesetzgebung im Schulwesen entscheiden durften. Auch war ihnen das staatliche geförderte konfessionelle Privatschulwesen ein Dorn im Auge, da es einen Gegenpol zu dem von ihnen präferierten öffentlich-interkonfessionellen Schulwesen darstellte. Ebenso durften Privatschulen ihrer Ansicht nach keine staatlichen Zeugnisse ausstellen. Das neunte Schuljahr sollte gegen Ende der Schullaufbahn angehängt werden, also nach dem Abschluss der Hauptschule zum Beispiel. Ein wichtiges Anliegen war auch, dass die Mittelstufe nicht mehr differenzierte, sondern eine gemeinsame Mittelstufe für alle Schüler und Schülerinnen geschaffen werden sollte. Dabei sollte auch die Lehrerbildung gefördert werden und diese nicht mehr an Lehrerbildungsanstalten stattfinden, sondern nach der Matura an Hochschulen.³³⁴

Die ÖVP hingegen, die ihren Entwurf über den Minister präsentieren ließ, strebte keine Aufklärung der verfassungsrechtlichen Grundlagen an. Der ministerielle Entwurf befürwortete das Privatschulwesen und war dafür, dass diese auch staatliche Zeugnisse ausstellen durften. Das neunte Schuljahr sollte hierbei nicht nach der Schullaufbahn angehängt, sondern ein fünftes Volksschuljahr eingeführt werden, damit die Schüler und Schülerinnen noch nicht im Alter von zehn Jahren ein neues Schulsystem wählen mussten. Die Mittelstufe war hier klar getrennt in die 4-jährige Volksschuloberstufe, vorwiegend im ländlichen Bereich, die 4-jährige Hauptschule und in eine 4-jährige Unterstufe der Mittelschule. Da kein gemeinsamer Lehrplan vorhanden war, sollten diese Schulen klar differenzieren. Bei der Lehrerbildung sollten die Lehrerbildungsanstalten ausgebaut werden.³³⁵

Erst mit den Wahlen von 1953 und der Regierungsneubildung unter Julius Raab konnten die Zuständigkeiten von Bund und Land geklärt werden. Mit dem

³³³ Vgl. *Scheipl*, Schulwesen in der Zweiten Republik, 27.

³³⁴ Vgl. Ebda, 28f.

³³⁵ Vgl. Ebda, 28f.

Staatsvertrag 1955 und durch die Freude über die wiedergewonnene Freiheit entwickelte sich ein konstruktiveres Gesprächsklima.³³⁶

7.2) Schulorganisation

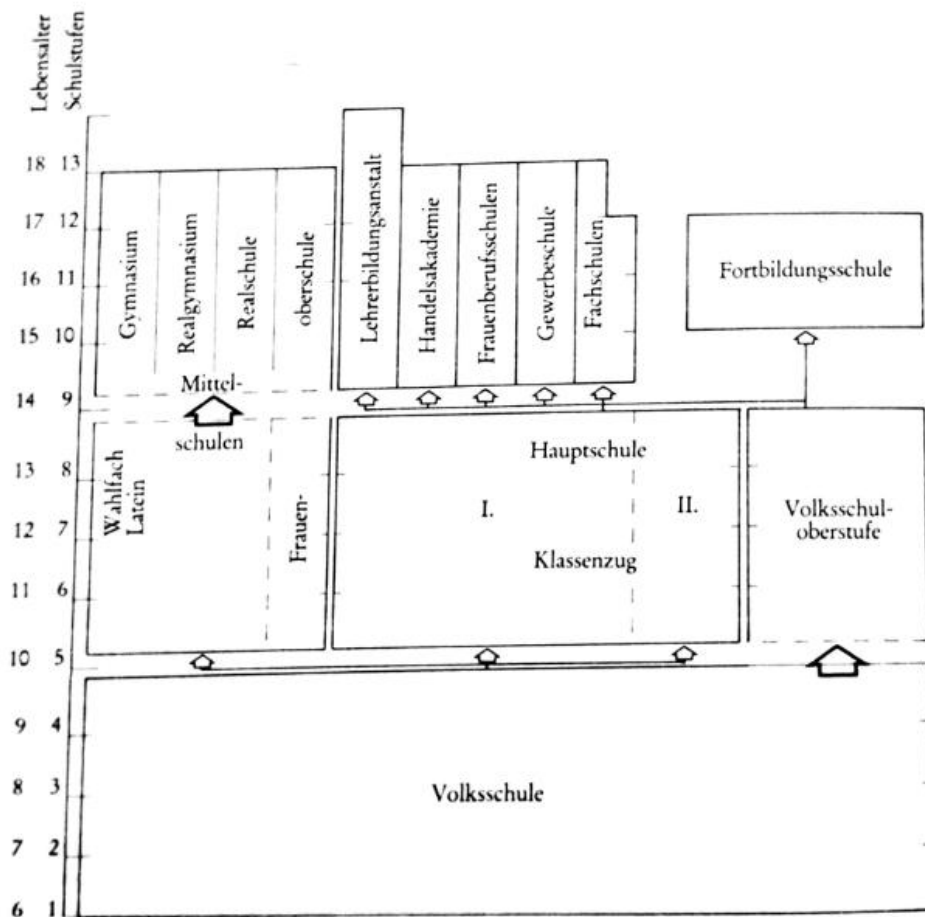


Abbildung 3: Schulorganisation in Österreich ab dem Schuljahr 1945/1946³³⁷

Die Volksschule wurde in allen Bundesländern mit zwei verschiedenen Formen eingerichtet. Zum einen gab es die achtjährige Volksschule und vor allem im städtischen Bereich nur die ein- bis vierjährige Volksschule. Die Volksschuloberstufe unterschied sich aber von der Hauptschule. Die Hauptschule wurde wieder mit zwei Klassenzügen geführt, wobei der erste Klassenzug für leis-

³³⁶ Vgl. Scheipl, Schulwesen in der Zweiten Republik, 30f.

³³⁷ Ebda, 14.

tungsfähigere Schüler und Schülerinnen vorgesehen war. Wenn eine Hauptschule in einem Ort vorhanden war, ersetzte der zweite Klassenzug die Volksschuloberstufe. Die Stundentafel der Hauptschule wies für Mädchen und Knaben dasselbe Stundenausmaß aus.³³⁸

7.3) Status Quo im österreichischen Bildungswesen

Der aktuelle Standard des Bildungswesens ist vor allem auf das Jahr 1962 zurückzuführen, in dem das österreichische Schulsystem grundlegend reformiert wurde.

„Es besteht aus einer Novelle zur Bundesverfassung vom 18.7.1962 sowie aus dem am 25.7.1962 beschlossenen Bundes- Schulaufsichtsgesetz, dem Schulorganisationsgesetz, dem Schulpflichtgesetz, dem Privatschulgesetz und einer Novellierung des Religionsunterrichtsgesetzes aus dem Jahre 1949. Dieses Gesetzeswerk hatte auch Auswirkungen auf das Burgenland, da im Jahre 1960 nur 98 Schüler an den drei höheren Schulen die Matura ablegten.“³³⁹

Eine Studie der OECD fand für diese Zeit heraus, dass 20 Prozent der Schüler und Schülerinnen im Burgenland in eine Schulform gingen, die nicht ihrer Begabung entsprach. Die meisten Schüler befanden sich im Polytechnischen Lehrgang, da es kaum Alternativen dazu gab. So passierte es, dass es in dieser Zeit vermehrt Neugründungen von Gymnasien im Burgenland gab. Ein weiterer wichtiger Schritt durch das neue Gesetz war die Gründung einer eigenen burgenländischen Pädagogischen Akademie. Nicht nur neue Gymnasien wurden gegründet, auch im Pflichtschulbereich wurde kräftig investiert und die Schülerzahlen im ganzen Burgenland damit beinahe verdoppelt.³⁴⁰

Heutzutage zielt das Bildungswesen vor allem auf eine Internationalisierung und Technisierung der Gesellschaft ab. Dies geschieht nicht nur im Bereich der

³³⁸ Vgl. *Scheipl*, Schulwesen in der Zweiten Republik,, 14f.

³³⁹ Vgl. Johann *Pehofer*, Geschichte des burgenländischen Schulwesens, 6.

³⁴⁰ Vgl. Ebda, 6.

Schulorganisation mit neuen Fächern, sondern auch mit Änderungen in der Lehrerbildung. Hier wird die Ausbildung den neuen Gegebenheiten angepasst. Aber nicht nur die technischen Hilfsmittel sollen verwendet werden, sondern auch die Art des Unterrichts soll dieser Modernität angepasst werden.³⁴¹

8) Fallstudie im Landkreis Oberpullendorf

8.1) Geschichte des Ortes Stoob und der ansässigen Schulen

Die Ortschaft Stoob gibt es bereits seit dem 11. Jahrhundert. Ein wichtiger Faktor dafür war eine Handelsroute, die entlang des Tals des Stooberbachs verlief. Stoob selbst war eine Siedlung, die von slawischen und magyrischen Dörfern umgeben war. Somit siedelte sich im Gebiet des heutigen Stoobs keine Minderheit an.³⁴² Stoob war vor allem für die Hafnerei bekannt. So baute man im Jahr 1895 eine Esterhazysche Tonwarenfabrik und seit 1893 gab es eine Tongewerbefachschule, die in ihrer Einzigartigkeit noch bis heute besteht.³⁴³

Als erste Schule entstand in Stoob eine katholische Schule, die 1643 das erste Mal erwähnt wurde. Der Lehrer dieser Schule war meist zusätzlich zum Lehrberuf Organist, Mesner und Notar der Gemeinde. Mit dem „Anschluss“ Österreichs wurde diese geschlossen und die unterrichtenden Lehrer wurden abgesetzt. 1945 wurde der Lehrer Stefan Ruisz rehabilitiert und 1946 Leiter der staatlichen Schule.³⁴⁴

1889 wurde erstmals ein Kindergarten verwirklicht. Allerdings gibt es keine Aufzeichnungen, ob dieser länger bestand hatte. Der Kindergarten wurde 1938 reaktiviert. Dafür wurde die Volksschule umgebaut und erweitert. Der Kinder-

³⁴¹ Vgl. *Pehofer*, Geschichte des Schulwesens im Burgenland, 7.

³⁴² Vgl. Geschichte Stoobs. In: <http://www.stoob.at/Geschichte/Siedlungsgeschichte> (20.3.2016)

³⁴³ Vgl. Ebda

³⁴⁴ Vgl. Marktgemeinde Stoob (Hg.), Festschrift anlässlich des 750- Jahr- Jubiläums und der Erhebung zur Marktgemeinde. 19. Bis 27. Mai 1979 (Eisenstadt 1979), 115.

garten wurde 1945 auf Grund des Kriegsverlaufs geschlossen und wurde erst im Jahr 1959 wieder eröffnet.³⁴⁵

Bis zum „Anschluss“ Österreichs gab es in Stoob zwei konfessionelle Volksschulen. Die evangelische hatte danach weiterhin Bestand und die Schüler und Schülerinnen der katholischen Volksschule wurden dorthin geschickt. Schulleiter wurde Hans Lang, dem nach seiner Einberufung Ladislaus Böhm folgte. Als dieser ebenfalls einberufen wurde, holte man Gabriel Kiss aus der Pension zurück. Nach Kriegsende übernahm Stefan Ruiß die Leitung der beiden Schulen. Ab 1946 wurde die Volksschule wieder in beiden Gebäuden geführt und Stefan Zvonarich übernahm die Leitung. Nach dessen Bestellung zum Bezirksschulinspektor leitete Georg Hotwagner die Volksschule und das erste Mal seit 1945 nur die Volksschule. 1953 übersiedelte die gesamte Volksschule (katholisch und evangelisch) in die Hauptschule.³⁴⁶

Im Oktober 1923 begann man mit der Planung der Hauptschule. Diese wurde in die Tat umgesetzt als sich die Gemeinde dazu bereit erklärte, alle Kosten zu tragen. Mit 4. September 1924 erhielt man die Erlaubnis zur Eröffnung einer Bürgerschule. Dies war Teil des Zieles der burgenländischen Landesregierung, in jedem Bezirk eine Bürgerschule zu installieren. Am 21. Jänner 1925 fand die Eröffnungskonferenz der Bürgerschule Stoob statt. Mit 27. Jänner begann dann der Unterricht für 36 Kinder. Am 8. Juli 1925 wurde das Gebäude bereits aufgestockt. Im Jahr 1928 wurde die Bürgerschule eine Hauptschule, an der Buben und Mädchen zugelassen waren. Mit Beginn des Schuljahres 1930/31 wurde die erste Klasse mit zwei Klassenzügen eröffnet. Die Schülerzahl stieg dabei auf 230 Schüler und Schülerinnen an. In den Jahren 1931- 1934 wurde das Schulgebäude modernisiert und ein Turnsaal sowie Fließwasser installiert.³⁴⁷ Im Jahr 1938 kam es zu zahlreichen Veränderungen. Die Schülerzahl stieg aber weiter auf 320 Schüler und Schülerinnen. Da das Haus alleine die steigenden Schülerzahlen nicht fassen konnte, wurden in Lutzmannsburg, Locken-

³⁴⁵ Vgl. Stoob, 750 Jahre Stoob, 155.

³⁴⁶ Vgl. Ebda, 158f.

³⁴⁷ Vgl. Ebda 162f.

haus und Lackenbach neue Hauptschulen gegründet. 1940 baut man auch noch einen Turn- und Spielplatz.³⁴⁸

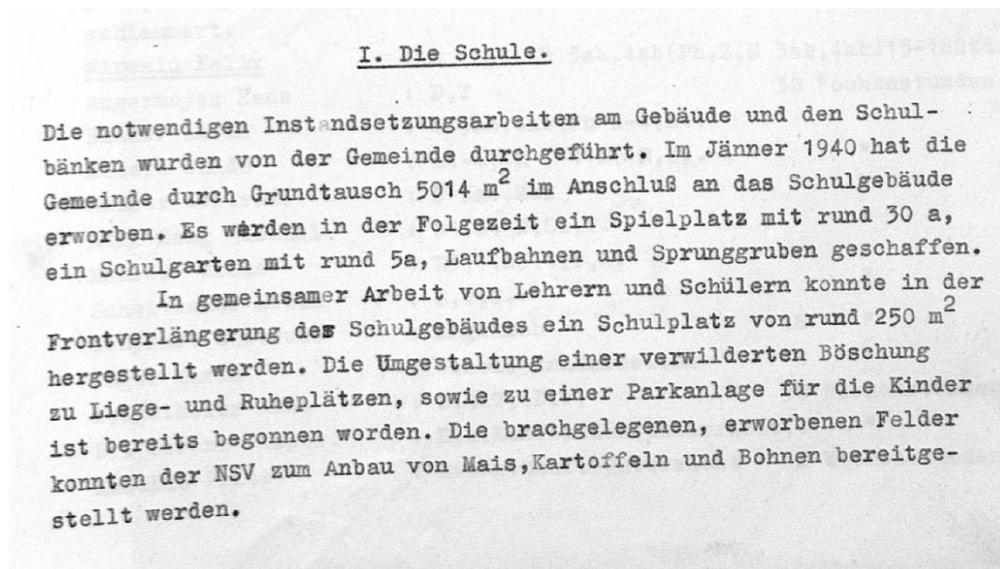


Abbildung 4: Ausschnitt aus dem Schulbericht von Felix Mirwald aus dem Jahr 1939/49³⁴⁹

Kl.	Schülerstand	Fassungsraum	Neumeldungen	Anmerkungen
1a	36	36	85	66 Neuaufnahmen
1b	30	30		
2a	36	36	42	4 "
2b	42	42		
3a	42	42	25	2 "
3b	52	52		
4	62	62	5	0 "
7Kl.	300 Kinder,	300 Sitze	157 Meldg.,	72 Neuaufnahmen möglich.

Die Zahlen sind nach dem jetzigen Stande verbessert. Die 4. Klasse mit ~~65 Schülern~~ voraussichtlich 44 Knaben und 18 Mädchen soll unbedingt geteilt werden. Schon in diesem vergangenen Schuljahre war die 4. Klasse mit 65 Schulkindern besetzt. Ein solcher Zustand ist unhaltbar. Das Ansuchen um Eröffnung einer prov. Parallelklasse wird wiederholt.

Leiter der Hauptschule: *Mirwald*

Abbildung 5: Anzahl der Schüler und Schülerinnen im Jahr 1939/40³⁵⁰

³⁴⁸ Vgl. Stooß, 750 Jahre Stooß 161.

³⁴⁹ NoeLa, Abt. XXXV Zahl 1231 Jahr 1940

³⁵⁰ NoeLa, Abt. XXXV Zahl 207 Jahr 1939

Im Schulbericht des Schuljahres 1939/40 erstellte Felix Mirwald eine Übersicht über die unterrichtenden Lehrer und Lehrerinnen in Stoob. Die Lehrerschaft in der Hauptschule Stoob wechselte häufig auf Grund von Einrückungen und Beurlaubungen. Auch beschrieb er, dass die Schule an den Heilkräutersammlungen teilnahm und bei der Ernte half.

Der Unterrichtsbetrieb wurde am 27. März 1945 auf Grund des Kriegsverlaufs eingestellt und am 22. Oktober 1945 wieder aufgenommen. Mit der Eröffnung der Hauptschule in Oberpullendorf im Jahr 1950 verringerte sich die Klassenzahl von 7 auf 4. Von 1951 bis 1953 wurde die Schule dann nochmals vergrößert und umgebaut.³⁵¹

Die Schüler und Schülerinnen kamen oft nur mit großen körperlichen Anstrengungen aus dem ganzen Bezirk in die Schule, da es kaum Verkehrsverbindungen gab. Man kann auch deutlich erkennen, wie wichtig die Schule für die damalige Region war, da sich heute auf ihrem ehemaligen Einzugsgebiet sechs Hauptschulen und ein Bundesgymnasium befinden.³⁵² Das Einzugsgebiet der Hauptschule veränderte sich dann zu den Orten Dörfl, Draßmarkt, Großwarasdorf, Kaisersdorf, Kleinwarasdorf, Landsee, Lindgraben, Nebersdorf, Neudorf, Neutal, Oberloisdorf, Oberpullendorf, Steinberg, Markt Sankt Martin und Unterpullendorf.³⁵³

Das Personal setzte sich in der zu betrachtenden Zeit aus zehn verschiedenen Direktoren zusammen. Der erste von ihnen war Dr. Wolfgang Dürrheim, der die Schulleitung bis 1929 innehatte. In der Zeit des Ständestaats und ab 1929 war Johann Bruckner Direktor der Schule und wurde von Felix Mirwald 1938 abgelöst. In der Nachkriegszeit war vor allem Stefan Zvonarich interessant, da dieser später zum Bezirksschulinspektor ernannt wurde. Dazu kam eine große Anzahl

³⁵¹ Vgl. Stoob, 750 Stoob, 161f.

³⁵² Vgl. Hauptschule Stoob (Hg.), Hauptschule Stoob 1925- 1975 (Mattersburg 1975), 11f.

³⁵³ Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe 1943.

an Lehrer und Lehrerinnen, die sich oft mit den verschiedenen Einschnitten in der österreichischen Politik veränderten.³⁵⁴

8.2) Geschichte des Ortes Lutzmannsburg und der dort ansässigen Schulen

Die Besiedlung des Gebietes von Lutzmannsburg kann man bis in die Steinzeit zurück nachweisen. Später gab es sogar eine römische Siedlung im Weingebirge rund um Lutzmannsburg. Durch eine Erwähnung als Markt im Jahr 1156 gilt dieser Ort als die älteste Marktgemeinde des Burgenlandes. 1218 erwähnte man das erste Mal den Weinbau urkundlich. Mit der Reformation erhielten die evangelischen Einzug in das Ortsgebiet von Lutzmannsburg. Im Zweiten Weltkrieg war Lutzmannsburg besonders für den Bau des Süd-Ostwalls zuständig und war die erste Gemeinde, in die die Rote Armee eindrang. 1948 wurde im Gebiet dieses Ortes ein Teil des Eisernen Vorhangs errichtet.³⁵⁵

Lutzmannsburg hatte wie auch bereits Stoob zwei konfessionelle Schulen. Zum einen gab es die evangelische Volksschule, welche 1878 gegründet wurde und im Ortsgebiet von Lutzmannsburg war, zum anderen gab es die römisch-katholische Schule im Ortsgebiet von Strebersdorf, das allerdings ein Ortsteil von Lutzmannsburg ist.³⁵⁶

Im Schuljahr 1930/31 gingen in die evangelische Schule mehr als 80 Kinder, was dazu führte, dass eine zweite Lehrstelle eingeführt wurde. Mit 26. Juli 1931 besetzte Josef Ritter aus Wolfau diese Stelle.³⁵⁷ Mit 22. November 1938 kam ein dritter Lehrer an die Schule, nämlich Franz Hoditsch. So gliederte sich das Personal an der Schule wie folgt auf. Direktor war Johann Huber und Ritter und Hoditsch fungierten als Klassenlehrer.³⁵⁸ Mit 1. September 1939 wurde Ritter an

³⁵⁴ Vgl. Hauptschule Stoob, Hauptschule Stoob 1925- 1975, 17 f.

³⁵⁵ Vgl. Geschichte Lutzmannsburgs. In: http://www.lutzmannsburg.info/Gemeinde_Buergerservice/Gemeindebeschreibung/Geschichte (20.3.2016)

³⁵⁶ Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe Schule 1929 - 35.

³⁵⁷ Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe Schule 1929 - 35.

³⁵⁸ Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe Schule 1941.

die Hauptschule versetzt.³⁵⁹ Er selbst beschrieb dies als Weg, um ihn und Schulleiter Huber zu trennen, da sich ihr Verhältnis verschlechtert hatte.³⁶⁰ Als Huber 1940 zur Wehrmacht musste, wurde Hoditsch ebenfalls zum zusätzlichen Dienst in die HS versetzt, während Ritter zum Leiter von Volksschule und Hauptschule aufstieg. Als dann auch noch Ritter einrücken musste, übernahm Hoditsch vorübergehend die Führung der beiden Schulen. Ritter wurde im Schuljahr 1948/1949 wieder eingestellt. Davor war er in der Nachkriegszeit gesperrt, da er Mitglieder der NSDAP und der SA war.³⁶¹

Mit dem „Anschluss“ Österreichs änderte sich auch der Schulalltag für die Kinder. So begann das Schuljahr 1938/39 mit einer feierlichen Flaggenhissung. Das übliche Morgengebet wurde durch den Hitlergruß ersetzt. Auch wurde veranlasst, dass in jeder Klasse ein Wochenspruch zu hängen hatte, welcher den Geist des Nationalsozialismus widerspiegeln sollte. Dieser musste anschließend vom Lehrer für die Schüler und Schülerinnen erklärt werden. Ebenso wurde beschlossen, dass Lehrer ein Jahr Aufschub für ihre Einrückung erhalten sollten.³⁶²

Schuljahr	Schülerzahl Volksschule
1931/32	85
1932/33	83
1935/36	84
1937/38	76
1943/44	101
1944/45	117
1950/51	93

Abbildung 6: Überblick über die Schülerzahlen in den verschiedenen politischen Epochen in Lutzmansburg³⁶³

³⁵⁹ Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe Schulchronik.

³⁶⁰ Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe 1939.

³⁶¹ Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe Schulchronik.

³⁶² Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe 1936 - 1938.

³⁶³ BLA, Nachlass Ritter, Mappe Schulchronik.

Man kann anhand der Schülerzahlen einiges erkennen. So kann der Anstieg um beinahe 30 Schüler und Schülerinnen in den Kriegsjahren eindeutig auf die KLV zurückgeführt werden. Interessant ist auch, dass es von Anfang an eine relativ hohe Schüleranzahl in der Volksschule gab und beinahe 40 Kinder in dem jeweiligen Klassenzug saßen.

Bei den Schülerzahlen in der Hauptschule kann man den Trend der KLV noch besser sehen. Während im Schuljahr 1939/40 lediglich 53 Schüler und Schülerinnen die Hauptschule besuchten, wurde dies 1940/41 von 34 Kindern noch unterboten. Ab dem Schuljahr 1942/43 hatte man bereits 80 Schüler und Schülerinnen und im Schuljahr 44/45, also zu Kriegsende, waren 103 Jugendliche in der Hauptschule gemeldet.³⁶⁴ Im Schuljahr 1944/45 befanden sich 19 Kinder aus Wien, zehn Kinder aus Essen, sechs Kinder aus dem restlichen Reichsgau Niederdonau und zwei Kinder aus dem übrigen Altreich in den Schulen in Lutzmannsburg.

Die Hauptschule Lutzmannsburg wurde am 18. September 1939 unter der Leitung von Josef Ritter eröffnet. Dabei lagen im Schulsprengel von Lutzmannsburg die Orte Frankenau, Großmutschen, Kleinmutschen, Klostermarienberg, Kroatisch Geresdorf, Mannersdorf an der Rabnitz, Strebersdorf und Unterloisdorf.³⁶⁵

Auch der Krieg machte der Schule in Lutzmannsburg zu schaffen. So musste man sie im Winter 1942 für zwei Monate schließen, da man kein Heizmaterial hatte.³⁶⁶ Mit Fortdauer des Krieges konnte der Unterricht nur schwer aufrecht erhalten bleiben. Das Problem war vor allem, dass in den Schulgebäuden Gastarbeiter einquartiert waren.³⁶⁷

Gegen Ende des Krieges ging es in Lutzmannsburg sehr turbulent zu. Zum einen wurde der Schulleiter Hoditsch seines Amts enthoben, weil er illegal den Funk der Alliierten hörte. Mit 26. August 1946, also bereits nach dem Ende des

³⁶⁴ Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe Schule 1939.

³⁶⁵ Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe Schule 1943.

³⁶⁶ Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe Schule 1942.

³⁶⁷ Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe Schule 1944.

Krieges, wurde die Hauptschule wieder aufgelöst. Im November dieses Jahres wurde Hoditsch wieder als Lehrer eingesetzt.³⁶⁸ Ein Grund für die Nichtwiedereröffnung der Hauptschule Lutzmannsburg war vermutlich die Eröffnung der Hauptschule in Oberpullendorf.³⁶⁹

8.2.1) Aus den Erfahrungen eines Schülers - Bericht eines Schüler der Volks- und Hauptschule in Lutzmannsburg

Willi Plöchl war ein in Lutzmannsburg geborener Mann, der die Volks- und Hauptschule in Lutzmannsburg besuchte. Er schrieb seine Erinnerungen an die Schulzeit, diese wurden im Privataarchiv von Heinz Ritter aufbewahrt.

Plöchl beschrieb seine Volksschulzeit ganz genau. Am ersten Schultag im Schuljahr 1938/39 kam er in die erste Klasse Volksschule. Seine Schultasche enthielt die für die damalige Zeit üblichen Materialien, wie zum Beispiel Schiefertafel, Lesebuch und Griffel. Seine Klasse beschrieb er so, dass sie mit Bänken ausgestattet war, die in drei bis vier Reihen in der Klasse standen. Der Katheder des Lehrers stand auf einem erhöhten Podium. Ebenso gab es eine Tafel in seiner Klasse, aber kein elektrisches Licht. Auch um die sanitären Einrichtungen stand es schlecht, da es kein fließendes Wasser gab und nur ein Plumpsklo im Hof. Zuerst lernten sie Lesen und Schreiben und anschließend die Buchstaben in Kurrent. Unterrichtet wurde er von Lehrer Josef Ritter, welchen er als sympathischen Mann beschrieb, unterrichtet, während der andere Klassenzug von Franz Hoditsch unterrichtet wurde.³⁷⁰

Deutlich zu sehen ist, dass die Volksschule in Lutzmannsburg in der Zwischenkriegszeit nicht sonderlich ausgestattet war. Dies belegt das vorher Dargestellte, das in der Ersten Republik und im Ständestaat auf Grund der wirtschaftlichen Lage nicht viel in die Infrastruktur der Schule investiert werden konnte. Josef Ritter übernahm seinen Klassenzug, wo ca. 45 Kinder unterrichtet wurden. Dies zeigt auch die damals übliche Aufteilung in zwei Klassenzügen. Ein Klas-

³⁶⁸ Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe Schule in Lutzmannsburg 1945 - 1948 I.

³⁶⁹ Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe 48 - 53.

³⁷⁰ Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe Schule 1941.

senzug übernahm die erste und zweite Schulstufe, der andere die dritte und vierte Schulstufe.

Die Zeit unter den Nationalsozialisten beschrieb er so, dass Lutzmannsburg für ihn eine Hochburg der Nationalsozialisten war. Dies begründete er damit, dass es rund um Lutzmannsburg nur kroatische Dörfer gab und sein Heimatort mit den vielen evangelischen Bewohnern der ideale Ort für die NSDAP war. Vor allem durch die kroatische Umgebung wurden auch das Deutschtum und das Volkstum sehr stark propangiert. Das Hauptschulgebäude war das der ehemaligen katholischen Volksschule. Die Klasse bestand beinahe aus derselben Einrichtung wie die der Volksschule, nur dass ein Führerbild und ein Wochenspruch angebracht waren. Der Unterschied zwischen Hauptschule und Volksschule bestand laut Plöchl darin, dass jede Klasse einzeln unterrichtet wurde. Des Weiteren war es so, dass verschiedene Lehrer und Lehrerinnen auch verschiedene Fächer unterrichteten. Auch wurde die Fremdsprache Englisch als Pflichtfach eingeführt. Auch führte Plöchl an, dass viele Lehrer in den Kriegsdienst einrücken mussten. Er beschrieb daher seinen Lehrer und späteren Direktor Franz Hoditsch. Hierbei schlussfolgerte Plöchl, dass dieser nicht einrücken musste, da er kein bekennender Nazi war, sondern für ihn vielmehr das Gegenteil.³⁷¹

Die Umsetzung der Schule erfolgte also wie geplant. Die Schüler und Schülerinnen wurden in die Schulstufen aufgegliedert und auch in jedem Fach von einem eigenen Lehrkraft unterrichtet. Chaos verursachte wie bereits zuvor erwähnt das Einrücken der Lehrer in den Militärdienst. Dadurch ist klar zu erkennen, dass Franz Hotditsch ein Sonderfall darstellte. Wenn Plöchl anführte, dass dieser kein Nazi war, kann dies nur darauf hindeuten, dass er dadurch nicht zum Militärdienst musste.

Mit Fortdauer des Krieges wurde für ihn der Druck größer. Auch fand er, dass der Unterricht sich noch mehr auf die nationalsozialistische Ideologie bezog und die Alliierten als Feindbild dargestellt wurden. Ab Sommer 1944 wurde der Un-

³⁷¹ Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe Schule 1943.

terricht immer spärlicher, weil die Schulen Gastarbeitern als Unterschlupf dienten.³⁷² Die Schule begann wieder im Oktober 1945 und Plöchl war der Meinung, dass der Unterricht gleich war wie davor, außer dass die politische Ideologie fehlte.³⁷³

³⁷² Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe Schule 1944.

³⁷³ Vgl. BLA, Nachlass Ritter, Mappe Schule 45/46.

9) Resümee

Um auf die anfänglich formulierte Forschungsfragen zurückzukommen, lässt sich sagen, dass auf jeden Fall Unterschiede festzumachen sind. Unterschiedlich war die Ausrichtung des Unterrichts, die Stellung der Schule in der staatlichen Erziehung. Auch für die Kinder und Jugendlichen sowie den Lehrkörper gab es Veränderungen. Die genauen Details werden nun abschließend zusammengefasst. Verglichen mit der Schule danach, versuchte man die Zeit des Nationalsozialismus wieder vergessen zu machen und führte schnell einen Lehrplan ein, der das Demokratieverständnis der Schüler und Schülerinnen förderte. Man kann sagen, dass sich das Schulwesen in Österreich in der Zeit von der Ersten Republik bis zum Beginn der Zweiten Republik sehr gewandelt hat. Versuchte man zu Beginn der Ersten Republik im Unterricht noch die Demokratie zu fördern, verschwand dies mit dem Ständestaat recht bald. Die Änderungen im Schulwesen vor allem in der politischen Bildung waren schon ein Wegbereiter für die nationalsozialistische Ideologie. Auffallend ist, dass mit jedem politischen Wechsel auch ein anderer Blickwinkel auf die Bildungspolitik entstand. Während in der Ersten Republik und in der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs Bildung vor allem hinten angereicht wurde, da zuerst der wirtschaftliche Wiederaufbau notwendig war, so nutzten die Vaterländische Front und die NSDAP die Schule ganz klar als Instrument, um ihre Weltanschauung zu festigen und zu verbreiten.

Eine sehr schwierige Zeit war es auch für viele Lehrer und Lehrerinnen. Durch die Systembrüche 1933/34, 1938 und 1945 standen immer bestimmte Gruppen von Lehrkräften außerhalb des politisch erwünschten Rahmens, auch wenn sich viele daran anzupassen versuchten, soweit ihnen das ermöglicht wurde. Die Umstellung auf die neuen politischen Systeme und der damit verbundene Wechsel der zu lehrenden Inhalte waren wohl für viele Lehrkräfte nicht einfach. Zum anderen wurden sie kaum gefördert und mussten meist mit dem Notwendigsten auskommen, um den Unterricht zu gewährleisten. Lediglich ein wichtiger Eckpunkt für Lehrpersonen wurde unter nationalsozialistischer Herrschaft deklariert, nämlich ein neues Dienstrecht, das für alle Lehrer und Lehrerinnen galt, und somit ein stabiles Umfeld schuf.

Am Unterricht des Nationalsozialismus kann man auch deutlich erkennen, dass die Wissensentwicklung der Kinder oft nur zweitrangig war, da sie zu gehorsamen parteitreuen Bürgern der Volksgemeinschaft aufgezogen werden sollten. Dies kann man auch schon teilweise im Ständestaat erkennen, wo verstärkt Treue und Nationalstolz gelehrt wurden. Im Vergleich zum Ständestaat hatten die Nationalsozialisten allerdings genaue Vorstellungen von der Form des Unterrichts und der Pädagogik, die zur Anwendung kommen sollte.

Die Formen des Unterrichts entwickelten sich daher auch mit dem jeweiligen politischen System weiter. Wurden in der Ersten Republik noch offenere Lernformen, wie Gruppenarbeiten usw., gefordert, so ging dies mit den diktatorischen Systemen wieder verloren. Hier stand auch vor allem die strenge Ordnung der Hierarchie im Vordergrund, welche nicht mit den Lehrformen der Reformpädagogik vereinbar war.

Eine Besonderheit hatte das Schulwesen des Nationalsozialismus noch aufzuweisen, nämlich den extrem selektiven Charakter der einzelnen Schulformen. So sollte bereits die Hauptschule, die in den anderen Abschnitten eine Schule für alle war, eine Ausleseschule sein. Verstärkt zu erkennen ist dies vor allem bei NAPOLA und AHS. Man muss hier aber unterscheiden, da beide Schultypen nicht die gleichen Schüler ansprechen sollten. So war die AHS eine Schule, die zur Ausbildung von Parteieliten diente, und NAPOLA sollte auf eine Laufbahn im NS- Staat vorbereiten. So unterstanden NAPOLA auch dem Reichserziehungsministerium und die AHS war eine Konzeption von Ley und Schirach. Diesen extrem selektiven Charakter hatte man auch im Ständestaat, allerdings versuchte man hier durch die verschiedenen Schulformen, das Volk zu differenzieren und verschiedene Gesellschaftsschichten zu bilden.

Einen Gegenspieler wie die Hitlerjugend hatte das Schulwesen ansonsten eigentlich nicht. Die Hauptgegner der Bildungspolitik der Demokratien in der Ersten Republik waren zum einen die verschiedenen Ansichten der beiden Großparteien, Sozialdemokraten und Christlichsoziale, zum anderen auch die Verknüpfung der Kirche mit Schule. Da der Konflikt über das Schulwesen im Ständestaat nicht mehr möglich war, gab es hier kaum Gegenwehr, als die Vater-

ländische Front das Schulwesen in ihrem Sinne veränderte. Lediglich das illegale Wirken der Nationalsozialisten setzte die Vaterländische Front unter Druck. Im Vergleich zu Ständestaat und Erster Republik war die HJ nach 1938 ein eigenes Erziehungsorgan, welches klar im Gegensatz zur Schule stand und von vielen Parteigranden bevorzugt wurde, da sie den militärisch geprägten ideologischen Drill besser als die Schule durchführen konnte.

Das Burgenland selbst weist folgende spezifischen Besonderheiten bei der Durchführung der Neuerungen der Nationalsozialisten auf. Der Umgang mit der kroatischen und ungarischen Minderheit sowie mit der Volksgruppe der Roma zieht sich wie ein roter Faden durch die betrachtete Zeitspanne. Der Umgang mit diesen Gruppen ist aber auch heute noch ein Thema.

Wenn man sich das Gebiet des Burgenlandes und genauer noch das Gebiet des Landkreises Oberpullendorf ansieht, kann man erkennen, dass es hier einige Besonderheiten in Bezug auf Schule und den Umgang mit ethnischen Minderheiten gab. Die auffälligste ist der Umgang mit der magyarischen und kroatischen Minderheit. Durften diese in der Ersten Republik und im Ständestaat noch selbst entscheiden, welche Sprache und welches Brauchtum sie präferieren, verschwand dieses Privileg gänzlich mit dem „Anschluss“ Österreichs. So mussten sie sich im Nationalsozialismus ebenfalls dem Deutschtum und der „glorreichen deutschen Geschichte“ unterordnen.

An den Schulbeispielen Stoob und Lutzmannsburg kann man erkennen, dass die Schulleitung und die Lehrer / Lehrerinnen trotz der vielen Wirren und der häufigen Systemwechsel versuchten, Schulbildung weiter zu fördern. Auch kann man deutlich sehen, dass beide Schulen die Änderungen des Nationalsozialismus nach Möglichkeit umsetzten. Man kann aber erkennen, dass in Stoob und Lutzmannsburg bei der Durchführung und Organisation keine Unterschiede zur allgemeinen Entwicklung bei NS-Schulen bestanden. Eine Auffälligkeit ist, dass die Hauptschule in Lutzmannsburg lediglich während der Zeit der NS-Herrschaft existierte und somit eine Besonderheit darstellte. Die konfessionellen Schulen in beiden Orten wurden geschlossen, aber beide erhielten später eine Hauptschule, da immer mehr Kinder in den ländlichen Raum strömten.

Die Rolle des Josef Ritter ist für eine typische Lehrerlaufbahn in der NS-Zeit kennzeichnend, der als Leiter der Hauptschule als Teil der Wehrmacht in den Krieg zog, um danach zunächst nicht unterrichten zu dürfen, da er Mitglied der NSDAP und der SA war. Allerdings durfte er relativ bald den Unterricht wieder aufnehmen, da auch zu Beginn der Zweiten Republik akuter Lehrermangel herrschte und das Bildungssystem nur mit dem nötigsten ausgestattet wurde. Der Lehrermangel entpuppte sich als Vorteil für Lehrer, die sich als Nationalsozialisten deklariert hatten, da sie dadurch schneller einen Job bekamen und wieder integriert wurden.

Verglichen mit der heutigen Zeit kann man sagen, dass das Weiterbestehen des Dienst- und Besoldungsrechts, wie es die Nationalsozialisten veranlassten, eine wichtige Errungenschaft dieser Zeit war. Es wurde allerdings über die Jahre den Bedürfnissen der jeweiligen Zeit angepasst. Auffallend ist auch, dass einige theoretische Gedanken heutzutage noch heiß diskutiert werden. So wurde der Geschichtsunterricht erst mit der Einführung der kompetenzorientierten Lehrpläne im Jahr 2012 auf das Erlernen der Zusammenhänge umgestellt und nicht auf das Erlernen reiner Fakten.³⁷⁴ Des Weiteren wird heute noch um die Gesamtschule diskutiert, die Otto Glöckel bereits 1920 einführen wollte und an den Einwänden der Christlichsozialen gescheitert ist. Parteipolitisch betrachtet ähneln die Vorstellungen der heutigen Parteien noch immer denen der Parteien in der Zwischenkriegszeit. Die SPÖ fordert die Gesamtschule der 10- bis 14-Jährigen, während von der ÖVP weiterhin der Erhalt des Gymnasiums und damit einer eindeutigen Bildungsgrenze gefordert wird.

Ein weiterer Diskussionspunkt, der von der Zwischenkriegszeit bis heute erhalten geblieben ist, sind die neuen Methoden, die die Reformpädagogik einzuführen versuchte. So sollten zum Beispiel Gruppenarbeiten damals schon den Frontalvortrag des Lehrers ablösen, sie schafften es aber erst in den letzten Jahren des 21. Jahrhunderts, den Frontalunterricht in den Hintergrund zu drängen.

³⁷⁴ Vgl. Lehrplan Neue Mittelschule. In: https://www.bmbf.gv.at/schulen/unterricht/lp/lp_nms.htm (20.3.2016)

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Stundentafel der Hauptschule	89
Abbildung 2: Auflistung der HJ Gruppierungen im Landkreis Oberpullendorf ..	99
Abbildung 3: Schulorganisation in Österreich ab dem Schuljahr 1945/1946...	109
Abbildung 4: Ausschnitt aus dem Schulbericht von Felix Mirwald aus dem Jahr 1939/49	113
Abbildung 5: Anzahl der Schüler und Schülerinnen im Jahr 1939/40	113
Abbildung 6: Überblick über die Schülerzahlen in den verschiedenen politischen Epochen in Lutzmannsburg	116

Literaturverzeichnis

Primärquellen:

Akten aus dem Niederösterreichischen Landesarchiv

Akten aus dem Nachlass Ritter im Burgenländischen Landesarchiv

Schulchronik der Volksschule Lutzmannsburg

Adolf *Hitler*, Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band (München 1938).

Ernst *Krieck*, Grundriß der Erziehungswissenschaft. Fünf Vorträge (Leipzig 1944).

Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Hg.), Bestimmungen über Erziehung und Unterricht in der Hauptschule (Berlin 1942).

Sekundärliteratur:

Oskar *Achs*, Eva *Tesar* (Hg.), Jugend unterm Hakenkreuz. Erziehung und Schule im Faschismus (Wien 1988).

Isabella *Ackerl*, Geistiges Leben im Österreich der Ersten Republik. Auswahl der bei den Symposien in Wien vom 11. bis 13. November 1980 und am 27. und 28. Oktober 1982 gehaltenen Referate. (Wien 1986).

Frank *Bajohr*, Michael *Wildt* (Hg.), Volksgemeinschaft. Neuere Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus (Frankfurt am Main 2009).

Gerhard *Botz*, Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch- administrativen Anschlusses (1938- 1940) (Linz 1972).

Angelika *Brechelmacher*, Bertrand *Perz*, Regina *Wonisch* (Hg.), Post 41. Berichte aus dem Getto Litzmannstadt. Ein Gedenkbuch (Wien 2015).

Herbert *Brettl*, Nationalsozialismus im Burgenland. Opfer. Täter. Gegner (Innsbruck 2013).

Kurt *Cerwenka*, Die Fahne ist mehr als der Tod. Nationalsozialistische Erziehung und Schule in „Oberdonau“ 1938- 1945 (Grünbach 1996).

Hans *Chmelar* (Hg.), Burgenland 1938. Vorträge des Symposions „Die Auflösung des Burgenlandes vor 50 Jahren“ (Eisenstadt 1989).

Herbert *Dachs*, Schule und Politik. Die politische Erziehung an den österreichischen Schule 1918 bis 1938 (Wien 1982).

Reinhard *Dithmar*, Wolfgang *Schmitz* (Hg.), Schule und Unterricht im Dritten Reich (Ludwigsfelde 2001).

Lucile *Dreidemy*, Der Dollfuß-Mythos. Eine Biographie des Posthumen (Wien 2014).

DöW (Hg.), „Anschluss“ 1938. Eine Dokumentation (Wien 1988).

Helmut *Engelbrecht*, Lagerschulen. Schule unter Einfluss von Krieg und Vertreibung. Bildungsnotstand durch Kriegereignisse, Kriegsfordernisse und Kriegsfolgen in Österreich (Wien 2004).

Helmut *Engelbrecht*, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs (Band 5, Wien 1988).

Cornelia *Essner*, Die „Nürnberger Gesetze“ oder Die Verwaltung des Rassenwahns 1933- 1945 (Paderborn 2002).

Barbara *Feller*, Wolfgang *Feller*, die Adolf-Hitler-Schulen. Pädagogische Provinz versus Ideologische Zuchtanstalt (München 2001).

Ulrike *Filka*, Die Situation der Lehrer im Nationalsozialismus. Ein „beachtenswertes“ Kapitel pädagogischer Geschichte. (nicht veröffentlichte Diplomarbeit, Wien 1990).

Kurt- Ingo *Flessau*, Schule der Diktatur. Lehrpläne und Schulbücher des Nationalsozialismus (München 1977).

Florian *Freund*, Gerhard *Baumgartner*, Harald *Greifeneder* (Hg.) u.a., Vermögenszug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti (Wien 2004).

Johanna *Gehmacher*, Jugend ohne Zukunft. Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel in Österreich vor 1938 (Wien 1994).

Dirk *Gelhaus*, Jörn- Peter *Hülter*, Die Ausleseschulen als Grundpfeiler des NS-Regimes (Würzburg 2003).

Horst *Gies*, Geschichtsunterricht unter der Diktatur Hitlers (Köln 1992).

Eva Maria *Gober*, Schule unterm Kruckenkreuz. Erziehungsansprüche im autoritären Ständestaat Österreichs 1933/34 bis 1938 am Beispiel burgenländischer Wirklichkeiten (Wien 2011).

Hauptschule *Stoob* (Hg.), Hauptschule Stoob 1925- 1975 (Mattersburg 1975).

Ernst *Hanisch*, Wolfgang *Neugebauer*, Reinhard *Sieder*, Emmerich *Tálos* (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch (Wien 2001).

Christian *Hartmann* (Hg.) u.a.: Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition (Berlin 2016 Bd.II).

Manfred *Heinemann* (Hg.), Erziehung und Schulung im Dritten Reich (Teil 1, Stuttgart 1980).

Franz-Werner *Kersting*, Militär und Jugend im NS-Staat. Rüstungs- und Schulpolitik der Wehrmacht (Wiesbaden 1989).

Ulrich *Kluge*, Der österreichische Ständestaat 1934-1938. Entstehung und Scheitern (Wien 1984).

Gerhard *Kock*, „Der Führer sorgt für unsere Kinder...“. Die Kinderlandverschickung im Zweiten Weltkrieg (Paderborn 1997).

Andreas *Kraas*, Lehrerlager 1932- 1945. Politische Funktion und pädagogische Gestaltung (Bad Heilbrunn 2004).

Karin *Lauf-Immersberger*, Literatur, Schule und Nationalsozialismus (Köln 1987).

Karl *Lingelbach*, Erziehungs- und Erziehungstheorien im nationalsozialistischen Deutschland (Frankfurt am Main 1987).

Benjamin *Ortmeyer*, Mythos und Pathos statt Logos und Ethos. Zu den Publikationen führender Erziehungswissenschaftler in der NS- Zeit: Eduard Spranger, Herman Nohl, Erich Weniger und Peter Petersen (Weinheim 2009).

Marktgemeinde Stoob (Hg.), Festschrift anlässlich des 750- Jahr- Jubiläums und der Erhebung zur Marktgemeinde. 19. Bis 27. Mai 1979 (Eisenstadt 1979).

Elke *Nyssen*, Schule im Nationalsozialismus (Heidelberg 1979).

Sebastian *Pumberger*, Führen und gehorchen: Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten in Österreich 1938- 1945 (nicht veröffentlichte Diplomarbeit, Wien 2013).

Ilse *Reiter-Zatloukal*, Christian *Rothländer*, Pia *Schölnberger* (Hg.), Österreich 1933-1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß- /Schuschnigg-Regime (Wien 2012).

Herbert *Rosenkranz*, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938- 1945 (Wien 1978).

Josef *Scheipl*, Helmut *Seel*, Die Entwicklung des österreichischen Schulwesens in der Zweiten Republik 1945- 1987 (Graz 1988).

Hermann *Schnorbach* (Hg.), Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz. Dokumente des Widerstands von 1930 bis 1945 (Königstein 1983).

Harald *Scholtz*, Erziehung und Unterricht unterm Hakenkreuz (Göttingen 1985).

Reinhard *Sieder* (Hg.) u.a., Österreich 1945-1995. Gesellschaft. Politik. Kultur (Wien 1996).

Emmerich *Tálos* (Hg.) u.a.: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918 bis 1933 (Wien 1995).

Emmerich *Tálos*, Wolfgang *Neugebauer* (Hg.), Austrofaschismus. Politik- Ökonomie- Kultur. 1933 – 1938 (Wien 2005).

Josef *Tiefenbach* (Hg.), Historischer Atlas Burgenland (Eisenstadt 2011).

Horst *Ueberhorst*, Elite für die Diktatur. Die nationalpolitischen Erziehungsanstalten 1933- 1945. Ein Dokumentarbericht (Königstein 1980).

Karl *Vocelka*, Geschichte Österreichs. Kultur- Gesellschaft- Politik (Graz 2000).

Internetquellen:

Duden online

<http://www.duden.de/woerterbuch> (20.3.2016).

BMBF Lehrplan Neue Mittelschule

https://www.bmbf.gv.at/schulen/unterricht/lp/lp_nms.html (20.3.2016).

Homepage der Marktgemeinde Stoob

<http://www.stoob.at/system/web/default.aspx?sprache=1> (20.3.2016).

Homepage der Marktgemeinde Lutzmannsburg

<http://www.lutzmannsburg.info/system/web/default.aspx?sprache=1>
(20.3.2016).

Michel Dippelreiter, Beamtenentlassungen in den höchsten Dienstklassen nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1938/1939.

<http://www.univie.ac.at/zeitgeschichte/cms/uploads/Paper-Dippelreiter.pdf>
(17.6.2016)

Johann Pehofer, Geschichte des burgenländischen Schulwesens.

https://www.ph-online.ac.at/ph-bgld/voe_main2.getVollText?pDocumentNr=11604&pCurrPk=2510 (20.3.2016).

Uwe Schmidt, Lehrer im Gleichschritt: Der nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg.

http://hup.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2008/12/pdf/HamburgUP_Schmidt_Lehrer.pdf.
(17.6.2016)

Abstract

In dieser Arbeit wird das Schulwesen im Burgenland in der Zeit des Nationalsozialismus genauer betrachtet: Zuerst im Kontext mit den Schulformen und dem Unterrichtswesen davor und danach. Das Ziel ist Kontinuitäten oder Brüche festzustellen und somit etwaige Veränderungen aufzuzeigen. Um das Gebiet allerdings einzugrenzen, folgt auch ein empirischer Teil, der die Gemeinden und Schulen in Stoob und Lutzmannsburg im Mittelburgenland genauer analysiert.

Das Schulwesen in Österreich befand sich in der bearbeiteten Zeit in einem regen Wandel. In der Ersten Republik wurde versucht, als Kleinstaat ein funktionierendes Schulwesen aufzubauen. Geprägt war dies aber vom Konflikt der beiden Großparteien, Sozialdemokraten und Christlichsozialen. Während die Sozialdemokraten für eine gemeinsame Schule plädierten, wollten die Christlichsozialen eine elitäre Ausbildung, die eine klare Trennung der Gesellschaftsklassen vorsah. Eine wichtige Errungenschaft dieser Zeit ist die Hauptschule, welche bis heute bestand hat.

Die Zeit der Austrofaschismus brachte einige Änderungen in der Schulbildung. Aufgrund der Ausschaltung der anderen Parteien wurde versucht mit dem Schulwesen loyale und parteitreue Menschen auszubilden. Es erfolgte ein Umschwung von einem demokratiefördernden Unterricht zu einem Unterricht, der den Faschismus förderte. Vaterlandsliebe und Loyalität wurden dabei großgeschrieben. Eine wichtige Erkenntnis ist, dass die Nationalsozialisten bereits in der Zeit des Ständestaates versuchten, Schüler / Schülerinnen sowie Lehrer / Lehrerinnen zu beeinflussen.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich wurde versucht, das deutsche Schulsystem auf das österreichische Gebiet zu übertragen. Die Hauptschule wurde ein Erfolgsmodell und im ganzen NS-Staat eingeführt. Bei den Nationalsozialisten stand vor allem die körperliche Ertüchtigung im Vordergrund, danach kam die charakterliche Ausbildung der Schüler und Schülerinnen. Auch hier sollten Menschen zu Nationalisten und parteitreuen Bürgern he-

rangezogen werden. Außerdem war das Schulwesen im Nationalsozialismus ein sehr selektives. Nur die besten Schüler und Schülerinnen kamen für eine Karriere im NS-Staat in Frage. Hierbei zählt aber nicht nur das Können und die Intelligenz, sondern die Treue zum Staat und der Partei waren die wichtigsten Merkmale.

Im Gebiet des Burgenlandes gab es einige Besonderheiten bei der Umsetzung der Schulpolitik. Der auffallendste Punkt ist der Umgang mit den Minderheiten. Diese konnten ihren Unterricht in der Ersten Republik und im Ständestaat noch relativ frei gestalten, wurden aber von den Nationalsozialisten massiv eingeschränkt. Stoob und Lutzmannsburg stehen für konkrete Beispiele der Umsetzung der nationalsozialistischen Leitkultur. Die Hauptschule in Lutzmannsburg stellt insofern eine Besonderheit dar, da sie nur im NS-Staat existierte.